

zivilschutz magazin



Blick in die Geschichte
Historische Katastrophen im Spiegel der Zeit

„Tausende von Menschen, die hilflos ihren Tod vor Augen sahen . . .“

Heute: Der Ausbruch des Gelungung auf Java vor 160 Jahren

„Das ganze Land lag in tiefer Ruhe und tiefem Frieden. Die Bevölkerung hielt ihren Mittagsschlaf, nicht ahnend, daß einige Augenblicke später aus dem Innern des Gelungung ‚dumpf und bang‘ ihr Grabgesang ertönen würde. Er ertönte. Es war ein Uhr.

Durch plötzliche Erdstöße aus dem Schlafe geweckt, entflohen die Bewohner ihren Hütten. Ein donnerndes, brüllendes Getöse traf ihr Ohr, und Entsetzen bemächtigte sich ihrer, als sie ihre Blicke zum Gelungung wandten und eine schwarze Rauchsäule von ungeheurem Umfange empor-schießen, sich mit Blitzesschnelle ausbreiten, den ganzen Himmel überziehen und im Nu den noch eben hellsten Sonnenschein in finsterste Nacht verwandeln sahen.

Jetzt flohen sie bestürzt auseinander, nicht wissend wohin und ungewiß ihres nächsten Loses. Noch einige Sekunden später und ein paar Tausend von ihnen waren begraben. Sie wurden teils bedeckt von Schlamm, der, vom Krater ausgeschleudert, in ungeheuren Massen aus der Luft herabfiel, teils kamen sie in den Fluten von heißem Wasser um, das, mit Schlamm und Steintrümmern vermengt, dem Krater in ungeheurer Menge entquoll, das (als drohe eine zweite Sintflut) zehn Minuten weit im Umkreise alles überströmte, alle Dörfer, Felder und Wälder vernichtete und in einen dampfenden Pfuhl von bläulichgrauer Farbe verwandelte, der mit Leichnamen von Menschen und Tieren, mit Häusertrümmern und Baumstämmen übersät war . . .“

Diese genaue Schilderung eines Vulkanausbruchs auf Java verdanken wir dem ersten Forscher auf dieser am dichtesten bevölkerten Insel des hinterindischen Archipels, dem Deutschen Franz Junghuhn. Er

hielt sich am 8. Oktober 1822 in der Nähe auf, als die Katastrophe ihren verhängnisvollen Lauf nahm, und war auch am 12. Oktober dort, als vom 2230 m hohen Gelungung in der Nacht in einem zweiten Ausbruch noch mehr Zerstörung, Tod und Vernichtung allen Lebens ausgingen. Mehrere tausend Menschenleben waren danach ausgelöscht, die Spuren ihres Wohnens und Arbeitens unter einer 12 bis 15 m dicken Schlamm-, Aschen- und Trümmerschicht begraben. Nur schwer kann man sich vorstellen, daß rund dreißig Jahre später neue Dörfer und eine üppige Vegetation die Gewalt der Natur fast vergessen lassen.

Heute können Menschenleben bei Vulkanausbrüchen durch Messungen mit hochempfindlichen Instrumenten und rechtzeitige Evakuierung gerettet werden. Forschungen der Vulkanologen und die laufende Überwachung vieler tätiger Vulkane machen relativ sichere Voraussagen möglich. Aber immer wieder kommen urplötzli-

che Ausbrüche von Vulkanen vor, die seit langem als erloschen galten. Die Untätigkeit eines Vulkans kann generationenlang dauern.

Wegen ihrer Bodenfruchtbarkeit gehören die Vulkanzonen zu den am dichtesten besiedelten Gebieten der Erde. Die meisten Vulkane befinden sich im „Feurgürtel“ des Pazifischen Ozeans, der sich von der sibirischen Halbinsel Kamtschatka über Japan, die Aleuten bis nach Indonesien erstreckt. Ein weiterer Gürtel erstreckt sich von der Sierra Nevada in den USA über Mittelamerika bis in die südamerikanischen Anden. Nicaragua beispielsweise gilt als ausgesprochenes Vulkanland. Dort brach erst 1968 der Arenal-Vulkan, der seit Jahrhunderten als erloschen galt, plötzlich aus und zerstörte mehrere Dörfer. Ungefähr 500 Vulkane werden heute als aktiv eingestuft.

In Europa gehören die bekannten italienischen Vulkane Vesuv, Ätna und Stromboli dazu. Die Mittelmeerregion wird als Ausläufer der transasiatischen



Auf Java kommt die Erde selten zur Ruhe; unser Bild zeigt den Ausbruch des Semeru, des mit 3680 m höchsten Vulkans der Insel, in den zwanziger Jahren dieses Jahrhunderts.

Vulkanzone angesehen. In der Ägäis liegt die griechische Vulkaninsel Santorin, und im Kaukasus gibt es zwei erloschene Vulkane, den Elbrus und den Kasbek, beide über 5000 m hoch. Spuren von Vulkanausbrüchen aus viel früheren geologischen Zeitabschnitten finden sich aber auch in Frankreich und in Deutschland. Die vulkanische Entstehung der interessanten Kegel und Krater in der französischen Auvergne wurde erst vor 230 Jahren entdeckt. Im Mont-Dore-Massiv hat sich in der Höhlung des durch einen Ausbruch gespaltenen Granitsockels ein See gebildet.

Ähnlich sind auf deutschem Gebiet die Maare in der Eifel entstanden, Explosionstrichter, die von einem Wall vulkanischer Gesteinstrümmen umgeben und mit Wasser gefüllt sind. Das aktive Stadium der rund 50 Vulkane der Eifel wird mit etwa 700 000 Jahren angegeben. Das bekannteste Eifelmaar ist der Laacher See, östlich der Hocheifel, dicht bei Andernach am Rhein. Außer der „Vulkaneifel“ haben noch der Vogelsberg und der Kaiserstuhl vulkanische Vergangenheit. Hinsichtlich der Ausbruchsart ähnelt der Vogelsberg dem Ätna auf Sizilien. Während der Ätna jedoch fast ganz aus Lava und Asche besteht, weist der Vogelsberg nur etwa 50 % Lava und Aschen auf, der Kaiserstuhl sogar nur rund 20 %. Im Gebiet des Vogelsbergs hat es bedeutende Lavaströme gegeben. Der Kaiserstuhl in der Rheinebene bei Freiburg erhebt sich als 350 m hoher Kegel aus ebener Fläche.

Eine Katastrophe wie die anfangs geschilderte Zerstörung am Gelungung ist in Deutschland durch Naturgewalt völlig unwahrscheinlich. Deshalb arbeiten deutsche Vulkanologen an der geologischen und seismischen Erforschung der Erde an den Brennpunkten aktiven Vulkanismus in anderen Ländern mit. Viele aktive Vulkane liegen in Entwicklungsländern, die sich hochwertige Meßinstrumente und teure Schutzbauten ohne die Unterstützung der Industrieländer gar nicht leisten können.

zivilschutz magazin



ISSN 0173-7872

Oktober
10/82

Helfen Sie mit, hochwertigen Rohstoff zu erhalten. Der Inhalt dieses Heftes besteht aus 100 Prozent Altpapier; führen Sie dieses Druckergebnis – nach Entfernen des Umschlags – der Altpapiersammlung zu.



Impressum

Herausgegeben im Auftrag des Bundesministeriums des Innern vom Bundesverband für den Selbstschutz Eupener Straße 74, 5 Köln 41
Telefon: (0221) 49881

Verlag:

Bundesverband für den Selbstschutz
Das „Zivilschutz-Magazin“ erscheint monatlich; im Juli/August als Doppelnummer.

Chefredakteur:

O. Ulrich Weidner

Redaktion:

Jochen von Arnim
Waltraud Nettersheim
Günter Sers

Layout:

Jan Peter Lichtenford
4020 Mettmann

Druck, Herstellung und Vertrieb

A. Bernecker,
Postfach 140, 3508 Melsungen
Tel.: (05661) 8086, Telex: 09-9960

Anschrift der Redaktion:

Eupener Straße 74, 5 Köln 41
Postfach: 450247, Ruf (0221) 49881

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr. Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung der Verfasser wieder und müssen nicht unbedingt mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Einzelpreis je Heft DM 2,80.
Abonnement jährlich DM 33,60,
zzgl. Versandkosten

Im Bezugspreis von DM 2,80 je Heft sind 6,5 Prozent Mehrwertsteuer enthalten. Die Kündigung eines Abonnements kann nur zum Schluß eines Kalender- vierteljahres erfolgen. Sie muß bis spätestens an dessen erstem Tag beim Vertrieb eingehen. Bestellungen beim Vertrieb.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im Falle höherer Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Haftung.

Inhalt

- „Beirut 1982: Deutsche Hilfe für den leidgeprüften Libanon“ 6
75 THW-Helfer leisten humanitäre Hilfe durch die Wiederherstellung von Wasserrohrleitungen in der libanesischen Hauptstadt.
- „Bundesinnenminister Dr. Zimmermann empfing THW-Helfer vor ihrem Einsatz im Libanon“ 11
- „Der Spürkasten 80“ 12
Neue Spürmittel und verbesserte Geräte zur Probennahme führten zu einer neuen Konzeption – Der Nachfolger des Spürkastens 60.
- „Große Lage in Düsseldorf“ 18
Der MHD führte den Sanitätsdienst beim Katholikentag in Düsseldorf als Katastrophenschutzübung durch.
- „Es sind weitere fünf Löschzüge erforderlich . . .“ 21
Großangelegte Übung des Fachdienstes Brandschutz in Köln.
- „Neues Darstellungsverfahren der Luflage erprobt“ 41
Entwicklung und Erprobung eines neuen Systems für den Warndienst.
- „Zur Mitwirkung des DRK in der Katastrophenschutzleitung des HVB“ 43
- „Soziale Verantwortung – mehr ehrenamtliches Engagement“ 47
Leitwort des ASB-Bundesvorsitzenden Martin Ehmer.
- „Jeder Kilometer für tausendfache Hilfe!“ 49
Erster Erfahrungsbericht des JUH-Behindertenfahrdienstes in Schleswig-Holstein.
- „Schnelle Hilfe bei schnellen Einsätzen“ 51
Neues Container-Feldlazarett des MHD beim Katholikentag erstmals erprobt.
- „Sonderpreis in Gold des Konrad-Adenauer-Preises für den DFV“ 53
- „Soester DLRG-Rettungsschwimmer stellten sich der Bevölkerung vor“ 57
- „Das Minimagazin“ U 3
In diesem Monat: Safety first im Brand- schutzdienst.



Umschau

„Rettungsstiftung Saar“ gegründet

Der Rettungsdienst im Saarland hat seit dem Inkrafttreten des saarländischen Rettungsdienstgesetzes eine beachtliche Aufwärtsentwicklung erfahren, so durch die Errichtung von 26 ständig besetzten Rettungswachen und einer landesweit zuständigen Rettungsleitstelle. Diesen Standard im Rettungswesen zu halten und erforderlichenfalls noch auszubauen, hat sich die kürzlich gegründete „Rettungsstiftung Saar“ zur Aufgabe gemacht. Die Errichtung von Notruftelefonen, die Beschaffung von Rettungsfahrzeugen, die Aus- und Fortbildung des Rettungspersonals und die Förderung der den Rettungsdienst begleitenden Forschung sind die Ziele der sich aus Spendenmitteln finanzierenden Stiftung.

Im Stiftungsvorstand sind neben Innenminister Dr. Rainer Wicklmayr der Vorsitzende des Rettungszweckverbandes, Landrat Albert Schwarz, und der Präsident der Ärztekammer des Saarlandes, Dr. Herbert Micka, tätig. Die Geschäftsführung liegt in den Händen von Ministerialrat Hans Grundmann. Im Stiftungsrat sind die im Rettungsdienst tätigen Hilfsorganisationen DRK, MHD, ASB sowie der Notruf Saar e. V., der ADAC und die Ärztekammer vertreten.

3000 Einwohner evakuiert

Eine Giftgaskatastrophe ungeahnten Ausmaßes entwickelte sich nach einem Eisenbahnunglück nahe der Stadt Livingston im amerikanischen Bundesstaat Louisiana. 42 von insgesamt 101 mit Chemikalien beladene Waggons eines Güterzuges waren entgleist, ein Teil von ihnen explodierte und immer mehr fingen Feuer. Die dadurch freigesetzten giftigen Dämpfe machten die Evakuierung von 3000 Einwohnern aus einem Gebiet im Umkreis von mehr als drei Kilometern von der Unglücksstelle erforderlich.

Wegen der wachsenden Explosions- und Vergiftungsgefahr mußten später auch sämtliche Angehörige von Polizei und Rettungsmannschaften das Gebiet räumen. Nachdem das Feuer eine Wo-



che gewütet hatte, hofften die vor Ort befindlichen Chemiker, daß sich das Problem mit dem Ausbrennen auch der letzten Waggons von selbst löse und die Bewohner der Stadt wieder in ihre Häu-

ser zurückkehren können. Durch die rechtzeitige Evakuierung Livingstons kamen Menschen nicht zu Schaden. Auch das Personal des Zuges hatte sich rechtzeitig in Sicherheit bringen können.

Tankwagen-Explosion forderte ein Todesopfer

Überhöhte Geschwindigkeit war vermutlich der Grund, daß ein mit 35000 Litern Treibstoff beladener Tanklastzug auf einer Brücke am Autobahnzubringer Karlsruhe-Etlingen ins Schleudern geriet und umstürzte. Der auslaufende Kraftstoff entzündete sich sofort und verwandelte den Unfallort in ein riesiges Flammenmeer, aus dem es für den Fahrer keine Rettung gab.

19 Feuerwehren waren stundenlang im Einsatz, wegen des drohenden Übergreifens des Brandes mußten die Bewohner mehrerer Häuser evakuiert werden. Der Zugverkehr in Richtung Pfalz war ebenso unterbrochen wie der gesamte Verkehr auf dem betroffenen Autobahnabschnitt. Insgesamt entstand ein Sachschaden von drei Millionen Mark.



Unübersehbare Schäden nach Unwettern in Südspanien

Eine der schwersten Unwetterkatastrophen seit Jahrzehnten hat Mitte Oktober

die südspanischen Provinzen Alicante und Valencia heimgesucht: An einem



einzigsten Tag gingen über Alicante 216 Liter Regen je Quadratmeter nieder. Autos wurden von den Fluten fortgerissen, Häuser unter Wasser gesetzt, Orangen- und Zitronenhaine der landwirtschaftlich reichen Region, die in den vergangenen Monaten unter starker Trockenheit gelitten hatte, standen meterhoch unter Wasser. Entwurzelte Palmen, abgerutschte Böschungen und eingebrochene Mauern säumten die Nationalstraße von Valencia nach Alicante.

Noch zwei Tage nach dem Beginn der sintflutartigen Regenfälle standen Straßen unter Wasser. Pausenlos informierte der lokale Sender „Radio Alicante“ über Straßensperrungen, forderte zum Spenden auf. Die größte Sorge galt dem etwa 80 Kilometer südöstlich von Valencia gelegenen Stausee von Tous, dessen fast einhundert Meter hohe Sperrmauer Risse zeigte. In die Deichkrone brach

das Wasser eine breite Bresche, der Staudamm hielt jedoch letztlich der Flut stand. Allein in der Gegend der Talsperre mußten etwa 16000 Einwohner auf Veranlassung des Präfekten ihre Wohnungen verlassen und sich in höher gelegene Regionen zurückziehen. Die Zahl aller Bewohner, die ihre Häuser räumten, um in Notunterkünften, im Auto oder im Freien zu übernachten, wurde auf 100000 geschätzt. Nach ersten Angaben haben mindestens zehn Menschen bei der Katastrophe ihr Leben verloren.

Ministerpräsident Calvo Sotelo und Innenminister Juan José Ronson kamen persönlich in das Katastrophengebiet und verfolgten die Rettungsarbeiten.

Unser dpa-Bild: Von Wassermassen eingeschlossene Bürger Valencias werden mit Schlauchbooten aus ihrer Zwangslage befreit.

Eisenbahnunglück im Schwarzwald

Beim Zusammenstoß eines Funkmeßzuges mit einem Arbeitszug im Hoch-

schwarzwald wurde der Lokführer des Arbeitszuges getötet und zwei Arbeiter



verletzt. Der Arbeitszug war auf der Strecke Titisee – Seebrugg zu Felsputzarbeiten eingesetzt und wurde in einer Kurve von dem Meßzug frontal gerammt. Dabei entgleiste der Anhänger des Meßzuges und schob sich über das Seeufer, so daß er zeitweilig ins Wasser zu stürzen drohte.

Verdienstmedaille für Staatssekretär Nüssel

Der bayerische Staatssekretär Simon Nüssel wurde mit der Goldenen Verdienstmedaille der Luftrettungsstaffel Bayern ausgezeichnet. Simon Nüssel gehört der Staffel seit ihrer Gründung im Jahr 1968 als Einsatzpilot an, im Jahr 1978 wurde er zum Vizepräsidenten gewählt. Bei der Ehrung wurde besonders hervorgehoben, daß sich Nüssel nicht nur als Flieger, sondern auch als Mitglied der Bayerischen Staatsregierung stets bemüht habe, die Flieger in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen. Seinem Engagement sei es mitzuverdanken, daß sich die Luftrettungsstaffel Bayern als eine Hilfsorganisation von Bürgern für Bürger auf den heutigen Stand entwickeln konnte.

Auf den 34 Stützpunkten der Staffel stehen in diesem Jahr 421 ehrenamtliche Piloten mit 165 Flächenflugzeugen und drei Hubschraubern für die Waldbrand- und Umweltüberwachung, den Katastrophenschutz sowie für die Aus- und Weiterbildung von Luftbeobachtern bereit.

Vorsorglicher Giftalarm

Ein 200 Meter hoher Rauchpilz wies schon von weitem auf den Großbrand in einer chemischen Fabrik im Kölner Stadtteil Kalk hin. Weil nicht ausgeschlossen werden konnte, daß sich durch den Brand giftige Dämpfe entwickeln würden, wurden die Bewohner der umliegenden Straßen per Lautsprecherwagen aufgefordert, Türen und Fenster zu schließen und die Wohnungen nicht zu verlassen. Die nahegelegene Rheinbrücke wurde ebenso wie die am Werksgelände vorbeiführende Stadtautobahn für den Verkehr gesperrt. Die Katastrophenschutzleitung unter Führung des Oberstadtdirektors trat vorsorglich zusammen, um eine eventuell notwendig werdende größere Evakuierung des Stadtteils durchführen zu können. Doch die über 100 Feuerwehrmänner der Berufs- und Werkfeuerwehr hatten den Brand in kurzer Zeit unter Kontrolle.

Die 450 Quadratmeter große Produktionshalle wurde durch das Feuer völlig zerstört, es entstand ein Gesamtschaden von rund 20 Millionen Mark.

Hundert Jahre DRK-Schwesternschaften: Dienst am Mitmenschen gewürdigt

Bundespräsident Karl Carstens hatte in seiner Eigenschaft als Schirmherr des Deutschen Roten Kreuzes eine angenehme Aufgabe zu erfüllen: Der Verband der Schwesternschaften vom Deutschen Roten Kreuz feierte sein hundertjähriges Bestehen. Carstens würdigte in einem Festakt in der Godesberger Stadthalle den „Dienst am Mitmenschen“, den die DRK-Schwestern leisten. Rund 500 DRK-Schwestern hatten sich versammelt, ebenso Vertreter aus Politik, Wirtschaft und der freien Träger.

Generaloberin Gisela Bohlken ging in ihrer Ansprache auf die Geschichte des Verbandes der Schwesternschaften ein, die sich seit über hundert Jahren die Aufgabe gestellt haben, Kranken- und Kinderkrankenschwestern sowie seit einigen Jahren auch Krankenpflegerinnen auszubilden. Auch betreiben die DRK-Schwestern Krankenpflege in eigenen Rotkreuz-Krankenhäusern, in kommunalen Krankenhäusern und Universitätskliniken oder Gemeindepflegestationen. Die Fort- und Weiterbildung der DRK-Schwestern und die Gestellung von DRK-Schwestern für nationale und internationale Rotkreuz-Einsätze und Hilfsaktionen liegen ebenfalls im Aufgabenbereich des Verbands.

Als „Verband deutscher Krankenpflege-Institute vom Roten Kreuz“ wurde der

Verband am 17. Oktober 1882 in Bremen gegründet. In den dreißiger Jahren verlor er seine Selbständigkeit und nach dem Krieg einen Teil seiner Mitglieder, nämlich Schwesternschaften, die in den ehemaligen deutschen Ostgebieten und in der heutigen DDR ihren Sitz hatten.

Heute hat sich der Aufgabenbereich des Verbandes erweitert. Es gehören dazu:

Vertretung der Mitglieder in der Öffentlichkeit; Erarbeitung von Stellungnahmen zu berufspolitischen und gesundheitspolitischen Fragen; Mitarbeit in den Gremien des Deutschen Roten Kreuzes und an den Aufgaben, die dem DRK durch die Genfer Konventionen und die Internationalen Rotkreuz-Konferenzen gestellt werden; Auswahl und Vorbereitung von DRK-Schwestern für internationale Rotkreuz-Einsätze; Fort- und Weiterbildung der DRK-Schwestern (zu diesem Zweck unterhält der Verband der Schwesternschaften in Göttingen die Werner-Schule vom DRK, eine Schwesternhochschule mit rund hundert Plätzen, die 1979 ihr 75jähriges Bestehen feiern konnte).

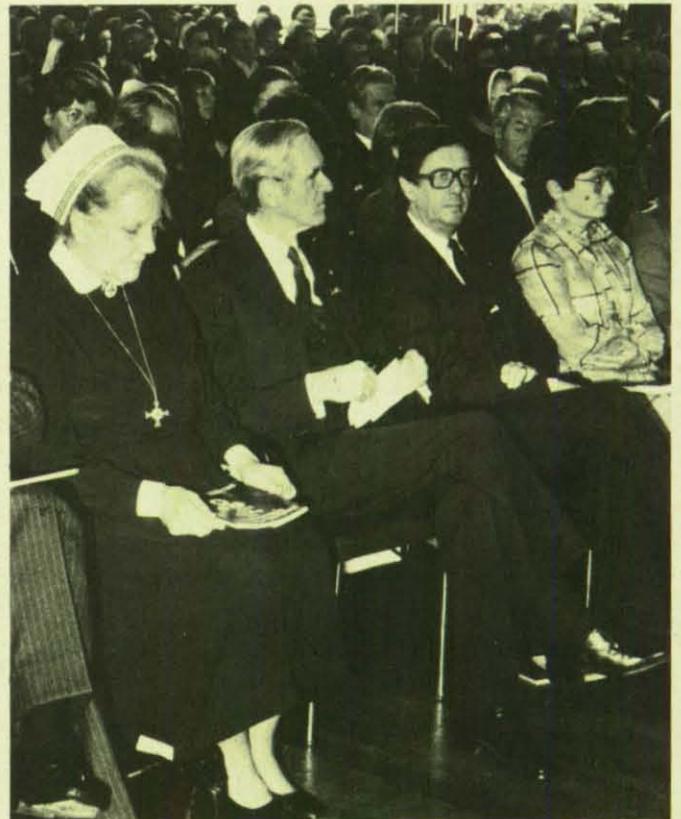
Während der Feierstunde zum hundertjährigen Jubiläum sagte auch Minister Friedhelm Farthmann in Vertretung des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Johannes Rau den DRK-Schwestern Dank für ihre Arbeit; Botho Prinz zu Sayn-Wittgenstein, Präsident des DRK, ermutigte die Schwesternschaften zu ihrer Arbeit und widersetzte sich den Vorwürfen, das DRK würde Konflikte vorbereiten.

Der Organisation der Schwesternschaften vom Deutschen Roten Kreuz gehören heute 37 DRK-Schwesternschaften mit rund 17000 Mitgliedern – Schwestern, Schwesternschülerinnen und Krankenpflegehelferinnen – an.

Zu unseren Bildern: Bundespräsident Prof. Carstens würdigte den „Dienst am Mitmenschen“, den die Rotkreuz-Schwestern tagtäglich ausüben (links); rechts: Generaloberin Bohlken, der Bundespräsident und DRK-Präsident Prinz zu Sayn-Wittgenstein.
(Fotos: Sattler).

Internationale Experten- tagung der Hanns-Seidel- Stiftung

Die vierte internationale Fachtagung für zivile Gefahrenabwehr, humanitäre Hilfe und Flüchtlingsproblematik führte die Hanns-Seidel-Stiftung vom 27. bis 29. Oktober 1982 in Wien durch. Zivilschutzexperten aus fünf Ländern setzten sich schwerpunktmäßig mit massenpsychologischen Problemen des Zivil- und Katastrophenschutzes auseinander. Die zentrale Frage, die von den führenden Psychologen aus der Schweiz und Deutschland erörtert wurde, lautete dabei: Wie reagiert der Mensch in Katastrophenfällen und in Paniksituationen? Diese Erkenntnisse, ergänzt durch die Erfahrungen des Katastropheneinsatzes der italienischen Katastropheneinheiten anlässlich der Erdbebenkatastrophe in Süditalien, dargestellt durch den italieni-



schen Minister für Zivilschutz, Giuseppe Zamberletti, waren Ausgangspunkt des Erfahrungsaustausches. Neben dem Präsidenten des Bundesamtes für Zivilschutz, Dr. Paul W. Kolb, zeigte von deutscher Seite der Generalsekretär des Deutschen Roten Kreuzes, Dr. Jürgen Schilling, Möglichkeiten der humanitären Hilfe auf.

Die Hanns-Seidel-Stiftung wollte mit dieser Tagung neben dem notwendigen Erfahrungsaustausch auf internationaler Ebene auch einen Anstoß zur Verbesserung der Anstrengungen auf dem Gebiet des Zivilschutzes in Deutschland geben.

Sicherheitsgurt rettet jährlich rund 2500 Menschenleben

Rund 2500 Autofahrer werden jährlich durch den Sicherheitsgurt vor dem Tod bewahrt, nahezu 25000 vor schweren Verletzungen. Wie der ADAC jetzt errechnet hat, könnten jedes Jahr weitere 2800 Autofahrer überleben, wenn sich mindestens 85 Prozent der Pkw-Insassen anschnallten. Augenblicklich wird diese Quote nur von den Autobahn-Fahrern annähernd erreicht. Auf Bundes- und Landstraßen dagegen legen nur 63 Prozent den Gurt an und innerorts lediglich 44 Prozent.

Dabei ist gerade innerorts der Sicherheitsgurt besonders lebenswichtig. Wie der ADAC ermittelt hat, könnten bei einer 85prozentigen Anschnallquote von den 1981 innerorts getöteten 1159 Autofahrern 700 noch leben. Von den 4034 auf Bundes- und Landstraßen tödlich verunglückten Autofahrern wären es sogar 2000 und von den 585 Autobahntoten immerhin noch 100.

Ähnlich ist die Situation bei den Schwerverletzten. Von den 24822 Autofahrern, die im letzten Jahr innerorts schwerverletzt wurden, hätten mit Gurt 10000 Personen keine schweren Verletzungen erlitten. Von den 36263 Schwerverletzten auf Bundes- und Landstraßen wären es 12000 gewesen und von den 5145 schwerverletzten Autobahn-Fahrern immerhin noch 1000 Personen.

Sechstes Internationales Brandschutz-Seminar in Karlsruhe

Experten aus dem In- und Ausland trafen sich in der Universität Karlsruhe zum sechsten Internationalen Brandschutz-Seminar, veranstaltet von der Vereinigung zur Förderung des Deutschen Brandschutzes e. V. (VFDB).

Ausführliche Referate zu wichtigen Fragen standen auf dem reichhaltigen Programm; Fachkräfte aus vielen Ländern

informierten über Erfahrungen und Ergebnisse neuer Untersuchungen zu verschiedenen Themen.

„Berechnungsverfahren für die Brandentstehung, Brandentwicklung und Brandausbreitung“ war das Thema des ersten Komplexes, zu dem verschiedene Ausführungen vorgetragen wurden von E. Bamert (Schweiz), P. H. Thomas (Großbritannien), A. Haksever (Braunschweig), U. Wickström (Schweden), Y. Morishita (Japan), H. Takeda (Japan), J. Quintiere, M. Harkleroad und W. Walton (alle USA) sowie T. Z. Harmathy und J. R. Mehaffey (beide Kanada).

Der Titel des zweiten Themas lautete „Berechnungsverfahren für den baulichen Brandschutz auf der Basis einer Sicherheitstheorie“; darüber sprachen folgende Referenten: M. Kersken-Bradley (Berlin), U. Schneider (Kassel), R. Dobbernack (Braunschweig), D. Hosser (Frankfurt/M.), J. Witteveen (Niederlande), E. Hansen-Tangen, T. Baunan (beide Norwegen) und A. N. Beard (Großbritannien).

Über „Verhalten und Schutz des Menschen im Brandfall“ sprachen E. Kendik (Österreich), J. L. Bryan (USA), J. Pauls (Kanada) und B. M. Levin (USA). Sehr interessante Berichte konnten zum Thema „Brandschutzerziehung im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit“ von E. H. Whitaker (Großbritannien), R. Mitra (Indien), M. R. Pallavinci (Australien), G. Julga (Hamburg) und W. Pfefferli (Schweiz) vorgelegt werden. G. Julga stellte ein bemerkenswertes Projekt vor, das in der Hansestadt läuft: Es wurden gemeinsam von Feuerwehr und Pädagogen Unterrichtsmodelle entwickelt, um Brandschutzerziehung bei Kindern und Jugendlichen in den Schulen wirksam zu gestalten.

Der fünfte Themenkomplex des Seminars trug den Titel „Brandschutz in unterirdischen Verkehrsanlagen“. Darüber sprachen W. H. Gosard (USA), B. Ahlén und K. Ödeen (beide Schweden), G. Julga (Hamburg), H. Albert (Hamburg), J. Huser (Schweiz) und K. Kordina (Braunschweig).

Den Abschluß des Seminars bildeten Vorträge über die „Ausbreitung von Gaswolken und Explosionen“, die thematisch behandelt wurden von C. O. Leiber (Swisttal-Heimerzheim), Ch. E. Anderson (USA), J. H. S. Lee (Kanada), W. Geiger, S. Hartwig, G. Schnatz und M. Stock (alle Frankfurt/M.), K. Hasegawa und Ki. Sato (beide Japan).

Der Abdruck aller Referate, die beim Brandschutz-Seminar in Karlsruhe vorgetragen wurden, ist in zwei Broschüren zu beziehen bei der Forschungsstelle für Brandschutztechnik an der

Universität Karlsruhe, Hertzstraße 16, 7500 Karlsruhe 21.

80 Erdstöße erschütterten Mittelitalien

Eine Serie von über 80 Erdstößen hat Mitte Oktober 1982 in der mittelitalienischen Region Umbrien Sachschäden verursacht und unter der Bevölkerung große Angst ausgelöst. Etwa 200 Familien wurden evakuiert, weil ihre Häuser einzustürzen drohten. Tausende von Menschen verbrachten Nächte aus Furcht vor neuen Beben im Freien, in Autos, unter Zelten oder in Wohnwagen. Die stärksten Stöße erreichten den siebensten Grad der zwölfteiligen Mercalli-Skala.

Bei weiteren Beben in Umbrien am 19. Oktober wurden erneut 500 Menschen obdachlos. Etwa 700 Häuser sind mehr oder weniger schwer beschädigt. Ein Sprecher des Katastrophenschutzes meinte: „Es werden stündlich neue Schäden gemeldet.“ Im Städtedreieck Perugia, Assisi und Gubbio werden erneute Beben befürchtet.

Aktuelle Termine

Das „Haus der Technik e. V.“ in Essen, Außeninstitut der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen, teilt folgende Termine mit:

„Brandschutz und Feuersicherheit im kleinen und mittleren Industriebetrieb“ am 10. und 11. November 1982. Leitung: Brand-Ing. Isterling, Urach.

„Lüftungsanlagen zur Rauchfreihaltung von Rettungswegen im Brandfall“ am 25. November 1982. Leitung: Dipl.-Ing. Günther, Hamburg.

„Brandschutz und Feuersicherheit im Krankenhaus und Altenheim“ am 19. und 20. Januar 1983. Leitung: Brand-Ing. Isterling, Urach.

„Baulicher Brandschutz – Teil I“ am 26. Januar 1983. Leitung: Reg.-Baudirektor Klose, Düsseldorf.

Informationen und ausführliche Programme: Haus der Technik e. V., Hollestraße 1, 4300 Essen 1, Telefon (0201) 18021

*

Die Landesstelle für Betriebsschutz e. V., Stuttgart, meldet folgende Veranstaltung:

„Betrieblicher Katastrophenschutz – Teil I“ am 7. Dezember 1982.

Informationen: Landesstelle für Betriebsschutz e. V., Hohenheimer Str. 41 c, 7000 Stuttgart 1, Telefon (0711) 233425

Wolfram Such, Baudirektor beim Wahnbachtalsperrenverband Siegburg
Erkundung und Vorbereitung für den 40. Auslandseinsatz des THW

Beirut 1982: Deutsche Hilfe für den leidgeprüften Libanon

Wiederherstellung von Wasserrohrleitungen in den am schwersten betroffenen Stadtteilen der libanesischen Hauptstadt – 75 THW-Helfer werden humanitäre Hilfe leisten

Rauchpilze – Einschläge von Fliegerbomben, Schiffsgeschossen, Artillerie- und Panzergranaten in Wohngebiete – Inferno des modernen Krieges in der einst pulsierenden Hauptstadt eines blühenden Landes! Sommer 1982 in West-Beirut! Diese Bilder aus Fernsehen und Presse sind uns allen gegenwärtig.

Inzwischen schweigen wieder die Waffen. Die Menschen haben begonnen, die schlimmsten Folgen der furchtbaren Ereignisse zu tilgen. Hierbei werden sie im Namen der Bundesrepublik Deutschland Helfer des Technischen Hilfswerks unterstützen.

Ablauf der Erkundung

Um die wirksamsten Möglichkeiten deutscher Hilfe zu erkunden, starteten am 17. September 1982 drei THW-Angehörige vom Flughafen Frankfurt. Der Reise war bereits eine erste Vorerkundung vom 21. bis 28. Juli 1982 vorangegangen, die sich aufgrund der zu diesem Zeitpunkt herrschenden anderen Bedingungen vorwiegend auf den Süden des Libanons erstreckt hatte.

Der Flug endete in Larnaka auf Zypern, da die direkte Flugverbindung nach Beirut wegen der Sperrung des Flughafens unterbrochen war. Ein für die vorübergehend eingerichtete Schiffsverbindung als Fähre dienendes ehemaliges Landungsboot brachte das Erkundungsteam zusammen mit vielen, wieder in ihre Heimat zurückkehrenden Libanesen in nahezu zwölfstündiger Nachtfahrt über das Mittelmeer nach Jounié, der Hafenstadt nördlich von Beirut (Bild 1).

Nach längerer Fahrt mit dem Taxi zunächst durch Ost-Beirut, dann – nach notwendigem Fahrzeugwechsel – durch die zerstörten Stadtteile, vorbei an zahlreichen Militärposten der israelischen und libanesischen Streitkräfte sowie christlichen Milizen, erreichte das Team am Sonntagnachmittag die Botschaft der Bundesrepublik in West-Beirut. Der Empfang bei Geschäftsträger Dr. Altenburg stand ganz unter dem Eindruck des soeben bekannt gewordenen Massakers in den beiden palästinensischen Flüchtlingslagern Chatilla und Sabra, dessen grauenvolle Bilder er soeben mit eigenen Augen gesehen hatte.

Bild 1: Übersichtskarte der Erkundungsreise und des Einsatzlandes.

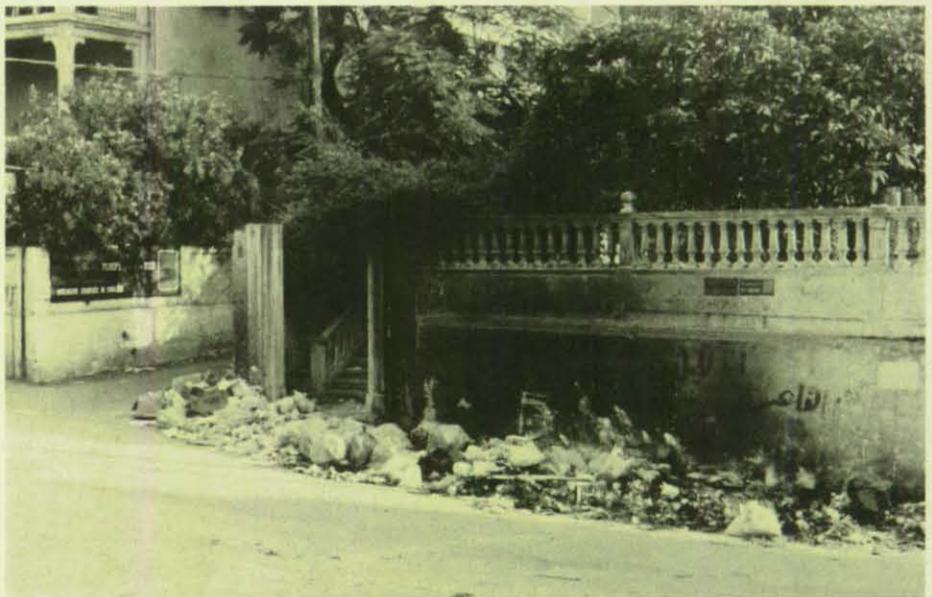
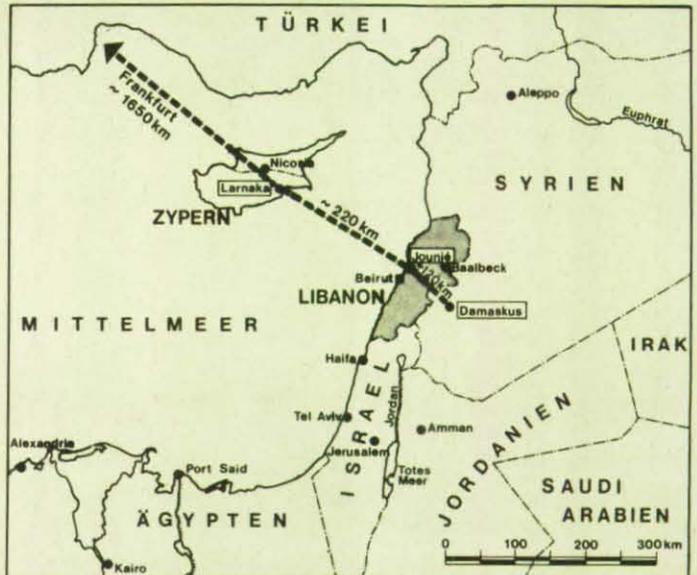


Bild 2: West-Beirut während der Erkundungsreise: Abfallhaufen auf der Straße. Die Schwärzung der Grundstücksmauer entstand beim Anzünden der Abfälle als Selbsthilfe der Bewohner gegen Gestank und mögliche Seuchengefahren. In manchen Abfallbergen lagen auch Munition und Waffen.

Die folgenden Tage in dem von israelischen Streitkräften kontrollierten Westteil der Stadt, mit unterbrochener Strom- und teilweise mangelhafter Wasserversorgung, ohne Müllentsorgung (Bild 2) und mit Ausgangssperre bei Dunkelheit, in Nachbarschaft zerstörter Wohngebäude und in Mitteleidenschaft gezogener Hotels haben bei uns, die wir uns glücklich schätzen können, in normalen Verhältnissen zu leben, unauslöschliche Erinnerungen hinterlassen.

Erkundungsaufgabe

Der vom Auswärtigen Amt und dem Bundesinnenministerium an das Team erteilte Auftrag lautete, vor Ort die Möglichkeiten humanitärer Hilfe der Bundesrepublik durch den Einsatz des Technischen Hilfswerks auf dem Gebiet der Instandsetzung von Versorgungsanlagen in West-Beirut zu untersuchen. Bereits die ersten Schilderungen des Geschäftsträgers bestätigten,



Bild 3a, b: Eine Straße in West-Beirut, im Zentrum der Kampfhandlungen: Zerstörte Gebäude, ausgebrannte Autos und Baumaschinen, Schuttberge, Sandsackstellungen.



Bild 5: Modernes Wohngebäude in Stahlbetonskelettbauweise mit sehr starken Zerstörungen, nahe dem ehemaligen PLO-Hauptquartier gelegen. Der im Bildvordergrund auf der Straße stehende Wasserbehälter aus Stahlbeton in den Maßen von ca. 6,0 x 2,5 x 2,0 m stand ursprünglich auf dem Dach des Hauses und ist über die eingestürzten Decken abgerutscht. Typisch für die Art der Zerstörungen ist die weitgehende Zertrümmerung der Stahlbetonbauteile des Gebäudes, wie Decken, Gesimsbalken, Stützen usw.

daß der Schwerpunkt der zu übernehmenden Aufgaben auf dem Gebiet der lebenswichtigen Trinkwasserversorgung für die Stadt liegen müßte. Die sich anschließenden eingehenden Gespräche mit den leitenden Herren des Office des Eaux de Beyrouth (O.E.B.), den Wasserwerken Beirut, und der schon seit einiger Zeit deren schwieriges Wirken unterstützenden Hilfsorganisationen der Vereinten Nationen, dem United Nations Children's Fund (UNICEF), brachten Gewißheit:

Der Einsatz des THW muß sich auf die Instandsetzung solcher Rohrleitungen erstrecken, die für die Versorgung von West-Beirut mit Trinkwasser lebenswichtig sind.

Die Straßenzüge mit den schadhafte Rohrleitungen vermittelten ein Bild von der Zerstörungskraft der eingesetzten modernen Kampfmittel (Bilder 3 und 4). Die Berücksichtigung von durch Fliegerbomben, Land- und Schiffsartillerie sowie Panzerbeschuß zerstörten modernen Wohn- und Geschäftsgebäuden sowie Hotels in der auch bei uns heute typischen Stahlbetonskelettbauweise verschaffte uns erste Ein-

drücke, die sich teilweise von den uns bekannten Zerstörungsbildern des 2. Weltkrieges unterscheiden und vielleicht auch zu neuen Überlegungen auf dem Gebiet der Bergungstechnik Anlaß geben können (Bilder 5 bis 9). Wir sahen jedoch nur die Zerstörungen über der Erdoberfläche. Das wahre Ausmaß an Schäden an den unterirdisch verlegten Wasserrohrleitungen mußte uns zwangsläufig verborgen bleiben. Deren genaue Lage und Umfang festzustellen, gehört zu den beim Einsatz zu erfüllenden Aufgaben.

Auswahl der Reparaturmaßnahmen

Gemeinsam mit den Fachleuten der Beiruter Wasserwerke und von UNICEF wurden Prioritäten bei den Wiederherstellungsarbeiten festgelegt und insgesamt fünf vom Instandsetzungsdienst des Technischen Hilfswerks in Angriff zu nehmende Projekte ausgewählt. Im Vordergrund steht die Reparatur von Hauptwasserleitungen mit größerer Nennweite, die für die Wasserversorgung in West-Beirut von besonderer Bedeutung sind. Bild 10 zeigt als Ausschnitt den Stadtkern von Beirut mit Eintragung der wiederherzustellenden Rohrleitungen. Einige von ihnen liegen in während der Erkundung noch militärisch gesperrten Bereichen, so daß für den Einsatz maßgebende Feststellungen nicht getroffen werden konnten. So ist es nach den erhaltenen Auskünften durchaus denkbar, daß vor und während des Einsatzes umdisponiert werden muß und andere Projekte durchzuführen sind. Dieser Fall könnte z.B. dann eintreten, wenn die in den bisherigen Kampfzonen etwa noch vorhandenen Blindgänger von der libanesischen Armee nicht rechtzeitig entschärft und beseitigt worden sind.

Einsatzaufgaben

Die wiederherzustellenden Rohrleitungen bestehen aus verschiedenartigen Materialien. An erster Stelle stehen die im Libanon selbst hergestellten Asbestzementdruckrohre (AZ) sowie Rohre aus Gußeisen (GG) von sehr unterschiedlichem Alter mit daraus folgenden, stark wechselnden Materialeigenschaften. Die Vielfalt wird noch gesteigert durch ihre Herkunft aus verschiedenen Lieferländern mit – soweit solche überhaupt schon bestanden haben – unterschiedlichsten Normen und daraus resultierenden Schwankungen in den Maßen, z. B. von Außen- und Innendurchmesser, Wanddicke, Art der Rohrverbindungen usw. Die Querschnitte der Rohre betragen zwischen 200 und 700 mm. Die Rohrleitungen liegen in wechselnder Tiefe unter dem Straßenkörper. Die Formenvielfalt und die

unterschiedlichen Eigenschaften der verwendeten Materialien und Werkstoffe wirken sich naturgemäß auf den Erhaltungszustand und besonders auf die Widerstandsfähigkeit gegenüber den bei den Kampfhandlungen aufgetretenen Belastungen aus. Diese Eigenschaften sind jedoch nicht kalkulierbar. Alle zu reparierenden Rohrstrecken haben eines gemeinsam: Es sind eine noch unbekannte Zahl an Schäden unterschiedlicher Lage und Größe zunächst zu orten und sodann wirksam zu beseitigen – eine sicherlich schwierige, aber auch außerordentlich vielseitige Aufgabe, die ein hohes Maß an Improvisationsvermögen und handwerklichem Können verlangt.

Abschluß der Erkundung

Nach Klärung der für die Vorbereitung des Einsatzes wesentlichen technischen Fragen fand eine Abschlußbesprechung mit dem Geschäftsträger der Bundesrepublik statt. Die von ihm hergestellten Kontakte zu den maßgeblichen Vertretern der Behörden und Institutionen sowie seine Teilnahme an allen wesentlichen Besprechungen bildeten die Grundlage für den erfolgreichen und überaus schnellen Abschluß der Erkundung. Das zwischen Herrn Dr. Altenburg und dem Erkundungsteam abgestimmte Ergebnis wurde vorab als Vorschlag mit Fernschreiben dem Auswärtigen Amt, dem Bundesministerium des Innern und dem Bundesamt für Zivilschutz übermittelt.

Der Delegationsleiter trat auf schnellstem Wege die Rückreise an. Sie führte ihn zunächst auf dem Landwege von Beirut über das Libanongebirge, die von syrischen Truppen und muslimischen Milizen kontrollierte fruchtbare Beqaa-Ebene und das karge Gebirge des Antilibanon über die Grenze nach Syrien. Er bestieg am 23. September in Damaskus, der Hauptstadt Syriens, eine Maschine der Lufthansa, die ihn ohne Zwischenlandung wieder nach Frankfurt zurückbrachte.

Bei einer noch am gleichen Tage im Bundesministerium des Innern einberufenen Besprechung mit dem Auswärtigen Amt und dem Bundesamt für Zivilschutz fiel aufgrund des mündlichen Berichtes die Vorentscheidung über die Durchführung des Einsatzes. Die übrigen beiden Mitglieder des Erkundungsteams, Dirk Hubertus Bosse, Hauptsachgebietsleiter für Ausbildung beim Landesbeauftragten für Bayern der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk und als Einsatzleiter vorgesehen, sowie THW-Geschäftsführer Max Steindl aus Weilheim/Obb. blieben noch bis zum Wochenende in Beirut. Sie übernahmen die Klärung weiterer, mit dem Einsatz im Zusammenhang stehenden Fragen, wie die Unterstützung des THW-Fachpersonals durch einheimische Hilfskräfte, die Bereit-



Bild 4a, b: Unter dieser Straße im Hauptkampfgebiet mit vielen zerstörten Gebäuden liegt eine der zu reparierenden Hauptwasserleitungen (Projekt 1 – siehe Bild 10). Im Vordergrund noch einige Röhre, die von der vor nicht langer Zeit erfolgten Verlegung zurückgeblieben sind. Rechts vorn am Brücknpfeiler der in Straßenmitte verlaufenden Hochstraße ein Schützengraben mit Splitterschutz aus Sandsäcken.



Bild 6: Modernes Wohngebäude mit starken Zerstörungen. Auch hier wird wieder die weitgehende Zertrümmerung der Stahlbetonteile (Decken, Wände, Treppen und -podeste usw.) deutlich.



Bild 7: Einzelne Einschüsse in modernen Appartementshochhäusern an der Küstenstraße.

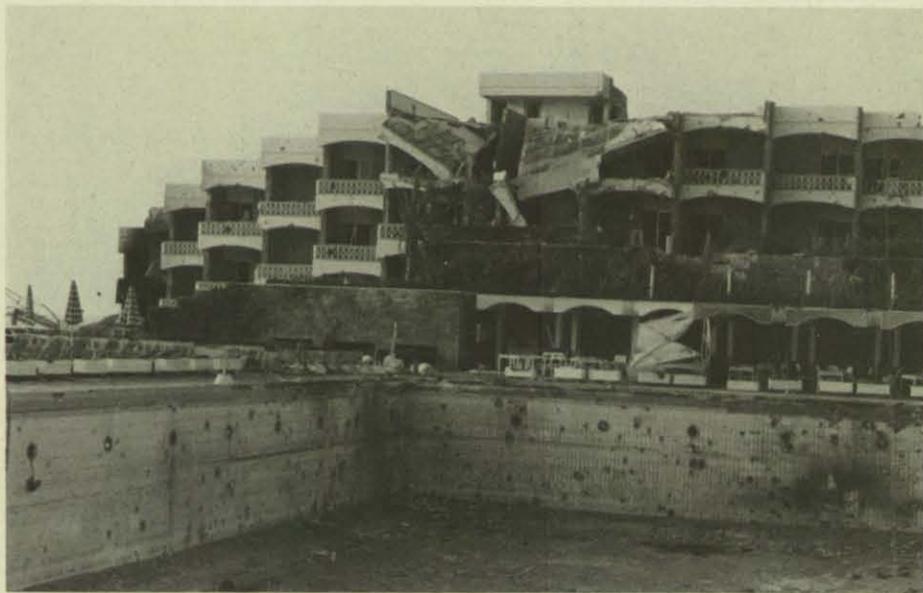


Bild 8: Zerstörungen in einem großen Strandhotel am Mittelmeer. Im Vordergrund der Swimmingpool.



Bild 9: Blick auf die Küstenstraße im Südwesten von Beirut. Im Vordergrund Einsatzleiter Dirk Hubertus Bosse vom THW-Landesverband Bayern.

stellung der für die notwendigen Erdarbeiten und Transporte einzusetzenden Baumaschinen (Mobilbagger, Lastkraftwagen, Kran) durch die UNICEF, sowie die Erkundung geeigneter Objekte für die Unterbringung, Betreuung und Versorgung der am Einsatz beteiligten Helfer sowie mitzuführenden Fahrzeuge, Geräte und Materialien.

Einsatzvorbereitung

Sofort nach Rückkehr der Teilnehmer des Erkundungsteams begannen die Einsatzvorbereitungen unter Leitung der Abteilung THW im Bundesamt für Zivilschutz. Der organisatorische und personelle Teil lag beim THW-Landesverband Bayern, der die überwiegende Zahl der insgesamt etwa 75 im Libanon-Einsatz teilnehmenden Helfer sowie die Einsatzfahrzeuge mit Geräten und Werkzeugen stellt. In den Einsatz werden vier Instandsetzungstruppkraftwagen mit der gemäß STAN für die Schadenbehebung an Wasserrohrnetzen vorgesehenen Ausstattung sowie zwei weitere ITrKW mit zur Stromversorgung von Schadenstellen und zur Reparatur von Elektroanlagen gehörender Ausstattung mitgeführt. Hinzu kommen für die Durchführung der bei den Instandsetzungen anfallenden Bergungs- und Räumungsaufgaben je ein Geräte- und Mannschaftskraftwagen des Bergungsdienstes, weiterhin ein Zugtruppkraftwagen für die Einsatzleitung sowie zwei Lastkraftwagen, teilweise mit Sonderausstattung, für Transportaufgaben, ferner ein Druckluftherzeuger und ein Feldkochherd.

Zusätzliche Materialien, Geräte und Werkzeuge

Über die von den Beirut Wasserwerken und UNICEF bereitzustellenden Rohre hinaus waren in kürzester Zeit bis zur Wiederherstellung der beschädigten und zerstörten Rohrleitungen sowie für die geplante Verlegung von Ersatzleitungen erforderlichen speziellen Armaturen und sonstigen Einbauteile, sowie Geräte und Werkzeuge – soweit letztere nicht zur Ausstattung des Instandsetzungsdienstes gemäß STAN gehören – auszuwählen und zu beschaffen. Dabei mußte den geschilderten unterschiedlichsten Rohrmaterialien, Leitungsquerschnitten, Werkstoffeigenschaften, Alter, Zustand der Rohrleitungen usw. weitgehend Rechnung getragen werden. Hierzu wurden die Erkenntnisse großstädtischer Wasserwerke in der Bundesrepublik bei der Reparatur und Sanierung von älteren Wasserrohrleitungen nach dem Zweiten Weltkrieg genutzt. Wertvolle Anregungen lieferten vor allem auch die Berliner Wasserwerke, die aufgrund ihrer langjährigen Erfahrungen mit alten Gußrohrleitungen bereits im Jahre 1977/78 die Beirut Wasserwerke beraten haben.

In eingehenden Gesprächen mit einschlägigen Lieferfirmen wurde sodann eine brei-

te Palette spezieller Armaturen zur Reparatur der in Beirut vorhandenen Rohrquerschnitte und -materialien aufgrund der bei Freilegung der Wasserleitungen zu erwartenden Schäden ausgewählt. So ist als Folge der Kampfhandlungen sowohl mit Brüchen als auch Längs- und Querrissen sowie lochartigen Schäden, ferner Leckagen aufgrund undichter Rohrverbindungen usw. zu rechnen. Die Bilder 11a und 11b zeigen eine Auswahl der für die vielfältigen Reparaturfälle an Wasserleitungsrohren aus verschiedenen Werkstoffen und unterschiedlichen Querschnitten mitgeführten Armaturen, wie z. B.

- Blasenlochverschlüsse (zum Verschließen von annähernd runden Löchern in den Rohrwandungen),
- Rohrkupplungen in verschiedener Ausführungsart (zum Abdichten von Querrissen, zum Einfügen neuer Rohrabchnitte anstelle herausgetrennter schadhafter Rohrabchnitte sowie als Übergang von einer zur anderen Rohrart),
- mehrteilige Dichtschellen und Überschieber (zum Abdichten von Rissen unterschiedlicher Breite und Länge),
- Stemmuffendichtringe (zum Abdichten schadhafter Rohrverbindungen).

Das mitgeführte Sortiment an speziellen Armaturen gestattet die Beseitigung unterschiedlichster Schäden und bietet ein hohes Maß an Flexibilität bei den Wiederherstellungsarbeiten. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Reparaturarbeiten auch während des Betriebes der Rohrleitungen, also unter Wirkung von Wasserdruck, ausgeführt werden müssen.

Weiterhin mußten die zum Vorbereiten der zu reparierenden bzw. für den Einbau der neu zu verlegenden Rohre nebst Anschlüssen zusätzlich notwendigen Geräte und Werkzeuge, wie Abdreh-, Schneid- und Trenngeräte und andere Bedienungswerkzeuge beschafft werden.

Im Mittelpunkt jeder Einsatzplanung stehen der Schutz und die Sicherheit der Helfer. Unter diesem Gesichtspunkt wurden zusätzliche Suchgeräte beschafft, die auf metallische Gegenstände nahe der Straßenoberfläche ansprechen und damit nicht nur die Rohrleitungsbauteile, wie z. B. Bedienungsgestänge für Absperrschieber und Armaturen, anzeigen, sondern zugleich auch auf im Bereich der Baugruben etwa vorhandene Blindgänger empfindlich reagieren.

Da die genaue Lage der zu reparierenden Rohrleitungen im unterirdischen Straßenkörper oft nicht bekannt ist, mußte auch an spezielle Ortungsgeräte gedacht werden. Bestimmte Bauteile der Rohrortungsgeräte finden zugleich für die zur genauen Lokalisierung von Rohrschäden ebenfalls beschafften Wasser-Lecksuchgeräte Verwendung.

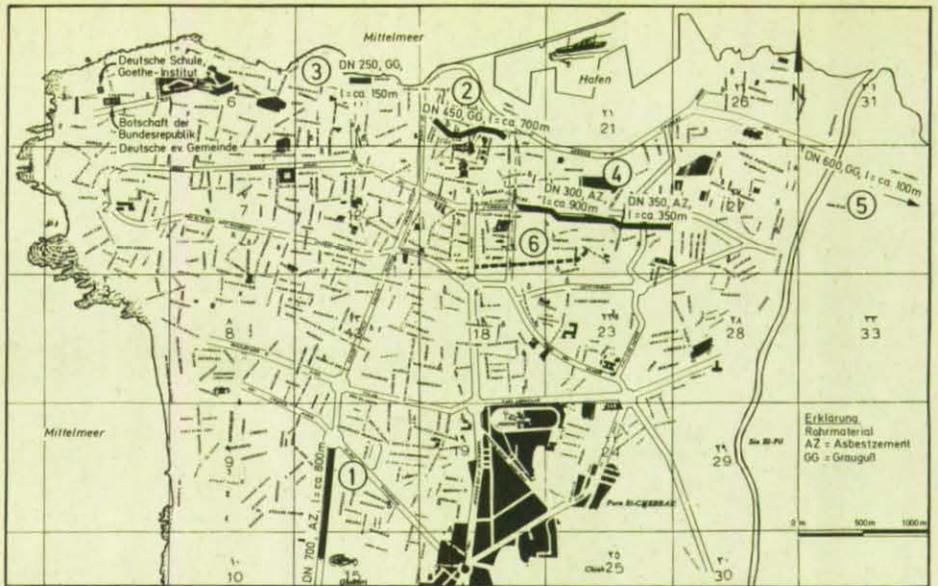


Bild 10: Ausschnitt aus dem Stadtplan von Beirut mit Darstellung der zu reparierenden Wasserrohrleitungen.

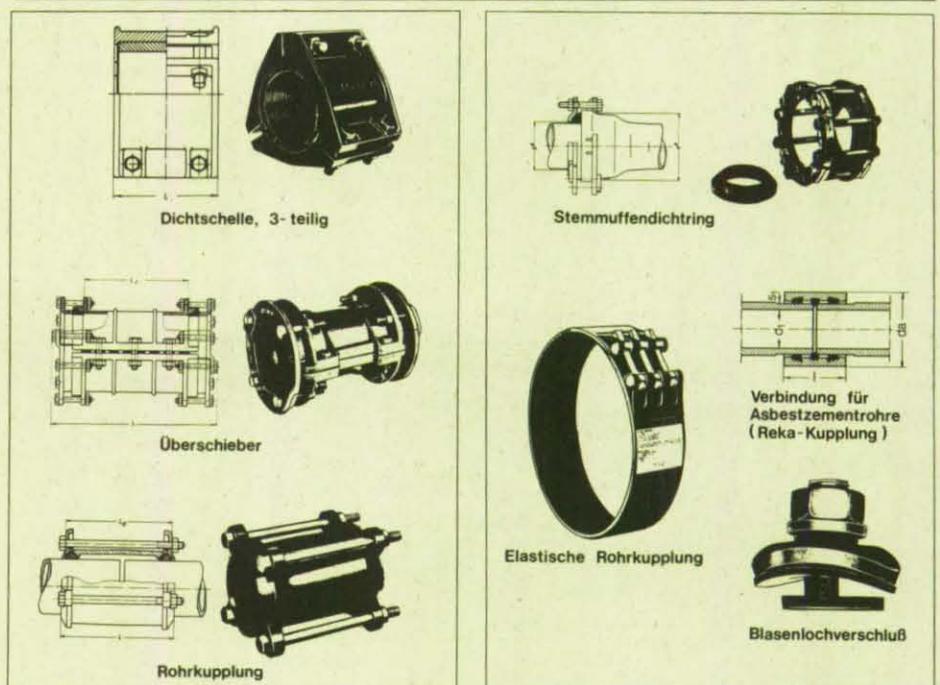


Bild 11a, b: Auswahl der für die Reparatur der Wasserrohrleitungen einzusetzenden Spezialarmaturen und Rohrverbindungen.

Innerhalb von nur zweieinhalb Wochen sind die für den Einsatz zusätzlich erforderlichen Armaturen, Geräte, Werkzeuge und Verbrauchsmaterialien mit einem Gesamtgewicht von mehr als 10 t, darunter teilweise sogar ausländische Erzeugnisse, ausgewählt, bestellt und für den Abtransport bereitgestellt worden. So wurden auf organisatorischem, personellem und technischem Gebiet die Voraussetzungen für einen schnellen Einsatz geschaffen.

Inzwischen sind mit einem Begleitkommando die Einsatzfahrzeuge mit den Geräten und Werkzeugen sowie Material auf dem Seewege in Beirut eingetroffen. Nach einer zweitägigen Einführung in die Gegebenheiten des Einsatzlandes und einer eingehenden Einweisung in die Anwendung der mitgeführten Ortungs- und Suchgeräte

sowie speziellen Armaturen sind die übrigen rd. 65 Helfer mit dem Flugzeug in Beirut angekommen.

Die in den Libanon entsandten Führungskräfte und Helfer begleiten unsere besten Wünsche für ein gutes Gelingen. Möge auch dieser Einsatz auf dem Gebiet der Trinkwasserversorgung den Menschen in dem leidgeprüften Land eine ähnlich wirksame Hilfe bringen wie die bisherigen THW-Einsätze! Mit dem gleichen Wunsch endet übrigens auch der Bericht über die Vorbereitungen für den 33. Auslandseinsatz auf dem Gebiet der Wasserversorgung, nämlich zum Aufbau von Trinkwasseraufbereitungsanlagen in den Flüchtlingslagern Somalias, im Septemberheft 1980 des Zivilschutz-Magazins, der ein voller Erfolg gewesen ist.

Bundesinnenminister Dr. Zimmermann empfing THW-Helfer vor ihrem Einsatz im Libanon

Das Technische Hilfswerk hat eine 75köpfige Gruppe in die Hauptstadt des Libanons, Beirut, mit dem Auftrag, die zusammengebrochene Wasserversorgung schnellstens wiederherzustellen, um die Versorgung der Bevölkerung mit Wasser zu gewährleisten, entsandt.

Bundesinnenminister Dr. Zimmermann empfing die Angehörigen dieser THW-Gruppe und wünschte ihnen für ihren wichtigen Auftrag Glück und Erfolg sowie eine gesunde Rückkehr. Er freute sich, schon sobald nach seiner Amtsübernahme aus diesem akuten humanitären Anlaß des Einsatzes des THW im Libanon die Vertreter dieses Dienstes begrüßen zu können, betonte Zimmermann. Bereits als Abgeordneter sei er mit dem Wirken dieser Hilfsorganisationen vertraut gewesen.

Die Bedeutung des THW gehe weit über die Erfüllung des Sachauftrages hinaus. Beispielhaft sei das freiwillige Engagement aller Helfer des THW zum Wohl der Allgemeinheit. Der Innenminister sehe darin ein Zeichen positiver staatstragender Überzeugungen und den Ausdruck verantwortungsbewußten gesell-

schaftlichen Handelns. Die Bereitschaft der ehrenamtlichen Helfer zur aktiven Mitgestaltung des demokratischen Staates bedeute für den Staat auch eine Verpflichtung gegenüber dem THW.

Stellvertretend möchte er vor den anwesenden ehrenamtlichen Helfern – aber für die gesamte Helferschaft – die Versicherung abgeben, daß er als Bundesinnenminister auch künftig der Aufgabensstellung des THW große Bedeutung zumißt. Das gelte insbesondere auch für die Jugendarbeit im THW.

Den THW-Helfern spreche er seinen Dank und seine Anerkennung für die freiwillige Meldung zum schwierigen Einsatz in Beirut aus. Dieser 40. Auslandseinsatz stünde unter besonderen Vorzeichen. Beirut ist vom Krieg hart getroffen; große Teile der Bevölkerung leiden bittere Not. Internationale Hilfe kann erst jetzt nach Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung durch UNO-Streitkräfte langsam anlaufen. Er freue sich, feststellen zu können, daß die Bundesrepublik Deutschland mit dem THW zu den ersten Ländern gehört, die dieser humanitären Aufgabe nachkommen.

Die Wiederherstellung der Wasserversorgung in Beirut ist eine vordringliche Aufgabe, deren Bedeutung nur jemand ermessen kann, der über Erfahrungen verfügt, was überhaupt Wassernot bedeutet. Bei der Bewältigung dieser Aufgabe kann und wird das THW seine Fähigkeiten unter Beweis stellen. An fünf neuralgischen Schadensschwerpunkten sollen die Hauptschwierigkeiten bei der Wasserversorgung behoben werden (siehe auch ausführlichen Bericht in diesem Heft).

Nach sorgfältiger Vorbereitung durch ein Vorauskommando, wobei Dr. Zimmermann besonderen Dank Dipl.-Ing. Such, dem Wasserexperten des THW, aussprach, wird das Team des THW in vier harten Arbeitswochen das menschliche Leid in Beirut zu lindern suchen. Für diese humanitäre Aufgabe wünschte der Bundesinnenminister den THW-Helfern eine gute Reise, eine erfolgreiche Bewältigung der Arbeit und nicht zuletzt eine gesunde Rückkehr.

Zu unseren Fotos: Bundesinnenminister Dr. Zimmermann empfängt die THW-Einsatzgruppe und wünscht den Helfern Glück und Erfolg für ihren wichtigen Auftrag (Fotos: Bundesbildstelle).

THW-Junghelfer pflegten Kriegsgräber in Österreich

Eine Gruppe von 26 Junghelfern des Technischen Hilfswerks war in der Zeit vom 9. bis 23. Oktober 1982 erstmals für die Pflege von Kriegsgräbern in Österreich eingesetzt. Hierzu veranstaltete das THW zusammen mit dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge ein Jugendlager in Wien. Die THW-Junghelfer hatten den Auftrag, Pflege- und Reparaturarbeiten in den Sektionen der deutschen Soldatengräber auf dem Zentralfriedhof in Wien auszuführen. In erster Linie handelte es sich um das Säubern und Imprägnieren von Grabsteinen sowie um das Verlegen von Grabplatten und Befestigen von Grabkreuzen.

Die Einsatzgruppe wurde am 8. Oktober in Gelsenkirchen durch den Direktor der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk, Dipl.-Ing. Hermann Ahrens, und den THW-Landesbeauftragten für Nordrhein-Westfalen, Dipl.-Ing. Siegfried Drogies, verabschiedet. Ahrens unterstrich die Bedeutung derartiger Einsätze im Ausland mit humanitärer Zielsetzung und wies darauf hin, daß im kommenden Jahr Jugendlager des THW in Verbindung mit dem Volksbund nicht nur in Österreich, sondern auch in Frankreich und Tunesien stattfinden sollen, um bei der dringend notwendigen Grabpflege zu helfen.



Der Spürkasten 80

Neue Spürmittel und verbesserte Geräte zur Probennahme führten zu einer neuen Konzeption – Der Nachfolger des Spürkastens 60 in der praktischen Anwendung

1. Der ABC-Zug im Katastrophenschutz

Nach dem „Gesetz über den Zivilschutz“ ist es dessen Aufgabe, durch nicht-militärische Maßnahmen die Bevölkerung, ihre Wohnungen und Arbeitsstätten, lebenswichtige zivile Betriebe, Dienststellen und Anlagen sowie das Kulturgut vor Kriegseinwirkungen zu schützen und deren Folgen zu beseitigen oder zu mildern.

Dazu werden die Einheiten des Katastrophenschutzes auf Kosten des Bundes verstärkt, ergänzt sowie zusätzlich ausgestattet und ausgebildet.

Diese Aufgabe wird unter anderem durch den Katastrophenschutz wahrgenommen.

Eine der möglichen Kriegseinwirkungen ist der Einsatz chemischer Kampfstoffe. Um in

diesem Fall die Folgen der Einwirkungen auf die Bevölkerung zu beseitigen oder zu mildern, wurden im Katastrophenschutz ABC-Züge aufgebaut, zu deren Hauptaufgabe nach STAN Nr. 051 und KatS-Dv 509 als Vorläufer die

- ABC-Erkundung = Feststellung chemischer Kampfstoffe und
- die Dekontamination = Entgiftung chemischer Kampfstoffe zählen.

Im einzelnen hat der ABC-Zug beim Einsatz chemischer Kampfstoffe folgende Teilaufgaben wahrzunehmen:

- Messen, Spüren und Melden chemischer Kampfstoffe
- Probennahme
- Kennzeichnung und Überwachung vergifteter Gebiete

– Entgiftung von Menschen und Sachen inkl. eingeschränkter Geländedekontamination, soweit diese für den Einsatz anderer Fachdienste zur Menschenrettung notwendig ist

– Mitwirkung bei der Trinkwasseraufbereitung.

Im Rahmen der Verstärkung für V-Fall-spezifische Aufgaben wurden in den letzten drei Jahren 40 zusätzliche ABC-Züge aufgestellt, so daß nunmehr 244 ABC-Züge vorhanden sind. Damit sind ca. 64 % aller Kreise und kreisfreien Städte versorgt.

Chemische Kampfstoffe können großflächig, aber auch lokalisiert und punktuell eingesetzt werden. Um eine frühzeitige Erkennung und damit eine schnelle Be-

Abb. 2: Vorder- und Seitenansicht Spürkasten 80 in Verbindung mit der ABC-Schutzbekleidung Zodiac.



kämpfung zu ermöglichen, wurden auch alle Züge anderer Fachdienste im Katastrophenschutz in ihrem Zugtrupp mit Gerät und Material für das Erkennen von chemischen Kampfstoffen ausgestattet.

Damit im V-Fall jeder Fachdienst seine Aufgaben auch in vergifteten Gebieten durchführen kann, werden in Zukunft alle Helfer im Katastrophenschutz mit einer semipermeablen ABC-Schutzbekleidung ausgestattet, die im Vergleich zur impermeablen ABC-Schutzbekleidung „Zodiak“ des ABC-Dienstes längere Einsatzzeiten auch bei schwerer körperlicher Belastung erlaubt.

2. Feststellung chemischer Kampfstoffe

Vor der Durchführung aller Folgemaßnahmen ist primär die Feststellung des Vorhandenseins chemischer Kampfstoffe erforderlich.

Nach der STAN Nr. 051 differenziert man dabei zwischen Messen, Spüren und der Probenahme. Darunter ist folgendes zu verstehen:

a) Feststellung chemischer Kampfstoffe durch direkt anzeigende Meßgeräte, welche zusätzlich mit optischen und akusti-

schen Alarmgebern bei bestimmten Konzentrationen ausgestattet sein können

b) Feststellung chemischer Kampfstoffe mittels charakteristischer Farbumschläge von Geräten oder Materialien

c) Feststellung chemischer Kampfstoffe durch chemische Untersuchungen von Boden-, Material- und Wasserproben.

Bisher gab es für die Feststellung chemischer Kampfstoffe kein Anzeigergerät mit festgelegter Warnschwelle.

Erst in dem für die Erkundungsgruppe im ABC-Zug vorgesehenen AC-Erkundungskraftwagen mit geschlossenem Aufbau wird ein derartiges Gerät integriert werden.

Zur Durchführung der unter b) aufgeführten Tätigkeit waren bisher die Zugtruppe, die Erkundungs- und die Dekontaminationsgruppen P und G der ABC-Züge sowie die Zugtruppe der Züge aller Fachdienste im Katastrophenschutz nach STAN mit dem Spürkasten 60 ausgestattet. Dieser Spürkasten 60 enthielt auch Geräte und Behältnisse zur Probenahme für einen Teil der unter c) vorgesehenen Untersuchungen.

Außerdem waren die Zugtruppe aller Fachdienste für die Durchführung der Feststellungen gemäß b) mit einer verlastbaren „ABC-Spür- und Dekontaminationsausrüstung“ versehen.



Abb. 1: Spürkasten 60.

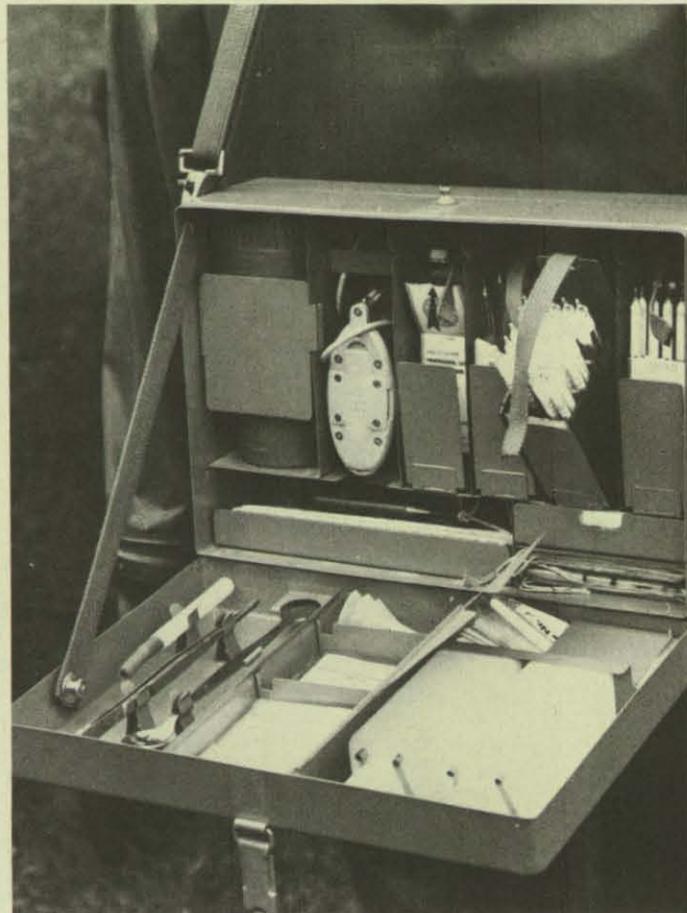


Abb. 3: Spürkasten 80.

3. Der Spürkasten 60

Die Beschreibung des Spürkastens 60 (Abb. 1) erfolgte in der LSHD-Dv 527 „Vorläufige Dienstvorschrift für Spürgeräte, Spürmittel und Kennzeichnungsgaräte“ vom Juni 1963. Der Spürkasten 60 ist ein korrosionsgeschützter tragbarer Stahlblechbehälter, der einen Satz Spürgeräte und Spürmittel und einen Satz Probenentnahmegarät enthält.

Der Satz Spürgeräte und Spürmittel besteht aus der

- Saugpumpe mit 6 Sätzen Prüfröhrchen zum Nachweis von Luftkampfstoffen
- 6 Kunststofftrichtern zum Aufsetzen auf die Prüfröhrchen für den Nachweis von Geländekampfstoffen in Bodenproben
- der Spürbüchse 500 zum Nachweis von Geländekampfstoffen und dem
- Probenentnahmegarät zum Sammeln und zur Aufnahme von mit Geländekampfstoffen vergifteten Boden- und Materialproben.

Dieser Spürkasten wurde in den 60er Jahren entwickelt und beschafft und enthält bereits in dieser Ausstattung die wichtigsten Instrumente zum Spüren chemischer Kampfstoffe sowie zur Probenahme.

Mitte der 70er Jahre war zu erkennen, daß die Ausstattung des Spürkastens 60 nicht mehr allen anstehenden Aufgaben gerecht

wird. Insbesondere durch die Entwicklung neuer Spürmittel und verbesserter Einrichtungen für die Probenahme war es erforderlich, ein neues Konzept zu entwickeln. Diese Entwicklung wurde 1981 abgeschlossen und unter der Planungs-Nr. 6665-00016 als „Spürausrüstung, chemische Agenzien, Zusammenstellung 1 (Spürkasten 80)“ in die STAN Nr. 051 aufgenommen.

4. Das Konzept des Spürens

Die Aufgabe des Spürens besteht darin, Art und Eigenschaften der eingesetzten chemischen Kampfstoffe festzustellen, die Spürergebnisse dem Hauptverwaltungsbeamten (HVB) zuzuleiten und den Gefahrenbereich zu kennzeichnen.

Darüber hinaus sollen mit dem im Spürkasten mitgeführten Probennahmegerät Boden-, Material- und Wasserproben genommen werden, die einer vom HVB benannten Untersuchungsstelle zuzuleiten sind.

Durch Überwachung des kontaminierten Gebietes in Zeitabständen ist festzustellen, ob die Kontamination noch vorhanden ist, also weiterhin eine Gefahr bedeutet.

5. Ausführung des Spürkastens 80

Als Behältnis für die Spürausrüstung wird ein Stahlblechkasten verwendet, dessen Oberfläche mit einem dekontaminierbaren und dekontaminationsbeständigen Lacksystem nach RAL 2004 (orange) geschützt ist (Abb. 2).

Die konstruktive Ausführung des Behältnisses mußte einerseits das sichere Unterbringen aller zur Spürausrüstung zählenden Teile als auch deren Entnahme mit ABC-Schutzhandschuhen für die durchzuführenden Spüraufgaben ohne Schwierigkeiten ermöglichen.

In Abb. 3 ist der Spürkasten 80 in aufgeklappter Form dargestellt. Wie aus einem Vergleich der Abbildungen 1 und 3 deutlich wird, enthält der Spürkasten 80 eine Reihe zusätzlicher Ausstattungsteile, deren Notwendigkeit und Leistungsumfang nachstehend im Detail begründet und ausgeführt werden.

6. Teilaufgaben des Spürauftrages

Der Einsatz von chemischen Kampfstoffen kann grundsätzlich auf zwei Arten erfolgen:

Als Luftkampfstoffe werden solche Chemikalien eingesetzt, die bei Normaltemperatur gasförmig vorliegen bzw. einen hohen Dampfdruck aufweisen und zum anderen

Abb. 4: Spüren von Luftkampfstoffen mittels Prüfröhrchen.



Abb. 5: Spüren von Geländekampfstoffen mittels Prüfröhrchen.





Abb. 6: Spüren von Geländekampfstoffen mittels Spürpapier.



Abb. 7: Spüren von Geländekampfstoffen mittels Spürpulver.

solche, die in Form eines Aerosols eingesetzt werden können.

Geländekampfstoffe sind solche toxischen Chemikalien, die bei Normaltemperatur fest bzw. flüssig sind, die also als Flüssigkeitströpfchen oder Feststoffteilchen eingesetzt werden und sich nach dem Einsatz relativ schnell absetzen.

Aufgabe des Spürens ist es nun, die Existenz chemischer Kampfstoffe in der Luft und am Boden sicher und schnell festzustellen.

6.1 Spüren von Kampfstoffen mittels Prüfröhrchen

Kernstück der Spürausrüstung ist der Prüfröhrchensatz mit der Spürpumpe, der zum qualitativen bzw. quantitativen Nachweis von flüchtigen und seßhaften Kampfstoffen dient.

Bei den Prüfröhrchen handelt es sich um ein vereinfachtes System der Gasanalyse, wobei der Nachweis der Kampfstoffe auf der Anwendung von Reagenzsystemen basiert. Prüfröhrchen haben eine sehr große Bedeutung im gesamten Bereich der Luftuntersuchung an Arbeitsplätzen, bei der Abgasuntersuchung, bei Immissionsmessungen und bei der Prozeßkontrolle. Sie zeichnen sich durch einfache Handhabung aus. Neben festen Reagenzien bzw. mit entsprechenden Reagenzlösungen getränkten Trägermaterialien können auch Ampullen mit Reagenzlösungen in das Prüfröhrchen eingebracht sein. In der Regel werden solche Reagenzsysteme verwendet, die bei Anwesenheit des jeweiligen Schadstoffes einen Farbumschlag zeigen. Dieser Farbumschlag kann durch unmittelbare Umsetzung des nachzuweisenden Stoffes mit dem farbigen Reagenz erfolgen, es kann aber auch neben dem farbigen Reagenz ein zusätzlicher Indikator eingesetzt werden.

Neben Prüfröhrchen, die nur zur qualitativen Anzeige des Kampfstoffes geeignet sind, gibt es auch solche, die quantitativ ausgewertet werden können. In diesem Fall hat das Prüfröhrchen einen Skalenaufdruck, der erlaubt, die in der Luft vorhandene Konzentration in ppm oder mg/m^3 abzulesen.

Außer der spezifischen bzw. quantitativen Anzeige eines Prüfröhrchens spielt die sogenannte Selektivität oder Querempfindlichkeit, d. h. das Phänomen, daß ggf. andere Substanzen ebenfalls eine Anzeige vortäuschen bzw. erbringen können, eine Rolle. Diesem Mangel kann man vorbeugen, indem der Reagenzschicht im Prüfröhrchen sogenannte Vorschichten vorgeschaltet werden, die diese Störkomponenten zurückhalten. Eine weitere Forderung an die Prüfröhrchen ist die Empfindlichkeit, die insbesondere bei hochtoxischen Stoff-

fen möglichst groß sein soll. So wird z. B. an Prüfröhrchen zum Nachweis von Nervenkeampfstoffen (Phosphorsäureester) die Forderung gestellt, daß eine Mindestkonzentration von $0,05 \text{ ppm} \hat{=} 0,5 \text{ mg/m}^3$ Nervenkeampfstoff in der Prüfluft noch eine deutliche Anzeige erbringen muß.

Ein weiteres wesentliches Kriterium für Prüfröhrchen ist die Lagerstabilität bzw. maximale Lagerfähigkeit, die im wesentlichen abhängig ist von der Stabilität der Reagenzsysteme und den Lagerbedingungen. Im Bereich des Katastrophenschutzes wird durch jährliche stichprobenartige Überprüfung die Verwendbarkeit der Prüfröhrchen festgelegt, so daß hier davon ausgegangen werden kann, daß sowohl in den Lägern als auch bei den Einheiten grundsätzlich funktionsfähige Prüfröhrchen vorhanden sind.

Die Prüfröhrchen werden mittels der Spürpumpe mit der zu überprüfenden Luft besaugt. Dabei handelt es sich um eine Balgpumpe, die definierte Gasvolumina ansaugt. Sie ist so konstruiert, daß sie bei einfacher Ausführung eine große Meßgenauigkeit garantiert. Sie läßt sich leicht mit der Hand betätigen und hat ein Hubvolumen von 100 ml pro Hub.

Wie aus der Abb. 4 zu ersehen ist, bilden Prüfröhrchen und Spürpumpe im Sinne der DIN 1319 ein Meßgerät, das bestimmte Meßergebnisse liefert.

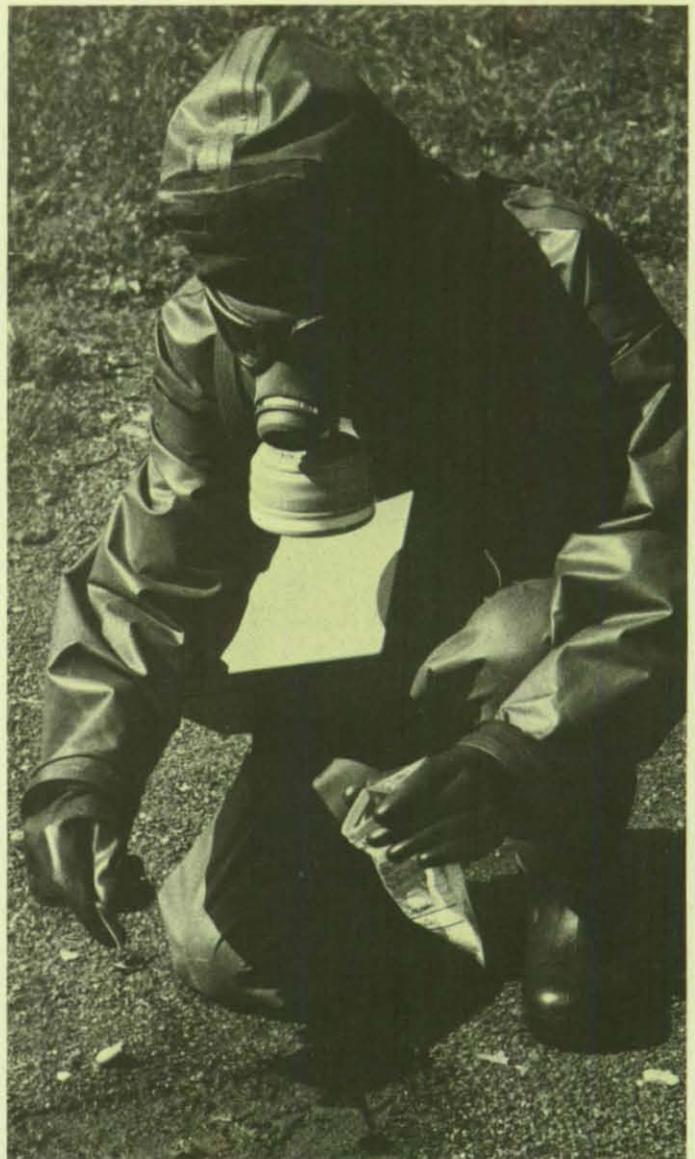
Prüfröhrchen können auch zum Nachweis von seßhaften Geländekeampfstoffen verwendet werden (Abb. 5). Zu diesem Zweck wird einer der im Spürkasten mitgeführten Kunststofftrichter auf das in die Pumpe eingesetzte Prüfröhrchen aufgesetzt. Der Trichter wird dann mit der verdächtigen Boden- oder Materialprobe gefüllt. Flüssige Proben können mit einem Wattebausch aufgesogen und mit der Pinzette in den Trichter eingelegt werden.

Im Spürkasten 80 ist eine Farbtabelle angebracht, die dem Helfer beim Spürvorgang die Zuordnung von Farbreaktionen erleichtert. Die Farbtabelle stellt nur die bei der Anwesenheit der jeweiligen Keampfstoffe auftretende charakteristische Färbung an der jeweils richtigen Stelle dar. Der Text beschränkt sich auf die Bezeichnung des Prüfröhrchens und die erforderliche Hubzahl.

6.2 Spüren mittels Spürpapier

Als weiteres Spürmittel enthält der Spürkasten 80 das Spürpapier. Im Gegensatz zu den Prüfröhrchen, die z. T. eine quantitative Aussage erbringen, handelt es sich bei dem Spürpapier, genau wie bei dem noch zu beschreibenden Spürpulver, um Indikatoren, die die Anwesenheit von chemischen Keampfstoffen durch eine Färbung anzeigen. Dieser Farbumschlag kann auf-

Abb. 8: Probennahme von Boden- und Bewuchsproben.



grund eines Lösungsvorgangs oder einer chemischen Reaktion entstehen.

Das Keampfstoffspürpapier ist mit Farbstoffen imprägniert, die sich in den anzuzeigenden flüssigen Geländekeampfstoffen lösen. Dabei nimmt das Papier eine charakteristische Färbung an.

So wird die Anwesenheit von

- G-Keampfstoffen (Sarin, Soman) durch einen zwischen gelb und orange liegenden Farbton angezeigt,
- H-Keampfstoffe (S-Lost) lassen rote Färbungen entstehen,
- V-Keampfstoffe (VX) erzeugen dunkelblaue bis grüne Verfärbungen.

Wie in Abb. 6 dargestellt, wird zum Nachweis von flüssigen Keampfstoffen das Spürpapier auf den kontaminierten Gegenstand oder das kontaminierte Gelände aufgelegt oder aufgedrückt. Die darauf abgesetzten Keampfstoffe in Tropfenform erzeugen dann eine der genannten charakteristischen Verfärbungen.

6.3 Spüren mit dem Spürpulver

Das Keampfstoffspürpulver zeigt die Anwesenheit von chemischen Keampfstoffen ebenfalls durch einen entsprechenden Farbumschlag an. Bei dem Spürpulver ist der Indikator mit einem in der Rezeptur festgelegten Trägermaterial verbunden.

Das Spürpulver wird mittels einer Streubüchse auf verdächtigen Bodenbereichen ausgestreut, wie es in Abb. 7 gezeigt wird.

Bei Anwesenheit von chemischen Keampfstofftröpfchen schlägt das gelbockerfarbige Spürpulver nach Orange bis Rot um.

Da im Gegensatz zu dem Keampfstoffspürpapier das Spürpulver keine spezifische Anzeige der einzelnen Keampfstoffgruppen erbringt, muß nach dem Einsatz des Spürpulvers durch Spürpapier die tatsächliche Anwesenheit chemischer Keampfstoffe festgestellt werden.

In Ergänzung zur Spürbüchse 500 kann die in der „ABC-Spür- und Dekontaminations-



Abb. 9: Probennahme von Oberflächenwasser.

ausstattung, verlastbar“ vorhandene Streubüchse 10 kg eingesetzt werden, da nur mit dieser größeren Spürpulvermenge größere Geländeabschnitte untersucht werden können.

7. Probennahme von Boden-, Material- und Wasserproben

Im Rahmen des Auftrages „Feststellung chemischer Kampfstoffe“ sammelt der ABC-Dienst mit dem dafür vorgesehenen Gerät Boden-, Material- und Wasserproben.

Beim Vorliegen einer Kontamination durch chemische Kampfstoffe sind über den Nachweis der Gruppenzugehörigkeit des Kampfstoffes hinaus weitergehende Informationen dringend notwendig:

- Für die ärztliche Therapie von Kampfstoffverletzungen muß die vorliegende chemische Verbindung identifiziert sein.
- Neben der qualitativen muß eine quantitative Bestimmung der Kampfstoffkonzentration durchgeführt werden, um die erforderlichen Maßnahmen wie Dekontamination, Sperrung eines Gebietes, Abschät-

zung des Schadensausmaßes, Genuß von Lebensmitteln usw. ableiten zu können.

Dazu sind detaillierte Analysenvorschriften zur Probenaufbereitung und Untersuchung, die eine schnelle qualitative und quantitative Erkennung von chemischen Kampfstoffen erlauben, zu erarbeiten.

Es sind darüber hinaus Aussagen zu treffen, bis zu welchen Grenzen unter Inkaufnahme gewisser Risiken in Kriegszeiten Lebensmittel und Material von Menschen und Tieren verzehrt bzw. genutzt werden können. Untersuchungen kontaminierter Lebensmittel-, Material-, Boden- und Wasserproben könnten aufgrund der spezifischen Einrichtungen und der geeigneten personellen Besetzung unter bestimmten Voraussetzungen von den chemischen Untersuchungsämtern durchgeführt werden.

7.1 Probennahme von Boden- und Materialproben

Zur Probennahme von Boden- und Materialproben dient das bereits oben angeführte Probennahmegerät, bestehend aus Löff-

felspatel, Pinzette, Probenbeutel, Sammel- und Transportbeutel.

Bodenproben werden, wie in Abb. 8 gezeigt wird, mit dem Löffelspatel genommen, wobei möglichst die oberste Erdschicht als Probe zu nehmen ist. Mit der Pinzette werden Material- oder Bewuchsproben eingesammelt. Während des Einfüllens der Proben in den Probenbeutel ist darauf zu achten, daß der Beutel äußerlich nicht kontaminiert wird. Vor der Probennahme ist der Probenbeutel mit den entsprechenden Angaben wie Name, Einheit, Ort und Entnahmestelle, Datum, Uhrzeit und Einsatzart zu versehen. Außerdem ist auf dem Probenbeutel ein gesondertes Feld für den Laborbefund mit Angabe des Labors, Datum und Name vorgesehen.

Der verschlossene Probenbeutel wird in einen Sammel- und Transportbeutel gegeben, dieser wird wiederum verschlossen der Untersuchungsstelle zugeleitet.

7.2 Probennahme von Wasserproben

Zur Probennahme von Wasser aus Oberflächengewässern (Abb. 9) wird die Kunststoff-Flasche so an der Leine befestigt, daß der Hals durch die Öse geführt ist und das Tauchgewicht mit einer Schlinge am Flaschenumfang befestigt ist. Die Probennahmeflasche wird durch das Tauchgewicht senkrecht nach unten gezogen und kann, nachdem sie mit Wasser gefüllt ist, wieder herausgezogen werden.

Die Flasche ist mit den entsprechenden Angaben hinsichtlich Ort und Entnahmestelle, Datum, Uhrzeit und ggf. Einsatzart zu versehen. Da eine äußerliche Kontamination erfolgt, wird sie ebenfalls zur Weiterleitung an eine Untersuchungsstelle in einen Transportbeutel verpackt.

8. Zusammenfassung

Mit dem neuentwickelten Spürkasten 80 kann der Auftrag des Katastrophenschutzes, im V-Fall den Einsatz chemischer Kampfstoffe festzustellen, umfassender und sicherer durchgeführt werden.

Bei einem großflächigen Einsatz chemischer Kampfstoffe sind jedoch die Möglichkeiten des Spürkastens begrenzt. Es ist deshalb erforderlich, zusätzliche Kapazitäten durch eine geeignete Ausstattung und baldige Fertigstellung des nach STAN 051 vorgesehenen AC-Erkundungskraftwagens zu schaffen. Die Entwicklungsarbeiten dafür sind abgeschlossen, die Beschaffung und Erprobung eines Prototyps ist für 1982/83 vorgesehen.

Nach der Einführung des Fahrzeugs wird das Zivilschutz-Magazin ausführlich über das neue Konzept berichten.

Maria Mester-Grüner

Sanitätsdienst beim Katholikentag als Katastrophenschutzübung

Große Lage in Düsseldorf

Großstadtübung mit viel Funk- und Straßenverkehr –
Mehrtägiger Einsatz mit feldmäßiger Unterbringung zeigte Ausstattungslücken



MHD-Helferinnen und -Helfer beim Einsatz im Düsseldorfer Messegelände.

Als erste Sanitätsorganisation führte der Malteser-Hilfsdienst Nordrhein-Westfalen eine mehrtägige Katastrophenschutzübung nach dem neuen Führungsmodell der Katastrophenschutz-Dienstvorschrift (KatS-DV) 100 durch. Die Übung fand im Rahmen des 87. Katholikentages vom 31. August bis 5. September 1982 in Düsseldorf statt. Der MHD hatte den Sanitäts- und Betreuungsdienst übernommen. 25 Führungskräfte und ihre Vertreter organisierten nahezu rund um die Uhr den Einsatz der 2800 Helferinnen und Helfer aus mehreren Bundesländern bei den Großveranstaltungen, Dauereinrichtungen und Einzelveranstaltungen des Katholikentages mit rund 300000 Teilnehmern. Die Übung bot der Hilfsorganisation willkommene Gelegenheiten, die neuen Vorschriften des Stabsmodells beim Großeinsatz geschlossener taktischer Einheiten anzuwenden und zu erproben. Bei idealen Bedingungen, es herrschte durchgehend fast störungsfreies, spätsommerliches Wetter, konnte der Sanitäts- und Betreuungsdienst reibungs-

los abgewickelt werden. Gleichzeitig wurden Grenzen der Anwendung des Führungsmodells sichtbar, die sich vor allem aus dem kaum feststellbaren Einsatzwert der Sanitäts- und Betreuungseinheiten ergeben.

Allgemeine Lage

Die Veranstaltungen des Düsseldorfer Katholikentages konzentrierten sich während der fünftägigen Dauer auf vier Orte: Hofgarten, Rheinstadion, Nordpark und Messegelände. Die drei letzteren liegen dicht beieinander, der Hofgarten nahe am Stadtzentrum, so daß ständig viele Besucher auf engem Raum zu betreuen waren. Die Schauplätze des Geschehens wechselten bei insgesamt 200 angemeldeten Treffen mit mehreren Großveranstaltungen mit bis zu 70000 Teilnehmern und zusätzlichen spontanen Aktivitäten. Hauptveranstaltungsort war das Düsseldorfer Messegelände. In jeder Messehalle war mindestens

eine Sanitätsstation eingerichtet und besetzt.

Art der Übung

Die Übung diente der Fachdienstvollausbildung oberhalb der Standortebene gem. Nr. 11 KatS-Ausbildungs-Verwaltungsvorschrift. Der Übungszweck war mit „Anwendung und Erprobung neuer Führungsstrukturen und Dienstvorschriften unter Einsatzbedingungen“ beschrieben. Im einzelnen sollten die Leitung nach dem Stabsmodell, die Führungsorganisation nach der DV 100, Führungsmittel wie zum Beispiel verschiedene Funkbänder, Muster für die Befehlsgebung und Lagemeldung erprobt werden. Ein Nebenziel war die Einrichtung und der Betrieb eines mobilen Container-Lazarets zur ärztlichen und medizinischen Vollversorgung von Patienten. Im Rahmen des Betreuungsdienstes arbeiteten Behindertengruppen, die diesen Kirchentagsbesuchern durch soziale und medizinische Betreuung die Teilnahme an den Veranstal-

tungen ermöglichte. Schließlich sollten Erfahrungen gesammelt werden mit der mehrtägigen Unterbringung und Verpflegung der Helfer.

Zentrale Einsatzleitung

Im Mittelpunkt der Veranstaltungsorte, nämlich im Haus der Messeleitung, dem NOWEA-Hochhaus, war die Zentrale Einsatzleitung (ZEL) untergebracht. Mit der Leitung der gesamten Übung war der Landesgeschäftsführer des Malteser-Hilfsdienstes in Nordrhein-Westfalen, Mario Nowak, beauftragt. Er wurde von Diözesangeschäftsführer Freiherr von Boeselaer als Stellvertreter unterstützt. Eingesetzt wurden 29 Einheiten, die meisten davon aus Nordrhein-Westfalen; Einheiten waren auch aus Berlin, wo der letzte Katholikentag stattgefunden hatte, aus Osnabrück (wegen der Erfahrungen beim Papstbesuch im Jahr 1980) und aus München, wo der nächste Kirchentag stattfinden wird, gekommen, außerdem Helfer aus allen Teilen der Bundesrepublik. 140 Mannschaftswagen, vier Notarzteinsatzwagen, 23 RTW, 42 KTW, Lkw für Materialtransporte, drei Küchenwagen, zwei Feldkochherde und vier Fernmeldebauwagen umfaßte der stattliche Fahrzeugpark. Vier Sachgebietsleiter in der ZEL standen mit den Einsatzleitern in den Technischen Einsatzleitungen (TEL) und den Abschnittsführern in Kontakt. Außerdem war die ständige Verbindung mit dem Veranstalter, also einem Verantwortlichen des Katholikentages, dem Ordnungsamt, der Polizei, der Arbeitsgruppe „Behinderte“ und den Ärzten der Notfallkrankenhäuser sichergestellt.

Besondere Lage

Die Einheiten des MHD waren im Gymnasium an der Rückertstraße untergebracht, das von den Hauptveranstaltungsorten im Messegelände einige Kilometer entfernt ist. Dadurch ergaben sich erhebliche Transportprobleme. Das planmäßige Bereitstellen von Sanitätseinheiten – in Anbetracht des Großstadtverkehrs – wurde durch die zusätzliche Verkehrsbelastung anlässlich des Katholikentages noch erschwert.

In der Unterkunft herrschte entgegen der ursprünglichen Zusage voller Schulbetrieb, so daß für Mannschaften und Fahrzeuge sehr eingeschränkte Schlaf-, Verpflegungs- und Abstellmöglichkeiten bestanden. Zahlreiche kurzfristig angemeldete Treffpunkte während des Kongresses erforderten nicht vorhersehbare Einsätze. Die feldmäßige Unterbringung der rund 2800 Helfer in Massenunterkünften verursachte Probleme durch den Schichtdienst und hinsichtlich der mangelhaften Ausstattung der Einheiten.



Zentrale Einsatzleitung mit Übungsleiter Mario Nowak (stehend), Landesgeschäftsführer NRW des MHD in der Rolle des Hauptverwaltungsbeamten.



Hochbetrieb bei den Sichterinnen: Sie nahmen 662 Lagemeldungen und Einsatzbefehle entgegen, dokumentierten sie und leiteten sie weiter.



300000 Mark kostete das neue, in Europa bisher einzigartige Container-Lazarett des MHD, das zerlegt im Flugzeug auch zu Übersee-Einsätzen transportiert werden kann.

Ablauf der Übung

„Zwischenprogramm läuft. Ca. 40 000 Zuschauer im Stadion, ca. 40 000 außerhalb. 18 Sanitätszüge mit je 1/27 im Stadion eingetroffen.“ So lautete eine Lagemeldung der TEL 2 an ZEL am Schlußtag des Kirchentages, dem 5. September, 12.02 Uhr. Als wichtigstes Führungsmittel lief der Fernmelde- und Funkbetrieb einwandfrei, was nicht zuletzt auf den hervorragenden Ausbildungsstand des Fernmeldedienstes zurückzuführen war. Insgesamt 662 Funkgespräche wurden zwischen den TELen und der ZEL abgesetzt. Als Führungskanal wurde das 4-m-Band benützt, in dem ein weiterer Kanal für den Einsatz der Rettungsfahrzeuge reserviert war. Der Betreuungsdienst wurde über das 70-cm-Band des Betriebsfunks abgewickelt. Glücklicherweise gab es keine schweren Zwischenfälle. 296 Hilfeleistungen, davon 131 Krankentransporte, wurden verzeichnet. Seine Premiere erlebte das neue Container-Lazarett, das für Auslandseinsätze bei Katastrophen konzipiert ist. Es besteht aus zerlegbaren und im Flugzeug verladbaren Container-Teilen, die auch unter extremen klimatischen Bedingungen eine befriedigende Diagnostik und Therapie ermöglichen.

Auswertung der Übung

In einer vorläufigen Bilanz äußerten sich Einsatzleiter, Schiedsrichter und Beobachter zufrieden über den Übungsverlauf. Für die Ausbildung der Fachdienste und für den mehrtägigen Großeinsatz geschlossener Einheiten stelle eine Übung aufgrund realer Gegebenheiten – wie etwa Großveranstaltungen – eine wichtige Bewährungsprobe dar. Der hohe Ausbildungsstand und die Leistungsfähigkeit der Führer, die gute körperliche Verfassung und der Einsatzwille der Helfer wurden gelobt.

Über das hohe Ausmaß der personellen und technischen Organisation einer solchen Übung staunte der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Dr. Bernhard Vogel, der die Zentrale Einsatzleitung nach seiner Ansprache bei der Abschlußkundgebung spontan besuchte. Er zeigte sich beeindruckt von der Stabsarbeit und dem engagierten Einsatz der MHD-Führer und -Helfer. Gegenüber dem Zivilschutz-Magazin äußerte er: „Die Leute haben damit zum Gelingen des Katholikentages beigetragen. Darüber hinaus sehe ich die Durchführung der sanitätsdienstlichen Versorgung als Katastrophenschutzübung nach dem bundeseinheitlichen Modell ‚Führung und Einsatz‘ als wichtigen Schritt zur erhöhten Einsatzbereitschaft der Hilfsorganisationen an. Ich halte solche Übungen für einen wichtigen Teil der Ausbildung im Katastrophenschutz.“

Im einzelnen gab es wertvolle Beobachtungen und Erkenntnisse, von denen einige nachstehend diskutiert werden.

Stabsmodell in der Praxis

Das Stabsmodell hat sich auch bei dieser Übung für die Führungsorganisation bewährt. Die Trennung von Einsatzleitung und Einsatz „vor Ort“ sicherte den ständigen „Durchblick“ trotz zahlreicher, parallel verlaufender Einsätze. Die Arbeitsteilung im Stab in die Sachgebiete Bereitstellung, Lagefeststellung, Einsatz und Versorgung entlastete die Führung und gewährleistete die Übernahme von Teilverantwortung durch die Leiter bei ausreichendem eigenen Ermessensspielraum.

Die Einrichtung der ZEL erfordert hohen Raumbedarf. Bei mehrtägigen Übungen mit Einsatzbereitschaft von meistens 6.00 bis 24.00 Uhr sind zwei- bis dreifache Besetzungen nötig. Die Kosten dieser Übung beim Katholikentag schätzt der MHD auf 100 000 DM, fast ebenso viel wie die gesamten übrigen Aufwendungen für die Helfer, ihre Unterbringung, Verpflegung, für Fahrzeuge, Material, Transport- und Betriebskosten bei diesem Einsatz.

Führungsmittel

Die Stabsarbeit steht und fällt mit der Qualität des Funk- und Fernmeldedienstes. In Düsseldorf verfügte ein gut ausgebildeter Fachdienst über schätzungsweise 90 Funkgeräte für das 2-m-Band, 40 Geräte für das 4-m-Band und den 70-cm-Betriebsfunk des Betreuungsdienstes. Der Funkverkehr konnte durchgehend zügig abgewickelt werden, zeitweilige Störungen durch Überreichweiten wurden durch Umschalten auf das 2-m-Band überbrückt. Die Übung hat gezeigt, daß das 4-m-Band, das ausschließlich als Führungskanal verwendet wurde, wesentlich höher belastet werden kann als angenommen. Zum Beispiel waren zeitweise über 100 Fahrzeuge im Einsatz, ohne daß es zu Überlastungen gekommen wäre.

Im Sachbereich 2 „Lage“ wurde Kartenmaterial zur Lagedarstellung vermißt. Grobe Pläne der Hauptveranstaltungsorte Stadion, Nordpark, Hofgarten und Messege-lände mußten für die jeweilige Lagedarstellung ergänzt werden.

Einsatzwert

Der Übungscharakter des Düsseldorfer Einsatzes zeigte sich am deutlichsten an der Ausstattung der Sanitätszüge. Ihr Einsatzwert mußte jeweils neu festgestellt

werden, die hierfür nötige Datenübermittlung kostete wertvolle Zeit. Bei den eingesetzten Sanitätseinheiten des erweiterten Katastrophenschutzes zeigten sich nämlich erhebliche Ausstattungsmängel. Die Fahrzeuge selbst hatten entweder keine, geringere oder unvollständige Ausstattungen. Die seit 1968 nicht ergänzte Fachdienstausstattung ist teils veraltet, teils abhanden gekommen. Der MHD schlägt in diesem Zusammenhang vor, seinen umfangreichen Fahrzeugpark für Behinderte umzurüsten und durch Behelfstragen, Gestelle und ärztliche Ausstattung multifunktional einzusetzen. Außerdem erscheint die Zwei- bis Dreifachbesetzung der Züge zweckmäßig, um Ablösungen vornehmen lassen zu können.

Versorgung

Die Unterbringung der insgesamt 2800 Helfer und der Fahrzeuge in einem weit vom Einsatzort in einer Großstadt entfernten Schulgebäude bei vollem Schulbetrieb hätte im Ernstfall den Großeinsatz gefährden können. Die von der Stadt Düsseldorf ursprünglich für die Kongreßdauer erwartete Schulbefreiung hätte die Versorgung und Entsorgung der Küche erleichtert und den Mannschaften bessere Schlafbedingungen durch zugweise Unterbringung gebracht. Schichtwechsel und Disziplinmangel in der Massenunterkunft störten teilweise erheblich.

Die Abstellfläche für die Fahrzeuge erwies sich als zu klein. Zusätzlich erschwerte das Fehlen einer zweiten Zufahrt das Aus- und Einrücken der Züge. Aufgrund der örtlichen Gegebenheiten am Gymnasium Rückertstraße mußte dort eine zusätzliche Einsatzleitung installiert werden. Im übrigen entspricht die persönliche Ausstattung der Helfer des erweiterten Katastrophenschutzes nicht den Erfordernissen eines mehrtägigen Einsatzes. Als Mindestausstattung sollten nach Ansicht des MHD Schlafsäcke und Trainingsanzüge bereitgestellt werden.

Zusammenfassung

Die mehrtägige Dauer der Übung, der Großstadtverkehr und die unzureichende Unterbringung des Sanitäts- und Betreuungsdienstes stellten die Hauptprobleme der Übung anläßlich des Katholikentages in Düsseldorf dar. Alle auftretenden Schwierigkeiten konnten während des Übungsablaufs gelöst werden. Für den Ernstfall müßten aber nach der Auswertung der Erfahrungsberichte weiterreichende Konsequenzen zur Verbesserung des Einsatzwertes der beteiligten Kräfte gezogen werden.

Paul Claes

Über 300 Feuerwehrmänner mit 52 Fahrzeugen probten den Waldbrandeinsatz

„Es sind weitere fünf Löschzüge erforderlich . . .“

Kombinierte Fachdienst- und Stabsrahmenübung in Köln

Ein Großbrand in der Wahner Heide? Die Spaziergänger, die am frühen Samstagmorgen das östlich von Köln gelegene ausgedehnte Wald- und Heidegelände besuchten, mußten sich diese Frage angesichts der ständig anrollenden Feuerwehrfahrzeuge unwillkürlich stellen. Doch was so bedrohlich ausschaute, war in Wirklichkeit eine großangelegte Übung des Katastrophenschutz-Fachdienstes „Brand-schutz“ der Stadt Köln. Einheiten des Versorgungs- und Fernmeldedienstes wurden dabei unterstützend eingesetzt. Begleitend führten die Katastrophenschutzleitung und eine Technische Einsatzleitung eine Stabsrahmenübung durch.

Schulung der Zusammenarbeit

Rechtliche Grundlage der Übung war der Gemeinsame Runderlaß des Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und des Innenministers des Landes Nordrhein-Westfalen vom 27. April 1981 über „Gemeinsame Schutz- und Abwehrmaßnahmen der Feuerwehren und der Forstbehörden gegen Waldbrände“. Diesem Erlaß entsprechend sollte die Übung folgende Zwecke erfüllen:

- Zusammenarbeit zwischen der Forstbehörde und der Katastrophenschutzleitung,
- Schulung in der Zusammenarbeit zwischen Katastrophenschutzleitung und Technischer Einsatzleitung unter Verwendung praxisbezogener Fernmeldemittel,
- praktische Anwendung der Karten mit UTM-Gitter und Vermittlung von Ortskenntnissen,
- Einsatz von Einheiten und deren Versorgung.

Zeitraubende Vorbereitungen

Die Vorbereitungen der Übung nahmen mehrere Wochen in Anspruch. Allein die Klärung der Zuständigkeit für das Gelände erwies sich als schwierig, da es sich bei der Wahner Heide um ein von den belgischen Stationierungsstreitkräften genutztes Gebiet handelt. Doch mit Hilfe der zuständigen Militärbehörde, der belgischen Platzkommandantur in Troisdorf-Spich, lag die

Genehmigung zur übungsmäßigen Nutzung des Geländes dann doch schnell vor. Bei einer ersten Ortsbesichtigung durch Feuerwehr, Forstverwaltung und belgische Militärvertreter wurde ein Waldgelände als

Übungsobjekt festgelegt, das tatsächlich als extrem brandgefährdet gilt und wo die Löschwasserversorgung als schwierig angesehen werden kann. In zahlreichen weiteren Besprechungen mit den Führungs-



Die im Übungsgelände eintreffenden Löschzüge müssen der Technischen Einsatzleitung gemeldet werden und erhalten dort ihre Aufgaben zugeteilt.



Die Katastrophenschutzleitung, im Hauptverwaltungsgebäude der Kölner Feuerwehr eingerichtet, führt eine die Fachdienstübung begleitende Stabsrahmenübung durch.

kräften der einzusetzenden Einheiten, der Polizei, mit Vertretern der benachbarten Gemeinden, des Wasserwerks und der Ruhrgas AG, die eine Erdgasleitung durch das Gebiet betreibt, wurden Termin und Ablauf der Übung festgelegt.

Vorbildliches Kartenmaterial

Bei den Vorbereitungen konnte auch auf Kartenmaterial über alle Forstflächen im Gebiet der Stadt zurückgegriffen werden, das der Feuerwehr von der Forstverwaltung bereits vor längerer Zeit zur Verfügung gestellt wurde. Die in dreifacher Ausfertigung vorhandenen Kartensätze – je ein Exemplar befindet sich bei der Katastrophenschutzleitung (KSL), der Technischen Einsatzleitung (TEL) sowie bei der Leitstelle der Berufsfeuerwehr – sind für Übungen äußerst nützlich und im Einsatzfall geradezu unentbehrlich. Die Karten enthalten in übersichtlicher, mehrfarbiger Darstellung alle wichtigen Informationen wie Befahrbarkeit der Wege, Wegesperren, Wasserentnahmestellen, Sammel- und Lotsenstellen, Feuerschutzschneisen und Versorgungsleitungen. In einem Anhang ist jede einzelne Wasserentnahmestelle detailliert beschrieben. Durch ständige Kontakte mit der Forstverwaltung wird das Kartenwerk auf dem neuesten Stand gehalten.

Zehn Löschzüge im Einsatz

Dem „Drehbuch“ der Übung – das vorher nur der Übungsleitung bekannt war – gemäß, war die TEL bereits in den frühen Morgenstunden auf dem Übungsgelände präsent, auch die fernmeldetechnischen Einrichtungen waren aufgebaut. Um 9.00 Uhr wurden mit dem Stichwort „Waldbrand Wahner Heide“ nacheinander drei Löschzüge der Berufsfeuerwehr, sechs Löschzüge der Freiwilligen Feuerwehr und ein Löschzug der Feuerwehr der benachbarten Gemeinde Rösrath (Rheinisch-Bergischer Kreis) alarmiert. Von allen Löschzügen der Kölner Freiwilligen Feuerwehr waren für die Übung diejenigen vorgesehen worden, bei denen ein Einsatz im Ernstfall – vornehmlich im Übungsgelände – am ehesten anzunehmen ist.

Förderung der Kartenkunde

Den anrückenden Löschzügen wurden Koordinaten mitgeteilt, mit deren Hilfe auf den mitgeführten topographischen Karten mit UTM-Gitter der Standort der TEL festgestellt werden konnte. Nach Meldung bei der TEL wurden die Löschzugführer in ihre Aufgaben eingewiesen und die einzelnen Löschzüge den drei Einsatzabschnitten zugeteilt. Die Verbindungen innerhalb eines Abschnittes wurden dann mit Handfunk-sprechgeräten im 2-Meter-Band auf einem



Die Technische Einsatzleitung im Kommandobus (Mitte) bildet den Mittelpunkt der Fachdienstübung, von hier wird auch der Kontakt zur Katastrophenschutzleitung aufrechterhalten.



In der Technischen Einsatzleitung bespricht deren Leiter, Brandamtsrat Drinkuth (links), mit seinen Mitarbeitern Einzelheiten des Übungsablaufs; im Hintergrund der Fernmelderaum.



Rund um das Übungsgelände waren über 40 C-Rohre eingesetzt, für die Wasserversorgung mußten sechs Kilometer B-Schlauch verlegt werden.

Zwischen Nord- und Ostsee

Itzehoe. Im Juli führte die BVS-Dienststelle Itzehoe eine umfangreiche Informationsaktion in den Kreisen Steinburg, Dithmarschen und Pinneberg durch. So wurden in elf Städten und Gemeinden Stände aufgebaut, an denen sich die Bürger über Maßnahmen des Selbstschutzes informieren konnten.

„Je weiter wir uns von der Großstadt entfernten, um so eher war die Bevölkerung ansprechbar und bereitwilliger zuzuhören“, zog BVS-Dienststellenleiter Bonny Bilanz. Besonders großer Zustrom sei in Orten, an denen sich Feriengäste aufhielten, zu verzeichnen gewesen.

Itzehoe. Den langjährigen ehrenamtlichen Mitarbeitern der BVS-Dienststelle Itzehoe, Hans-Joachim Fister und Hans-Hermann Lukas, wurde in einer kleinen Feierstunde die BVS-Ehrennadel überreicht. Dienststellenleiter Ingram Bonny hob die besonderen Verdienste der Mitarbeiter hervor, BVS-Landesstellenleiter Dr. Sahlender dankte den Geehrten für ihr Engagement.

Dem Fachbearbeiter der BVS-Dienststelle Itzehoe, Joachim Buhmann, überreichte Dr. Sahlender eine Dankurkunde. Buhmann ist seit 25 Jahren im öffentlichen Dienst beschäftigt.

Wedel. Eine namhafte Firma in Wedel hatte bei der BVS-Dienststelle Itzehoe die Broschüre „Ihr Vorsorgepaket“ für ihre 100 Mitarbeiter angefordert. Dienststellenleiter Bonny erläuterte bei der Übergabe u. a. auch die Möglichkeit, den BVS für die Ausbildung der betrieblichen Katastrophenschutzkräfte in Anspruch zu nehmen. Kurzfristig wurde je ein BKO-Fachlehrgang „Brandschutz“ und „Bergung“

durchgeführt, an denen jeweils 15 Personen teilnahmen. Die Betriebsangehörigen opferten dafür einen Teil ihrer Freizeit. Auch der Firmenchef nahm an den Lehrgängen teil.

Itzehoe. In der Allgemeinen Ortskrankenkasse Itzehoe wurde die Ausstellung „Schutz und Wehr“ gemeinsam von Bürgermeister Hörnlein und BVS-Dienststellenleiter Bonny eröffnet. Besondere Beachtung fanden bei den zahlreichen Gästen Ausstellungstafeln, die von der BVS-Dienststelle Itzehoe zusammen mit der Stadt und der örtlichen Presse erstellt worden waren. Auf ihnen wurde in Bild und Schrift über große Brände, Sturm-, Flut- und Schneekatastrophen in und um Itzehoe berichtet.

Reges Interesse fanden auch Geräte zur Brandbekämpfung aus dem 19. Jahrhundert. Aus dem Archiv der Stadt Itzehoe wurden Dokumente und Aufrufe von Bürgermeistern vergangener Tage ausgestellt. Dieses Schriftgut bewies, daß Selbstschutz keine Erfindung unseres Jahrhunderts ist. Einziger Unterschied: Früher mußten die Einwohner bei Nichtbeachtung mit Haft- und Prügelstrafen rechnen!

Heide. Über 100 Anmeldungen zu Selbstschutz-Grund- und -Ergänzungslehrgängen – das war das Ergebnis intensiver Öffentlichkeitsarbeit der Stadt Heide und der BVS-Dienststelle Itzehoe. Ein Informationsstand auf dem Marktplatz, die Ausstellung „Selbstschutz – Ihre Sicherheit“ im Rathaus, Presseartikel und ein Aufruf des Bürgermeisters an die Bevölkerung haben zu diesem guten Ergebnis geführt.

An den ersten drei Lehrgängen beteiligten sich 67 Personen. Weitere Termine sind mit der Stadt abgestimmt. Für das 1. Halbjahr 1983 ist von der Stadt Heide

als Schwerpunktprogramm vorgesehen, vermehrt den Selbstschutz in Arbeitsstätten zu fördern.

Elmshorn. Für über zwanzig Jahre lange engagierte Mitarbeit im BVS wurde Anita Schütt mit der Ehrennadel ausgezeichnet. Schon 1961 hatte sie sich zur ehrenamtlichen Mitarbeit im damaligen Bundesluftschutzverband verpflichtet.

Frau Schütt hat in ihrer Freizeit in vielen Fachlehrgängen und Fortbildungskursen das Wissen erworben, das sie zur Leitung von Informationsveranstaltungen befähigt. Nach der Umstrukturierung des Verbandes übernahm Frau Schütt das Ehrenamt des BVS-Beauftragten in Elmshorn, das sie bis heute innehat.

Westerland. Mehr Unterstützung als bisher forderte BVS-Dienststellenleiter Hiebsch, Flensburg, als er in Westerland die Ausstellung „Schutz und Wehr“ eröffnete. Er appellierte an die politischen Mandatsträger, sich stärker für die zivile Verteidigung und den Zivilschutz einzusetzen. Die Besucher der Ausstellung forderte Hiebsch auf, sich auf mögliche Katastrophen einzustellen und Schutzmaßnahmen langfristig zu planen und zu organisieren. Der BVS halte dazu umfangreiches Informationsmaterial bereit.

Tönning. Anlässlich der Eröffnung der BVS-Ausstellung „Schutz und Wehr“ in Tönning gab Verwaltungschef Bittner der Hoffnung Ausdruck, daß diese – für ganz Eiderstedt – einmalige Ausstellung breite Resonanz finden möge. Den Schulen legte er nahe, sich mit den 51 Exponaten zu befassen, um den Selbstschutzgedanken zum Thema des Gemeinschaftskundeunterrichts zu machen.

Hamburg

Berichte aus Hamburg

Bergedorf. Ein Stelldichein für Bürger und Hilfsorganisationen wurde das hundertjährige Jubiläum der Freiwilligen Feuerwehr Lohbrügge im Hamburger Bezirk Bergedorf. Am Sonnabend des Festwochenendes richteten die Organisationen in der gesperrten Hauptstraße

des Stadtteils u. a. Spielstände für Kinder ein. Preise hatten die Geschäftsleute gestiftet. Auch der BVS beteiligte sich mit einem Stand.

Am Sonntagvormittag startete die Feuerwehr Lohbrügge ihre Ausbildungs- und Übungsfahrt mit 30 Feuerwehrgruppen aus Hamburg sowie aus den Kreisen Herzogtum Lauenburg und Stormarn.

Der BVS hatte bei dieser „Feuerwehr-Rallye“ eine Station zu betreuen. Fast alle Wehrmänner lösten ihre Aufgaben gut. Außerdem informierten BVS-Mitarbeiter auf dem Marktplatz vor dem Feuerwehrhaus die Bürger und Feuerwehrmänner über die Aufgaben des Selbstschutzes.

Bei einem Empfang der Feuerwehr Loh-



Auch der damalige Bundeskanzler gratulierte (von links): Helmut Schmidt, Landesbereichsführer Hermann Stahlbuhk und der Präsident des Deutschen Feuerwehrverbandes, Hinrich Struve.

brügge gratulierte auch Helmut Schmidt, der Bundestagsabgeordneter des Bezirks Bergedorf ist, zum Jubiläum.

Hamburg-Harburg. In einer kleinen Feierstunde verabschiedete BVS-Dienststellenleiter Kurt Morjan Lieselotte Fischer in den Ruhestand. Vor über 28 Jahren trat Frau Fischer ihren Dienst bei der Landesstelle Hamburg an und war danach in verschiedenen Dienststellen in Hamburg tätig, zuletzt in Hamburg-Harburg.

In Vertretung des erkrankten Landesstellenleiters überreichte BVS-Dienststellenleiter Borchert die Entlassungsurkunde und bedankte sich für die langjährige Tätigkeit im BVS. Die Mitarbeiter in Hamburg wünschten Lieselotte Fischer für die Zukunft viel Glück und gute Gesundheit.



Aus der Hand von BVS-Dienststellenleiter Borchert nimmt Frau Fischer ihre Entlassungsurkunde entgegen.

Niedersachsen



Quer durch Niedersachsen

Hohegeiß. „Selbstschutz ist eine Gemeinschaftsaufgabe“, unter dieses Motto stellte Ortsbürgermeister Richard Kilian sein Referat anlässlich der Eröffnung der BVS-Ausstellung „Der Mensch im Mittelpunkt“ im Kurhaus Hohegeiß. Kilian betonte dabei, die Stadt Braunlage werde diese Veranstaltung nach Kräften unterstützen und appellierte an die Bürger, nicht abseits zu stehen, wenn der BVS zur aktiven Mitarbeit aufrufe. Selbstschutz sei eine Gemeinschaftsaufgabe aller verantwortungsbewußten Staatsbürger. Darüber hinaus gebiete es die eigene Vernunft, seinen Beitrag zu einem wirkungsvollen Selbstschutz zu leisten.

Stadtdoldendorf. Den Auftakt zu einer Zivilschutzwoche in der Samtgemeinde Stadtdoldendorf bildete die Eröffnung der Ausstellung „Schutz und Wehr“. Bürgermeister Heinrich Schoppe begrüßte die Gäste und erinnerte an die Gefahren, mit denen die Bürger im täglichen Leben sowie auch in einem möglichen Verteidigungsfall konfrontiert werden. Dem BVS ginge es, so Schoppe, um eine wirkungsvolle Information, die den Bürgern die Möglichkeiten der Selbsthilfe aufzeige. Die Ausstellung sei dazu ein guter Beitrag.

Meppen. Die Stadt Meppen hat der BVS-Dienststelle Osnabrück kostenlos ein Übungsgelände zur Verfügung gestellt. Unter Einsatz von freiwilligen Helfern und durch die großzügige Unterstützung der Stadt Meppen sowie der Landkreise Grafschaft Bentheim und Emsland konnte das Übungsgelände

hergerichtet werden. Auch ein Lehrsaal und sanitäre Einrichtungen sind vorhanden.

Im Rahmen von Aus- und Fortbildungsveranstaltungen für Behörden wurde inzwischen auch eine Anlage erstellt, auf der die Bergung von Verschütteten geübt werden kann. Weiterhin wird das Gelände für die Ausbildung von BVS-Mitarbeitern genutzt.

Braunschweig. Was tun, wenn es brennt? Ob in Behörden oder Betrieben, in Schulen oder Kaufhäusern, beinahe überall stehen für den Ernstfall Feuerlöscher bereit. Nicht sicher kann man jedoch sein, ob diese Geräte von den Betroffenen im Falle eines Brandes auch richtig bedient werden können.

Der Arbeitskreis für Arbeitssicherheit in Braunschweig nahm diese Überlegung zum Anlaß, eine Brandschutzübung für jedermann zu veranstalten. Das Zivilschutzamt der Stadt Braunschweig und der BVS unterstützten die Aktion personell und mit verschiedenen Gerätschaften; die Feuerlöscher stellte ein Hersteller zur Verfügung.

Der Erfolg der Übung läßt sich allein schon an der erfreulich hohen Zahl der Teilnehmer ablesen. Mehr als 500 Mitarbeiter aus Behörden, Betrieben und Schulen sowie interessierte Bürger nahmen bereits am ersten Tag der zweitägigen Veranstaltung die Gelegenheit wahr, ihre Kenntnisse im Umgang mit Feuerlöschgeräten zu verbessern.

Nienburg. „Möglichkeiten und Grenzen des Selbstschutzes im häuslichen Bereich“ war das Thema eines Vortrags, den Hans Schultz, BVS-Dienststelle

Nienburg, vor Mitgliedern des Hausfrauenverbandes hielt. Nach einer lebhaften Diskussion, in die von den Zuhörerinnen zahlreiche Beispiele von Unglücksfällen im Haushalt eingebracht worden waren, herrschte einhellig die Meinung vor, daß eine bessere Kenntnis des Selbstschutzes notwendig sei. Viele Teilnehmerinnen entschlossen sich spontan, einen Selbstschutz-Grundlehrgang zu besuchen.

Nienburg. Die Selbstschutz-Sachbearbeiter der Gemeinden im Landkreis Nienburg trafen im Nienburger Rathaus mit Vertretern des Landkreises und der BVS-Dienststelle zu einer Besprechung zusammen.

Gegenstand der Unterredung war die Entwicklung einer gemeinsamen Zielvorstellung zur Intensivierung des Selbstschutzes in den Gemeinden. Zur Förderung einer weiteren engen, kontinuierlichen Zusammenarbeit wurde vorgesehen, derartige Besprechungen in bestimmten Zeitabständen zu wiederholen.

Gifhorn. Im Rahmen einer Vortragsveranstaltung vor der Gifhorer CDU-Kreisfrauenvereinigung informierte Helmut Soßna, BVS-Dienststelle Braunschweig, die Frauen über Fragen des Zivil- und Selbstschutzes.

Soßna betonte die Notwendigkeit, trotz der zahlreichen Vorsorgemaßnahmen des Staates die Bevölkerung über Möglichkeiten des Selbstschutzes aufzuklären, da die Betroffenen gerade in den ersten Minuten eines Unglücks meist auf sich allein gestellt seien. Er empfahl u. a. den Teilnehmerinnen, einen Selbstschutz-Grundlehrgang zu besuchen

und, an die Schneekatastrophe vor wenigen Jahren erinnernd, Lebensmittelvorräte anzulegen, die im Notfall für 14 Tage ausreichen.

Oldenburg. Das Programm der geplanten Selbstschutzwoche in Oldenburg stand im Mittelpunkt eines Vortrags, den BVS-Dienststellenleiter Freese vor der Arbeitsgemeinschaft der Selbstschutzberater der Stadt Oldenburg hielt.

Im Rahmen dieser Veranstaltung sollen einige der insgesamt 33 Selbstschutzberater der Bevölkerung an Informationsständen des BVS Rede und Antwort stehen zum Thema „Selbstschutz“ und „Aufgaben des Selbstschutzberaters“.

Reith. Mit dem Ende der Ferienzeit sind im evangelischen Freizeitheim Reith zwei Selbstschutz-Grundlehrgänge abgeschlossen worden. Eine Serie derartiger Veranstaltungen wird zur Zeit in Absprache mit der Evangelischen Landeskirche Hannover allen hauptamtlichen Mitarbeitern der Landeskirche angeboten. Bis Ende des Jahres werden alle Kirchenbediensteten und im Frühjahr 1983 die Mitarbeiter der Kindergärten und Heime ausgebildet.

Metzingen. Guten Zuspruch fand ein Sicherheitswettbewerb unter dem Motto „Damit Hilfe kein Zufall bleibt“, der im Rahmen des Sommer- und Kinderfestes in Metzingen veranstaltet wurde. Ausrichter waren die Metzinger Freiwillige Feuerwehr, das DRK Lachendorf und der BVS.

An mehreren Stationen ging es für die insgesamt 31 Teilnehmer darum, lebensrettende Sofortmaßnahmen durchzuführen, Verunglückte aus dem Gefahrenbereich zu bergen und eine sachgemäße Lagerung durchzuführen. Auch das Ablöschen einer brennenden Per-

son mit Hilfe einer Decke gehörte zu den Aufgaben.

Den Siegern des Wettbewerbs überreichte Bürgermeister Günter Krößmann wertvolle Sachpreise.

Lüchow-Dannenberg. Kritische Stimmen zur derzeitigen Versorgung der Bevölkerung mit Schutzraumplätzen wurden kürzlich in Lüchow laut, als der Landkreis Lüchow-Dannenberg und der BVS gemeinsam ein Informationsseminar zum Thema „Zivile Verteidigung“ und „Katastrophenschutz“ veranstalteten. Rund 50 Gäste waren der Einladung zu dieser Tagung gefolgt, vor allem Kommunalpolitiker, Schulleiter sowie Vertreter von Verbänden, Organisationen und Behörden.

Im einleitenden Vortrag sprach Landtagsabgeordneter Anton Teyssen, Hil-

desheim, zum Thema „Die Bedeutung der zivilen Verteidigung für eine glaubwürdige Gesamtverteidigung“. Im Verlauf seiner Ausführungen wies der Politiker unter anderem darauf hin, daß es zur Zeit in der Bundesrepublik nur für drei Prozent der Bürger öffentliche Schutzraumplätze gäbe.

BVS-Dienststellenleiter Wilhelm Schaper, Lüneburg, erläuterte die Aufgaben des Selbstschutzes. Schaper verdeutlichte anhand mehrerer Beispiele, daß Selbstschutzkenntnisse nicht allein bei der größten aller Katastrophen, dem Verteidigungsfall, von Nutzen sind. Eine Ausbildung würde es dem Bürger auch ermöglichen, in vielen anderen Notsituationen Menschen helfen zu können.

Im weiteren Verlauf des Seminars ließen sich die Teilnehmer eingehend über die Aufgabenbereiche des Zivil- und Katastrophenschutzes informieren.



Landtagsabgeordneter Anton Teyssen, Hildesheim, und BVS-Dienststellenleiter Wilhelm Schaper, Lüneburg, (von links) sprechen bei der Tagung in Lüchow zum Thema „Zivile Verteidigung“ und „Katastrophenschutz“.

Nordrhein-Westfalen



Blickpunkt Nordrhein-Westfalen

Herford. „Wir wollen uns mal informieren“, hieß es in einer Einladung, die der Leiter der BVS-Dienststelle Herford, Günther Homburg, von der Jungen Union, Stadtverband Bad Oeynhausen, erhielt. Die zivile Verteidigung in der Bundesrepublik Deutschland war Thema eines Vortrags, der dann auch für reichlich Diskussionsstoff sorgte und bei den jungen, politisch engagierten Teilneh-

mern erkennen ließ, daß bei der Thematik ein Informationsdefizit besteht.

Angeregt, aber auch nachdenklich stimmend, beurteilte der Leiter des Ortsverbandes der Jungen Union, Jost Kottmeyer, das Dargebotene und regte an, eine Reihe von Vorträgen durch den BVS vorzubereiten, die seinen Ortsverband umfassend über den Zivil- und Selbstschutz informieren sollen. Er wolle auch auf andere Parteiverbände einwirken, da er diese Information nicht als Pflichtübung empfinde, sondern als Ba-

sis für einen Teil der notwendigen politischen Arbeit der Jungen Union.

Oberhausen. In letzter Zeit hat sich in Duisburg zwischen dem BVS und der Feuerwehr eine neue Form der Zusammenarbeit entwickelt. Die Feuerwehr Duisburg überprüft die Brandschutzmaßnahmen großer Geschäftshäuser und weist dabei auf die Informationsmöglichkeiten des BVS hin. So wurden in der letzten Zeit zehn Informationsveranstal-

tungen mit 242 Mitarbeitern der Kaufhäuser durchgeführt.

Anruf genügt, ist die Devise. Völlig unbürokratisch werden die Termine, auch kurzfristig, wahrgenommen – eine sinnvolle und effiziente Zusammenarbeit.

Köln. Die BVS-Dienststelle Köln führte in den letzten Wochen und Monaten zahlreiche Informationsveranstaltungen in vielen Stadtteilen Kölns durch. Bei dieser Gelegenheit ergaben sich viele intensive Einzelgespräche, die fast alle bereits am Anfang der Diskussion die Frage zum Inhalt hatten: „Wenn was passiert, wo sollen wir denn hin? Wenn über Zivilschutz und Eigenhilfe der Bürger gesprochen wird, müßte das Thema Schutzraum doch erst einmal geklärt sein...?“ Hinzu kamen die Fragen vieler Frauen nach der Sicherheit im Haushalt, im Straßenverkehr und nach der Beseitigung von Gefahrenquellen für Kinder.

Die BVS-Mitarbeiter wiesen darauf hin, daß gerade Frauen bei Katastrophen gefordert seien, nämlich dann, wenn männliche Kräfte nicht zur Verfügung ständen und die organisierte Hilfe nicht sofort zur Stelle sein könne. Die ganze Kette der Vorsorgemaßnahmen könne nur dann funktionieren, wenn der Bürger bereit sei, selbst etwas für seinen Schutz zu tun.

Viele der Gesprächspartner erkannten, daß im Selbstschutz auch die Zusammenarbeit mit dem Nachbarn notwendig ist.

Mülheim a. d. Ruhr. Ungewöhnlich und sehr ansprechend: Der BVS gab Infor-

mationen rund ums Auto. Vier Tage lang und rechtzeitig zur Reisezeit konnten sich die Autofahrer in der Fußgängerzone über viele Sicherheitsmaßnahmen informieren: Wie geht man sinnvoll mit dem Autofeuerlöscher um? Wie sieht ein Auto-Verbandkasten nach zehn Jahren „Spazierenfahren“ aus? Wie birgt man einen Verletzten aus dem Auto? Auf diese und andere Fragen konnten Interessierte durch Demonstrationen eine Antwort finden. Alle Beispiele sind im Selbstschutz-Grundlehrgang enthalten, der regelmäßig samstags in der Volkshochschule angeboten wird.

Gelsenkirchen. Vier Schüler und dreizehn Schülerinnen der Pflegeschule des Evangelischen Krankenhauses in Gelsenkirchen nahmen an einem BVS-Fachlehrgang „Brandschutz“ teil. Groß war das Interesse an der praktischen Arbeit. Zum Glück war das Wetter trocken und warm, so daß viele Übungen im Freien veranstaltet werden konnten. Schwester Elsa, verantwortliche Schulschwester, hatte in Zusammenarbeit mit der BVS-Dienststelle ein interessantes Ausbildungsprogramm zusammengestellt.

Remscheid. Bürgermeister Harnischmacher, Schirmherr der Selbstschutzwoche in Remscheid, richtete bei seiner Eröffnungsansprache einen Appell an die Bürgerschaft, von dem reichen Informationsangebot in der Veranstaltungswoche auch Gebrauch zu machen. „Das geht uns alle an, denn wir alle sind bedroht und gefährdet. Da hilft keine Vogel-Strauß-Politik, was sein muß, muß sein!“ führte Harnischmacher aus.

Obwohl die finanzielle Förderung des gemeinsamen Vorhabens durch den Hauptverwaltungsbeamten nur soweit gehen konnte, wie dies durch Einschalten der städtischen Einrichtungen möglich war, wurde das angestrebte Ziel erreicht. Durch Vorträge, Ausstellungen und praktische Demonstrationen konnte sich die Bevölkerung über Selbstschutz sowie Selbsthilfemaßnahmen informieren.

Gelsenkirchen. Verstärkt führte die BVS-Dienststelle in Zusammenarbeit mit dem Amt für Zivilschutz Informationsveranstaltungen während der Ferienzeit auch in den Vororten von Gelsenkirchen durch. Bei 16 Veranstaltungen wurden 4190 Teilnehmer gezählt. Nach der Einteilung des Stadtgebietes in Selbstschutz-Wohnbereiche werden Informationsveranstaltungen jetzt auch in Gelsenkirchen gezielt geplant.

Hagen. An einer Informationsveranstaltung der BVS-Dienststelle Hagen an der BVS-Schule Körtlinghausen nahmen Amtsleiter und Sachbearbeiter der Stadtverwaltung Hagen teil. Am Vormittag referierte Schulleiter Koch-Vollstedt über die Wirkung moderner Angriffswaffen. Der Nachmittag war der Praxis vorbehalten; den Teilnehmern wurden u. a. das Ablöschen eines Ölbrandes mit einem Pulverlöscher, das Löschen eines Feuers mit Hilfe der Einstellspritze und das Ablöschen brennender Kleidung demonstriert, das sie anschließend auch selbst üben konnten.

Hessen



Hessenspiegel

Wiesbaden. In einer kleinen Feierstunde überreichte BVS-Landesstellenleiter Straube Roland Schmidt, Amtsrat im Hessischen Ministerium des Innern, die BVS-Ehrendnadel. Schmidt, der bereits 1957 ehrenamtlicher Mitarbeiter des damaligen BLSV war, hat nicht nur zur Verbreitung des Selbstschutzgedankens beigetragen, sondern auch manchen schwierigen Weg im Landesbereich geebnet.

Straube wies in seiner Laudatio auf die vielfältigen Arbeiten des Geehrten hin. Insbesondere oblagen ihm der Aufbau des Behördenselbstschutzes bei den obersten Landesbehörden sowie die



Ministerialdirigent Kayser gratuliert Amtsrat Schmidt zu der Auszeichnung; links im Bild BVS-Landesstellenleiter Straube.

Ausbildungsvorbereitungen des Warnstellenpersonals im Land Hessen. Schmidt widmete sich diesen schwierigen Aufgaben stets mit vollem Engagement.

Zu den ersten Gratulanten zählten Ministerialdirigent Kayser und Regierungsdirektor Handwerk, Hessisches Innenministerium, sowie der Leiter der BVS-Dienststelle Wiesbaden, Hans Kremer, mit dem Schmidt schon seit Jahren eng zusammenarbeitet.

Friedberg. In einer kleinen Feierstunde ehrte BVS-Landesstellenleiter Straube die ehrenamtlichen Helfer Heinz Köhne und Otto Schulz für langjährige Mitarbeit mit einer Urkunde. Im Plenarsaal des Landratsamtes Friedberg konnte dazu BVS-Dienststellenleiter Wagner u. a. auch den Landrat des Wetteraukreises,

Münch, den Bürgermeister der Stadt Bad Nauheim, Rohde, BVS-Landeshelfervertreter Breitmeier sowie die Leiter der Kreisverbände der Sanitätsorganisationen und Kreisbrandinspektor Vogt begrüßen.

Köhne stellte sich bereits 1962 in Tettang als ehrenamtlicher Mitarbeiter zur Verfügung und erwarb dort die BVS-Lehrberechtigung. Schulz absolvierte 1974 die Ausbildung zum BVS-Fachlehrer.

Auch Landrat Münch und Bürgermeister



Ehrung in Friedberg (von links): BVS-Dienststellenleiter Wagner, Bürgermeister Rohde, BVS-Mitarbeiter Köhne, BVS-Landesstellenleiter Straube, BVS-Mitarbeiter Schulz, Landrat Münch.

Rohde dankten den Geehrten für ihr Engagement.

Fulda. Anlässlich der Informationsschau „Unsere Luftwaffe“ in Fulda informierte die BVS-Dienststelle die überwiegend jugendlichen Besucher über den Selbstschutz. Für viele war die Arbeit des BVS von großem Interesse, so daß zum Teil rege Diskussionen entstanden.

Aber auch die „Bürger in Uniform“ lieben sich informieren und waren erstaunt über die Vielfalt der Aktivitäten des BVS.

Rheinland-Pfalz



Aktuelles aus Rheinland-Pfalz

Kusel. Ein BVS-Portrait: Gaby Schmidt wurde am 29. November 1965 in Birkenfeld an der Nahe geboren. Ihr Interesse an der Arbeit des BVS wurde durch ihre Mutter geweckt, die ehrenamtliche Dienststellenleiterin in Kusel war und jetzt BVS-Beauftragte für den Kreis ist. Die ersten Erfahrungen sammelte Gaby Schmidt auf BVS-Veranstaltungen, die sie zusammen mit ihrer Mutter durchführte, noch bevor sie alt genug war, um die Ausbildung zu beginnen.

Gaby Schmidt beendete in diesem Jahr ihre BVS-Lehrgänge und ist jetzt als Ausbildungshelferin tätig. Wegen schulischer Verpflichtungen bemüht sie sich, ihre Ausbildung in den Ferien weiterzuführen.

Nach Beendigung ihrer Schulzeit möchte sie Journalistin werden und beabsichtigt aus diesem Grund, Journalistik in München zu studieren.

Ihre Mitarbeit im BVS regte sie an, sich einmal Gedanken darüber zu machen, warum junge Menschen im BVS mitmachen. Die Gründe legt sie im folgenden Bericht dar.

Diskotheiken, Motorräder und Kino – dies sind in der heutigen Zeit die beliebtesten Freizeitbeschäftigungen junger Menschen. Viele leben in einer rosigen Welt, in der es fast nichts anderes gibt. Werden sie auf eventuelle Gefahren aufmerksam gemacht, erntet man nur Spott. Und kaum mehr ein müdes Lächeln ringt man ihnen ab, wenn man erzählt, daß es auch in ihrer Welt Gefahren – z. B. Brände, Verkehrsunfälle usw. – gibt. Gefahren, gegen die sie sich durch eine intensive Ausbildung durchaus schützen können.

So etwa kann die Haltung der jungen Leute beurteilt werden, wenn das Thema auf den Bundesverband für den



Selbstschutz kommt. Trotzdem gibt es eine Gruppe von jungen Menschen, die bereit sind, ihre Freizeit dem Verband zu widmen, und ihre Zahl wächst immer mehr.

Durch Ausstellungen, Vorträge und Ausbildung an den Haupt- und Realschulen sowie Gymnasien wird das Interesse der Jugendlichen geweckt. Die Gründe für eine spätere Mitarbeit im BVS sind verschiedener Art; aber bei näherer Betrachtung drängen sich nach der Frage „Warum?“ verschiedene Argumente in den Vordergrund. Man möchte seine Freizeit sinnvoll nutzen. Zitat: „Wenn ich meine Zeit in Gaststätten verbringe, nützt es weder mir noch anderen. Seitdem ich beim BVS mitarbeite, weiß ich, daß das, was ich tue, einen Sinn hat!“

Oft hört man auch folgende Begründung: „Es kann mir selbst etwas passieren, und dann will ich mir, meiner Familie und Nachbarn helfen können. Leben wir doch in einer Zeit, wo Katastrophen an der Tagesordnung sind. Auch Naturkatastrophen, man denke nur an die Schneekatastrophe in Norddeutschland, die Sturmflut in Hamburg oder das Erd-

beben in Süddeutschland, können wir nicht ausschließen. Nicht zuletzt ein Verteidigungsfall – den wir uns alle sicher nicht wünschen – würde uns junge Menschen vor Probleme stellen, mit denen wir – ohne Ausbildung – nicht fertig würden.“

Das wichtigste Argument der jungen Leute aber sind die Gefahren des alltäglichen Lebens. Im Haushalt und am Arbeitsplatz sind sie vielen Gefahren ausgesetzt. Wie schnell ist man da in einer Situation, in der eine sofortige Hilfeleistung erforderlich ist.

Dann, nicht zu vergessen, unsere motorisierte Umwelt. Jeden Tag passieren auf unseren Straßen Unfälle, und bei vielen entscheiden die „Lebensrettenenden Sofortmaßnahmen“ über Menschenleben. Die jugendlichen Mitarbeiter, meist selbst Besitzer von Autos und Motorrädern, sind sich der direkten Gefahr bewußt und treten ihr entgegen, indem sie sich ausbilden lassen.

In dieser Ausbildung lernt man richtiges Verhalten bei aller Art Gefahren, z. B. wie man einen Verletzten aus seinem Auto bergen kann. Damit wären wir bei einem ebenso oft genannten Argument: „Ich finde die Arbeit des BVS einfach gut und lebensnah.“ Natürlich besteht die Ausbildung nicht nur aus der Praxis, im Gegenteil. Doch diese, von uns jungen Menschen oft gefürchtete „graue Theorie“ kann, wenn sie mit guter Laune vorgetragen wird, sehr anschaulich und lehrreich sein. Allerdings ist der praktische Teil doch am meisten geliebt, und aus eigener Erfahrung muß ich sagen, daß entgegen allem Mißtrauen auch junge Mädchen sehr wohl an den Übungen teilnehmen können.

Das waren die überwiegenden Gründe, die die Jugendlichen für ihre Mitarbeit beim BVS angaben. Sie sind entschlossen, das Gelernte weiterzugeben und auch andere junge Menschen, die im-

mer noch eine negative Meinung über den Verband haben, zu überzeugen.

Dieser gute Vorsatz sollte natürlich durch alle haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter unterstützt werden. Die Öffentlichkeitsarbeit in den Schulen, Vereinen und Arbeitsstätten, in denen junge Menschen angesprochen werden, mußte noch ein wenig intensiviert werden.

Wenn man aber bei Jugendlichen herumhört, muß aber auch bestätigt werden, daß in jeder Hinsicht schon viel getan wurde und damit die Zukunft des Bundesverbandes für den Selbstschutz – mit jungem Nachwuchs – gesichert ist.

Ingelheim. In der örtlichen Presse erschien ein Artikel über den Bau eines privaten Schutzraums, und zwar einen Fertigschutzraum für 20 Personen, der nachträglich für ein Wohnhaus errichtet wurde.

In dem Zeitungsbericht wurde die Anschrift des Hausbesitzers angegeben mit dem Hinweis, daß der Schutzraum von Interessenten besichtigt werden kann. Von der Möglichkeit der Besichtigung wurde reger Gebrauch gemacht. Diese seltene Gelegenheit nahm die BVS-Dienststelle Mainz wahr und informierte die Besucher über den privaten Schutzraumbau.

Mainz. Nicht alle Bürger aus Rheinland-Pfalz sind zur gleichen Zeit in Urlaub, darum haben es sich die BVS-Dienststellen zur Aufgabe gemacht, die Zuhausegebliebenen durch eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit zu informieren.

Über die Dauer von einem Monat wurden in Kaufhäusern und Supermärkten im ganzen Landesstellenbereich Informationsstände aufgebaut. Schwerpunkte waren allgemeine Vorsorgemaßnahmen wie Bevorratung, Selbsthilfemaßnahmen und Schutzraumbau. Die angebotenen Broschüren wurden gern entgegengenommen und führten zum Teil zu lebhaften Diskussionen.

Saarland



Saarland-Rundschau

Bosen. Die von der BVS-Landesstelle durchgeführten Zivilschutz-Seminare haben auch in jüngster Zeit zu weiteren erfolgreichen Ergebnissen geführt. So zeigten sich viele Kommunalpolitiker von der Notwendigkeit der Selbstschutzmaßnahmen nicht nur überzeugt, sie versicherten auch, zu einer beschleunigten Intensivierung des Selbstschutzes in ihren Gemeinden beizutragen.

St. Wendel. Zu einem Fortbildungslehrgang, der unter der Leitung von Dipl.-

Ing. Neckermann, Bundeshauptstelle Köln, und des ehrenamtlichen Fachgebietsleiters, Ministerialrat Dipl.-Ing. Klein, stattfand, konnte BVS-Landesstellenleiter Koch zahlreiche Schutzbauberater begrüßen. Als Vertreter der Kreisstadt St. Wendel war 1. Beigeordneter Wiesen gekommen, um die Gäste in der historischen Stadt willkommen zu heißen. Im Verlauf des Seminars wurden die Bauberater mit den neuesten fachtechnischen Kenntnissen vertraut gemacht.

Mettlach. Vielfältig und nützlich war die Ausbildung, die die BVS-Landesstelle in drei Werken einer namhaften Firma für

die betrieblichen Katastrophenschutz-Einsatzkräfte durchgeführt hat. Zur Verbesserung der Einsatzfähigkeit erfolgte nunmehr eine Fortbildung, die schwerpunktmäßig in den einzelnen Fachbereichen stattfand.

Von dieser Weiterbildung überzeugte sich BVS-Landesstellenleiter Koch in einem Zweigwerk in Mettlach. Hierbei gab Sicherheitsbeauftragter Schmitt die Zusicherung, daß in Zukunft der BVS weiterhin bei der Aus- und Fortbildung der Helfer im betrieblichen Katastrophenschutz beteiligt werde, wobei er die bisherige Zusammenarbeit zwischen der Firma und der BVS-Landesstelle lobte.

Baden-Württemberg



Südwest aktuell

Schwäbisch Hall. Unter dem Motto „Damit Hilfe kein Zufall bleibt“ veranstaltete die BVS-Dienststelle Schwäbisch Hall einen Sicherheitswettbewerb unter der Schirmherrschaft von Oberbürgermeister Binder.

Dieser Wettbewerb fand anlässlich der 3. Landesgartenschau Baden-Württemberg statt. Die Teilnehmer konnten ihr Wissen und Können sowie richtiges Verhalten in Gefahrensituationen überprüfen. Neben dem BVS waren auch sechs Hilfsorganisationen an der Durchführung des Wettbewerbs beteiligt.

Unterstützt wurde die Veranstaltung durch den Südwestfunk Baden-Baden, wobei Ingo Hiersche, Fachgebietsleiter „Öffentlichkeitsarbeit“ der BVS-Landesstelle Baden-Württemberg, live von Karl-Heinz Wegener über den Sicherheitswettbewerb und zu allgemeinen Selbst-



BVS-Fachgebietsleiter Ingo Hiersche (links) beim Interview mit Karl-Heinz Wegener.

schutzfragen aus dem Studio der Landesgartenschau interviewt wurde.

Stuttgart. Defizite in Sachen Selbstschutz waren beim Besuch der 44 Landräte und Oberbürgermeister der Kreise und kreisfreien Städte in Baden-Württemberg nicht abzubauen: Dies war das Fazit der Gespräche, die BVS-Landesstellenleiter Wolfgang Raach in Beglei-

tung der jeweils zuständigen Dienststellenleiter im Laufe des ersten Halbjahres 1982 führte. Die fruchtbaren und positiven Gespräche zeigten, daß die Umstrukturierung des BVS in Baden-Württemberg ihre Bewährungsprobe bestanden hat.

Die Landräte und Oberbürgermeister bestätigten Raach eine gute Zusammenarbeit mit den BVS-Dienststellen sowie die Einsatzbereitschaft aller haupt- und ehrenamtlichen BVS-Mitarbeiter. Auch die Einrichtung der BVS-Beauftragten in den Gemeinden und Landkreisen habe sich bewährt.

Weitere Besprechungspunkte waren die Intensivierung des Selbstschutzes in den Gemeinden sowie die Steigerung der Ausbildung im Behördenselbstschutz. In Baden-Württemberg, so Raach, seien beispielsweise im ersten Halbjahr 1982 allein 160 Selbstschutzberater voll ausgebildet worden. Bis En-

de des Jahres würden es über 200 sein. Dies sei gegenüber dem Jahr 1981 eine Steigerung um 100 Prozent.

Die Dienststellenleiter wiesen die jeweiligen Gesprächspartner auch auf die örtlichen Probleme wie Ausbildungsplätze und Übungsmöglichkeiten hin.

Das Innenministerium Baden-Württemberg begrüßte die Initiative der BVS-Landesstelle und sah darin eine Verbesserung des ohnehin schon guten Kontakts zu den Landkreisen und kreisfreien Städten.

Reutlingen. Unter dem Motto „Hilfe zur Selbsthilfe“ präsentierte sich die BVS-Dienststelle anlässlich der 3. Gesundheitswoche im Reutlinger Rathaus. Die BVS-Mitarbeiter informierten rund 13000 Bürger über Fragen des Selbstschutzes.

Besonderes Interesse galt dem privaten Schutzraumbau.

Mannheim. Die große Besucherzahl anlässlich der BHW-Sonderschau „Bauen, Modernisieren, Finanzieren“ in Mannheim vom 26. bis 29. August machte deutlich, daß viele Bauinteressenten an der Thematik „Schutzraumbau“ interessiert sind. Eingehende Beratungen durch BVS-Mitarbeiter zeigten im Gegensatz zu den vergangenen Jahren bessere Kenntnisse der Bevölkerung sowohl im Schutzraumbau als auch der Themen Selbstschutz und Selbsthilfe.

Ulm. Zu einer Information über den Zivilschutz hatte der CDU-Stadtverbandsvorsitzende, Martin Reg, die Mitglieder des Stadtverbands eingeladen. Erschie-

nen waren auch Bundestagsabgeordneter Herbert Werner, Staatssekretär Ludwig und CDU-Fraktionsvorsitzender Dr. Kirchner.

BVS-Mitarbeiter Klaus Riebauer referierte über den Zivilschutz sowie die Bedeutung des Selbstschutzes und der Selbsthilfe der Bevölkerung. Alfred Semmler, Leiter der Abteilung Zivil- und Katastrophenschutz der Stadt Ulm, berichtete über den derzeitigen Stand des Zivilschutzes im Stadtkreis Ulm.

Dr. Kirchner und Staatssekretär Ludwig vertraten im Verlauf der Diskussion die Ansicht, daß selbst im Falle eines Atomkriegs Schutzräume der Bevölkerung Schutz bieten. Bundestagsabgeordneter Werner zog die Beispiele Schweiz, Schweden und UdSSR heran, die für einen Großteil ihrer Bevölkerung Schutzräume geschaffen hätten.

Bayern



Bayern heute

Waldkraiburg. „Dokumentation schwerer Zeit“, unter dieses Motto stellten die „Waldkraiburger Nachrichten“ die Eröffnung der Ausstellung „Henry Moore“ im Rathaus der Stadt, die 1. Bürgermeister Dr. Josef Kriegisch eröffnete. BVS-Dienststellenleiter Seemann umriß den Sinn der Bilderschau mit den Worten: „Die Ausstellung möge aufrütteln, alles in den Kräften Stehende zu tun, um Katastrophen zu verhindern, aber, im Bewußtsein menschlicher Unzulänglichkeiten, sich auch dagegen zu wappnen.“

Rosenheim. In einer kleinen Feierstunde überreichte BVS-Landesstellenleiter Günter Kopsieker Josef Bundil für 25jährige Tätigkeit im öffentlichen Dienst eine Dankurkunde. Bundil trat 1965 in die Dienste des damaligen BLSV. 1966 kam er als BLSV-Lehrer und Geräteverwalter zur Dienststelle Rosenheim und ist dort seit April 1976 als Leiter der Fahrbaren Aufklärungs- und Ausbildungsstelle tätig.



Aus der Hand von BVS-Landesstellenleiter Günter Kopsieker nimmt Josef Bundil die Dankurkunde entgegen.

Kempten. In Zusammenarbeit mit einer namhaften Kemptener Baufirma richtete die BVS-Dienststelle Kaufbeuren anlässlich der „Allgäuer Festwoche“ einen Informationsstand ein. Die Firma zeigte dabei einen Hausschutzraum.

Rund 4000 Interessenten ließen sich über Selbstschutzfragen sowie die Möglichkeiten des privaten Schutzraumbaus informieren. Prominentester Gast war der Landrat des Landkreises Unterallgäu, Dr. Haisch. In einem Gespräch mit BVS-Dienststellenleiter Schmalzl trat Dr. Haisch für eine stärkere Öffentlichkeitsarbeit des Verbandes im Unterallgäu ein. Insbesondere soll 1983 eine Selbstschutzwoche stattfinden. Ebenso sprach sich der Landrat für eine verstärkte Ausbildung der Selbstschutzbe-rater aus.



Landrat Dr. Haisch (links) im Gespräch mit BVS-Dienststellenleiter Schmalzl.

Straubing. Nach Beendigung der Selbstschutzwoche in Straubing wurde eine Reihe von Veranstaltungen durchgeführt. So besuchten rund 2240 Bürger 45 Informationsveranstaltungen. Es folgten vier Selbstschutz-Grundlehrgänge für die Bevölkerung und vier für Behörden.

Reit im Winkl. Bürger sowie Urlaubsgäste hatten am 29. Juli 1982 in Reit im Winkl Gelegenheit, sich über Selbstschutz und Selbsthilfemaßnahmen zu informieren. Sehr viele Passanten sahen sich Filme über Brandschutz, Erste Hilfe und die verschiedenen Katastrophenschutz-Organisationen an. Der BVS-Informationsstand war immer stark umlagert.

Nachruf

Im August 1982 verstarb unerwartet der ehrenamtliche BVS-Mitarbeiter Konrektor a. D.

Erhard Mende

im Alter von 71 Jahren. Die BVS-Dienststelle Weiden hat durch den Tod von Mende einen hilfsbereiten, lebenswerten und geschätzten Mitarbeiter verloren, der seit 1952 für den Verband tätig war.

Mende wirkte als Fachlehrer und BVS-Beauftragter im Landkreis Neustadt/WN. mit. Sein besonderes Anliegen war ihm der humanitäre Auftrag des BVS.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Unwetterschäden beseitigt

Im Juli und August 1982 mußten Führungskräfte und Helfer des THW-OV Elmshorn zu mehreren Einsätzen ausrücken. Am 4. Juli wurde der Ortsverband um 17.00 Uhr von der Polizei angefordert: Sturmböen hatten eine hohe Linde in Bodennähe regelrecht abgedreht. Da der Baum auf eine Straße gestürzt war, blockierte er nicht nur den Fahrzeugverkehr, sondern vor allem auch eine wichtige Zufahrt zum Kreis-krankenhaus. Schnell hatten die THW-Helfer die Straße geräumt, so daß der Verkehr wieder ungehindert fließen konnte.

Am 15. Juli war besonders viel los: Ein Gewittersturm, der über Elmshorn hinweggefegt war, hatte in der Stadt Schäden und Verkehrsbehinderungen verursacht. Die Alarmierung des Ortsverbandes erfolgte um 17.30 Uhr. In der Kirchenstraße hatte der Sturm von einer alten Weide einen großen Ast abgespalten, der einen geparkten Pkw unter sich begrub. Da der noch stehende Teil des Baums eine Gefahr bedeutete, wurde sicherheitshalber die Krone der Weide beschnitten.

Auch auf dem Gelände des Alten- und Pflegeheims Elbmarsch hatte der Sturm einen Baum abgeknickt, und auf einer Straße behinderte ein größerer abgebrochener Ast den Fahrzeugverkehr. Der abgeknickte Baum wurde von den Helfern beseitigt und die Straße geräumt.

Die letzte Anforderung an diesem Tage erfolgte um 19.30 Uhr: Zwei Pappeln waren über die Krückau (Bundeswasserstraße) gefallen und behinderten die Schifffahrt auf dem Fluß. Helfer, die an der ersten Einsatzstelle inzwischen abkömmlich waren, zogen mit dem Gerätekraftwagen die Pappeln aus der Fahrinne.

Am 5. August wurde der Ortsverband um 21.00 Uhr alarmiert: In der Grundschule Kaltenweide war das Flachdach eines Klassenraums eingestürzt.

Nachdem auf dem Dach die Bekieselung beiseitegeräumt war, wurden 120 Sandsäcke verlegt, um zu verhindern, daß bei Regen Wasser in den Schulraum eindringen konnte. Außerdem wurde mit Sandsäcken eine provisorische Abflußrinne angelegt, um Regenwasser, das trotz behelfsmäßiger Dachabdichtung in den Raum gelangt, über den Flur nach draußen abzuleiten. Der Einsatz dauerte bis Mitternacht.

Auch am 8. August – einem Sonntag – waren einige Helfer des Ortsverbandes

im Einsatz. Wieder einmal war ein großer Ast von einer morschen Weide abgebrochen, in die Krückau gefallen und behinderte die Schifffahrt auf dem Fluß. Mit Hilfe des Gerätekraftwagens wurde der Ast, der in zwei Metern Tiefe lag, aus dem Wasser gezogen. H. M.

THW-OV Eutin zu Besuch in Kopenhagen

Die enge und freundschaftliche Verbindung zwischen dem dänischen „Falck Rettungskorps“ und dem THW unterstrich jetzt in Kopenhagen Aage Røremark, Public-Relations-Manager der größten privaten Rettungsgesellschaft der Welt, anlässlich des Besuchs von fast 60 Helfern des THW-OV Eutin, die sich auf Einladung von „Falck“ über dänische Brandschutz-, Bergungs- und Rettungsdienste informierten.

Begeistert zeigten sich die Eutiner vor allen Dingen über die moderne Ausrüstung und die computergesteuerte Alarmierung. Zu Beginn des Besuchs in der Station Kopenhagen-Taastrup, einer der größten und modernsten Falck-Stationen in Dänemark, in unmittelbarer Vorortlage von Kopenhagen, wurden die THW-Helfer durch die Fahrzeug- und Gerätehallen geführt. Den Beifall der deutschen Gäste fand die klare Aufteilung der Station in drei getrennte Hallen für den Brandschutz-, Bergungs- und Rettungsdienst. Für die Wahrnehmung dieser drei Fachaufgaben stehen in einem Gebiet von zehn Quadratkilometern neben



Aage Røremark (links) erläutert den THW-Führungskräften die Funk- und Alarmierungszentrale.



Neu in Dienst gestellt wurde anlässlich des THW-Besuchs dieser hochleistungsfähige Pumpenanhänger.

42 Einsatzfahrzeugen über 100 hauptberufliche Retter (die Dänen sagen „rote Engel“) rund um die Uhr bereit. Freiwillige Helfer wie in Deutschland gibt es in Kopenhagen nicht, betonte Stationsbereitschaftsführer Jes Rasmussen.

Als besondere Geste der deutsch-dänischen Kameradschaft wurden während des Besuchs ein neues Tanklöschfahrzeug und superleise, hochleistungsfähige Pumpenanhänger, aus Deutschland importiert, in den Dienst der Station Taastrup gestellt.

Aage Røremark, der auch Vizepräsident der Internationalen Gesellschaft der europäischen Hilfsorganisationen „Inter-rescue“ ist, hatte es sich nicht nehmen lassen, die Eutiner Bergungsspezialisten persönlich in Taastrup zu begrüßen.

Unter erheblichen Sicherheitsvorkehrungen konnten dann unter Røemarks Leitung einige THW-Führungskräfte eine der modernsten Funk- und Alarmierungszentralen Europas besichtigen. Røremark betonte, daß diese Anlage ein Pilotprojekt mehrerer namhafter Funkgeräte- und Computerhersteller aus ganz Europa sei und „Falck“ diese Computer-Technologie „aus dem Jahre 2000“ deshalb wie ein „rohes Ei“ hüte. Bedient wird diese Anlage von zwei Spezialisten, die die Computer füttern. Dank dieser neuen Technik beträgt die Zeit vom Eingang des Alarms bis zum Abrücken der Fahrzeuge maximal nur noch 30 Sekunden, unterstrich Røremark. Daß diese Äußerung keine bloße statistische Zahl ist, erlebten die Eutiner denn auch hautnah: Während des Besuchs im „Funktower“ ereignete sich ein schwerer Verkehrsunfall, und bereits acht Sekunden nach Eingang des Alarms rückten Kranken- und Bergungsfahrzeuge lärmend mit ihren amerikanischen Polizeisirenen zum Einsatzort aus.

Neben einer Video- und Filmschau hatten die THW-Helfer am Nachmittag während einer Arbeitstagung in Taastrup Gelegenheit, sich über Aufgaben und Organisation von „Falck“ zu informieren. Zum Ende des Besuchs zogen Aage Røremark und THW-Zugführer Radloff vor deutschen und dänischen Pressevertretern ein positives Fazit dieser Informationsreise. Viele Gemeinsamkeiten im Aufbau der Organisationen und das betont herzliche Miteinander der Helfer seien Garant für einen weiteren positiven Ausbau der deutsch-dänischen Beziehungen.

Zum Zeichen der Freundschaft überreichte Røremark seinen Gästen das weltbekannte Symbol des Rettungskorps, den „Falken“.

C. B.



Feuerwehr und THW – langjährige Tradition

Es gehört zur Tradition, daß der THW-OV Bergedorf einen Posten bei der „Lohbrügger Feuerwehr-Rallye“, einer Ausbildungs- und Übungsfahrt, besetzt. Dieses Jahr engagierte sich der Ortsverband ganz besonders: Die Freiwillige Feuerwehr Lohbrügge feierte mit allen Hilfsorganisationen und Vereinen des Bezirks Hamburg-Bergedorf den 100. Geburtstag. Auch der Bergedorfer Bundestagsabgeordnete, der bisherige Bundeskanzler Helmut Schmidt, kam zum Jubiläum.

Am „Rallye-Kontrollpunkt“ des THW mußten die 30 teilnehmenden Feuerwehrmannschaften aus Hamburg und den Kreisen Stormarn und Herzogtum Lauenburg (Schleswig-Holstein) einen Helfer in einer „Hosenboje“ über die Bille schicken. Nachdem er am anderen Ufer einige Fragen beantwortet hatte, mußte er auf einem schwankenden Zickzack-Steg zurückkehren. Die Stoppuhr lief und brachte wertvolle Punkte.

Lohbrüggens Feuerwehr hatte gemeinsam mit den örtlichen Geschäften, den Hilfsorganisationen und Vereinen eine



In einer Hosenboje, gebildet aus dem Bergeltuch, mußte ein Feuerwehrmann über die Bille transportiert werden . . .



Ein besonderer Spaß für die Kinder: der THW-Nagelbalken.

„Spielstraße“ aufgebaut. An den einzelnen Ständen konnten die Kinder – je nach Art der ausrichtenden Organisation – bei kleinen Wettspielen von den



. . . und auf einem schwankenden Steg zurückkehren.

Geschäften gestiftete Preise gewinnen. Nagelbalken und Sägebock des THW-OV Bergedorf waren ständig umlagert.

P. v. E.

Bremen



Bürgerschaftspolitiker besuchten Bremer THW

Über die Arbeit und Aufgaben des Bremer THW, aber auch über bestehende Schwierigkeiten und Probleme informierten sich Bürgerschaftspolitiker vor Ort. Unter der Leitung von Ernst von Schönfeldt, innen- und rechtspolitischer Sprecher der F.D.P.-Fraktion, unterrichteten sich am 18. August die Mitglieder des zuständigen Parteifachausschusses. Am 24. August kamen mit Karl-Eddi Armgort, Sprecher der Innendeputation der Bremischen Bürgerschaft, die SPD-Mitglieder der Innendeputation in der Neustadt zum THW.

Im Gespräch mit den F.D.P.-Politikern erläuterte Landesbeauftragter Dirk Göbel Aufgaben und Funktion des THW im Katastrophenschutz. Er ging dabei unter anderem auch auf die Entwicklung des THW von seiner Gründung Anfang der fünfziger Jahre bis zum heutigen Tag ein. Bei dem rund zweistündigen Gespräch, das in der Unterkunft des Orts-

Unter der Leitung von Karl-Eddi Armgort, Sprecher der Innendeputation der Bremischen Bürgerschaft, (3. v. l.) besuchten die SPD-Mitglieder der Innendeputation das Bremer THW.



verbandes Neustadt stattfand, sagten die Politiker zu, künftig bei Fragen des Katastrophenschutzes das THW regelmäßig zu konsultieren.

Nach einem Rundgang durch die Unterkunft des Ortsverbandes Huchting am Seesenthom in der Neustadt sprachen

die SPD-Mitglieder der Innendeputation mit THW-Helfern. Landesbeauftragter Dirk Göbel wies darauf hin, daß die räumliche Situation verbessert werden müsse. Es sei geplant, für den Ortsverband eine Unterkunft im Stadtteil Huchting zu schaffen.

U. W.

Katastrophenschutzübung vor japanischen Gästen

Ein Boot brennt, Menschen müssen aus Lebensgefahr geborgen werden; kurz danach prallt ein Pkw gegen einen Baum, der Fahrer ist mit lebensgefährlichen Verletzungen eingeklemmt. – Die Großübung war minutiös geplant. 56 japanische Gäste hatten ihre Freude an der reibungslosen Zusammenarbeit zwischen DRK, DLRG, THW und der Winsener Feuerwehr. Doch auch viele Winsener Bürger ließen sich davon überzeugen, daß die Hilfsorganisationen für alle Fälle gewappnet sind.

Aus einem Boot auf der Elbe dringt Qualm, zwei Boote der DLRG sind sofort zur Stelle, bergen neben den „verletzten“ Insassen auch das havarierte Fahrzeug. Inzwischen eilt das THW an den Elbestrand: Ein Anleger muß her, damit die „Verletzten“ problemlos von Bord gebracht werden können. Fässer werden zu Wasser gelassen, Bretter darübergelegt, die Konstruktion wird zu einem Faßschwimmsteg verbunden, der Krankenwagen kann kommen. Er ist schon da, die Besatzung läuft mit Tragen über den schwankenden Steg, übernimmt die „Verletzten“, bringt sie an Land, denn dort wollen die japanischen Gäste sehen, wie DRK-Helfer die Unfallopfer versorgen.

Karl Schüle, THW-Helfer aus St. Dionys, der japanischen Sprache mächtig, übersetzt ein paar Komplimente der Gäste, da wird die Aufmerksamkeit von einem „verunglückten“ Auto in Anspruch genommen. Der bewußtlose Fahrer kann nicht geborgen werden, da muß die Feuerwehr her. Die kommt mann- und fahrzeuggestark, bringt sogar die Drehleiter mit. In Sekundenschnelle ist die Tür des Autos mit einem hydraulischen Spreizgerät geöffnet, doch noch verhindert das Lenkrad die Befreiung des „Verletzten“ aus seiner mißlichen Lage. Eine Hydraulikzange beißt die Dachholme durch, mit ein paar Handgriffen und etwas Gewalt wird aus der Limousine ein Kabriolett, und mit Hilfe eines Greifzugs wird dem Fahrer das Lenkrad von der Brust gezogen.

Yukio Kurita, Vize-Gouverneur der Präfektur Fukui und Leiter der Delegation, bedankte sich für die realistische Darstellung bei den Organisationen. Die Frage einer jungen Japanerin allerdings wurde nicht beantwortet: „Fahren hier am Fluß immer so viele Rettungsautos?“

Dreißig Jahre THW-OV Sarstedt

Der THW-OV Sarstedt hatte anlässlich seines dreißigjährigen Bestehens zu einer Informationsschau eingeladen. Rund 5000 Besucher kamen, darunter Bundestagsabgeordneter Hermann Rappe, Repräsentanten der Stadt- und Kreisverwaltung und der befreundeten Organisationen.



Ein „Helfer von morgen“ mit dem Kabelsuchgerät des THW-OV Sarstedt.

„THW, Feuerwehr und DRK sollen nicht nur vernünftig zusammenarbeiten; sie sollen sich auch darstellen, damit die Bürger mehr Verständnis für ihre Arbeit haben. Denn diese Organisationen sind nicht nur auf Steuergelder, sondern auch auf kommunalpolitische Hilfe angewiesen“, erklärte MdB Rappe.

Die Helfer hatten ein Informationszelt aufgebaut und zeigten Modelle von Brücken und Stegen, die der THW-Ortsverband erstellt hat. An einer weiteren Station demonstrierten Helfer Stiche und Bunde – während in einem Sandkasten Kinder mit dem Kabelsuchgerät Metallkugeln aufspüren oder mit einer Seilbahn über die Innerste fahren konnten. Aber auch die Geräteschau und die Einsatzfahrzeuge waren das Ziel vieler Besucher.

Eine Woche später fand in der Pausenhalle der Sonderschule Sarstedt der Festakt zum dreißigjährigen Bestehen des Ortsverbandes statt, zu dem wiederum viel Prominenz – u. a. Bundestagsabgeordneter Rappe und Landrat Deike – erschienen war. R. B.

THW-Großübung im Emsland

Eine dumpfgrollende Detonation erschütterte am Samstag, dem 28. August 1982, gegen 11.45 Uhr die Umgebung der Kiesgrube in Goelenkamp bei Neuenhaus, Grafschaft Bentheim. Im Rahmen einer 24stündigen Großübung des THW-Geschäftsbereichs Emsland hatten Sprengberechtigte des THW die ungewöhnlich stark armierten Betonbauten in der nicht mehr genutzten Grube gesprengt.

An der Übung waren die THW-Berungszüge aus Aschendorf, Meppen, Lingen und Nordhorn sowie der Instandsetzungszug Lingen beteiligt, ferner Züge aus Melle und Hunteburg sowie die Kreisfernmeldezentrale Nordhorn, insgesamt 245 Helfer. Die Übungsteilnehmer waren am Freitag gegen 17.00 Uhr ausgerückt und hatten während der Nacht die Sprengung vorbereitet, wobei das gesamte Gelände mit 30000 Watt ausgeleuchtet wurde.

In der stillgelegten Kiesgrube sollten mehrere Mauern und ein Betonsockel gesprengt werden, der einem Rüttelsieb als Fundament gedient hatte. Das mehrere Tonnen schwere Gerät war noch im Laufe der Nacht abgebaut worden. Gezündet wurde in zwei Zeitstufen. Die erste Explosion legte das Ziegelmauerwerk nieder, die zweite – nur Hundertstelsekunden später – die Betonbauwerke.

Außerdem wurde ein Funklehgang durchgeführt und Maßnahmen wie das Orten Verschütteter, das Bergen Verletzter aus Trümmern, das Abstützen einsturzfährdeter Mauerwerks u. ä. geprobt. R. B.

THW-OV Osnabrück übernahm neues Unterkunftsgebäude

Gleich zweimal Grund zur Freude hatte der THW-OV Osnabrück: Zum einen feierte er sein dreißigjähriges Jubiläum, zum anderen konnten die neuen Unterkunftsgebäude an der Carl-Stolcke-Straße in Eversburg offiziell übernommen werden. Dort sind nun sämtliche Fahrzeuge, das gesamte Gerät und die Büros untergebracht.

Während eines Festaktes in der neuen Kraftfahrzeughalle brachte THW-Kreis- und Ortsbeauftragter Friedrich Peterschmidt seine Freude über ein „endgültiges Zuhause“ nach vielen Notlösungen zum Ausdruck. Sein Dank galt insbe-



Aus der Hand von Amtsleiter Uhrmacher übernimmt THW-Kreis- und Ortsbeauftragter Peterschmidt die Schlüssel zur Unterkunft.

sondere den rund 200 Helfern, ohne deren Mithilfe das Projekt nicht zustande gekommen wäre.

Als ein in die Zukunft weisendes Ereignis bezeichnete THW-Landesbeauftragter Eckhard Leiser den Unterkunftsbaubau und das Jubiläum. In Osnabrück sei vorbildliche Aufbauarbeit geleistet worden, betonte er. Auf den Aufgabenbereich des THW, aber auch auf zu erwartende Probleme ging Regierungsdirektor Henkel, stellvertretend für THW-Direktor Hermann Ahrens, ein. In Anbetracht der prekären Finanzlage könne man leider nicht alle Vorhaben verwirklichen.

Nach der offiziellen Schlüsselübergabe durch den Leiter des Staatshochbauamtes Osnabrück, Erwin Uhrmacher, wandte sich Bürgermeister Hubert Korte an die Helfer, deren Dienst die Osnabrücker Bevölkerung „sehr wohl zu schätzen wisse“.

„Besser einen Spatz in der Hand, als die Taube auf dem Dach“, meinte Bundestagsabgeordneter Dr. Alfred Emmerlich hinsichtlich des ursprünglich geplanten, aber hinfällig gewordenen Katastrophenschutzentrums in Osnabrück. „Ein ganz anständiger Spatz“, fügte sein Kollege, Prof. Dr. Karl-Heinz Hornhues, hinzu. Für den Zivil- und Katastrophenschutzdezernenten der Stadt, Dr. Bolko Schubert, hat die Hartnäckigkeit des THW-Ortsbeauftragten Peterschmidt entscheidenden Anteil am Gelingen des Vorhabens.

Grüßworte der Vertreter anderer THW-Ortsverbände folgten, bevor mit Oberstadtdirektor Dr. Raimund Wimmer die neue Unterkunft besichtigt wurde.

Präsident Dr. Kolb beim THW-OV Rotenburg

Mit dem Präsidenten des Bundesamtes für Zivilschutz, Dr. Paul-Wilhelm Kolb, hatte die Kreisstadt Rotenburg am 18. August 1982 einen der höchsten Repräsentanten des Zivilschutzes zu Gast. Im Mittelpunkt seines Aufenthalts stand ein Besuch beim THW-OV Rotenburg.

Zur Begrüßung des Präsidenten waren neben dem Gastgeber, THW-Ortsbeauf-



Begrüßung in Rotenburg (von links): THW-Landesbeauftragter Leiser, Präsident Dr. Kolb, Kreis- und Ortsbeauftragter Homann.

tragten Bodo Homann, auch die Landesbeauftragten Eckhard Leiser, Hannover, und Dirk Göbel, Bremen, sowie als Vertreter des Landkreises Ltd. Verwaltungsdirektor Dr. Fitschen erschienen. Dr. Kolb nutzte die Zeit zu einem ausführlichen Gespräch mit THW-Helfern und -Führungskräften sowie hauptamtlichen Mitarbeitern, die auch aus einigen benachbarten Ortsverbänden und Geschäftsführerbereichen angereist waren.

Zum Gedanken des Zivilschutzes führte Dr. Kolb aus, daß die Vorsorge für Spannungszeiten „eigentlich die normal-

ste Sache der Welt“ sein sollte. Er wisse aber auch, daß der Gedanke des Zivilschutzes noch nicht so populär sei und sowohl bei der Bevölkerung als auch bei vielen Politikern ein beträchtliches Informationsdefizit vorherrsche. Allerdings wachse die Einsicht in die Notwendigkeit eines leistungsstarken Zivil- und Katastrophenschutzes.

Im weiteren Verlauf konzentrierte sich das Gespräch auf aktuelle Probleme des THW. So wurde der Wunsch nach einer verstärkten Einbeziehung des THW in das örtliche Einsatzgeschehen ebenso erörtert wie Fragen der verstärkten Jugendarbeit – Rotenburg wartet seit längerem auf die Zustimmung zur Aufstellung einer Jugendgruppe –, der Intensivierung der Ausbildung für Helfer und Führungskräfte und – ein Dauerbrenner seit vielen Jahren – das Problem der zu knappen Finanzmittel der Ortsverbände für die Selbstbewirtschaftung.

Dr. Kolb zeigte sich dankbar für den offenen und konstruktiven Erfahrungsaustausch in Rotenburg, der sein Verständnis und Wissen um die Probleme und Sorgen der Mitarbeiter an der Basis erweitert habe.

R. B.

Traditionelle Landkreis-Wettkämpfe

Die Bergungsgruppe des THW-OV Springe errang am Sonnabend, dem 21. August 1982, bei strömendem Regen auf dem Gelände des Ortsverbandes Ronnenberg den zum sechstenmal ausgetragenen „Hans-Joachim-Kurz-Wanderpokal“. Sechs Bergungsgruppen, darunter die des Pokalverteidigers Ronnenberg, nahmen an dem Leistungswettkampf teil.

Die THW-Bergungsgruppen mußten nicht nur gegeneinander kämpfen, sondern auch Wetterunbill mit in Kauf nehmen. Während des von zahlreichen Zuschauern beobachteten Wettkampfs ging ein starker Regenschauer nieder und zwang die Helfer zur Unterbrechung. Ausgerechnet die Springer Mannschaft war jedoch zu Beginn des Regens mitten im Kampf. Sie wurde durch die Nässe offenbar so angespornt, daß sie Erster wurde.

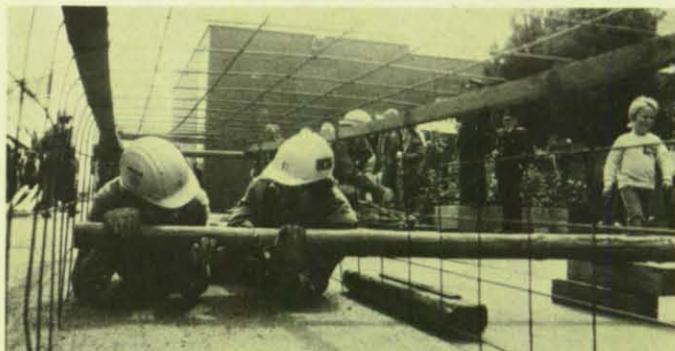
Die Mannschaften hatten eine Reihe von Aufgaben zu bewältigen. So mußte der

Fahrer des Mannschaftswagens auf einem tückischen Kurs eine Slalomstrecke absolvieren, seine Mitkämpfer zur gleichen Zeit einen dicken Ulmenstamm mit der Motorsäge möglichst gleichmäßig durchsägen, einen Dreibock aufstellen und eine schwere Kiste damit heben sowie durch ein Hindernis kriechen, darin sägen, schweißen und zuletzt eine Notstromversorgung installieren.

Überall gab es, wenn etwas nicht ganz klappte, Strafpunkte, die dann in Zeitwerte umgerechnet wurden. Wie knapp es bei der Endabrechnung zuging, beweist die Tatsache, daß die siegreichen Springer THW-Helfer nur 24 Sekunden vor der Ronnenberger Mannschaft lagen, gefolgt von den Gruppen aus Burgdorf, Langenhagen, Wunstorf und Lehrte.

Als Gewinner des nach einem verstorbenen THW-Helfer benannten Pokals muß der THW-OV Springe im nächsten Jahr diese Kreiswettkämpfe ausrichten.

Unter erschwerten Bedingungen müssen die Helfer mit der Stichsäge arbeiten.



Computerfehler mit teuren Folgen

Wer wirklich daran schuld war, daß in einer automatischen Betonmischanlage eine falsche Mischung hergestellt und verteilt wurde, ist noch unklar. Zunächst war es der Computer, der statt 250er nur einen 150er Beton lieferte.

24 Kubikmeter dieser falschen Mischung waren bereits in die Schalung eines Neubaus eingebracht worden, als der Fehler festgestellt wurde. Nachdem sich Bau- und Betriebsleitung entschieden hatten, daß der Beton wieder entfernt werden mußte, begann der Wettlauf mit der Uhr, denn jede Minute, die verstrich, ließ den Beton mehr abbinden.

Zunächst versuchte die Baufirma selbst, mit einem C-Rohr den Beton aus der Armierung herauszuspülen. Der Druck reichte jedoch bei weitem nicht aus. Die Berliner Feuerwehr, die man um Hilfe

bat, mußte ablehnen, da eine allgemeine Gefahr nicht bestand. So wurde nach leider viel vertaner Zeit um 17.15 Uhr das THW angesprochen und um Hilfe gebeten – zu einer ungünstigen Zeit, da die meisten Helfer praktisch noch auf dem Heimweg von der Arbeit waren.

Trotzdem wurde durch den Bezirksverband Steglitz sofort eine Erkundung aufgenommen und umgehend eine Gruppe mit Pumpen und Aufbruchhämmern eingesetzt. Zusätzlich wurde dann das THW-Spezialpumpenfahrzeug mit schwerer Pumpenausrüstung in Marsch gesetzt. Auch ein gewerbliches Tankfahrzeug mit Hochdruckpumpe war eingetroffen, und mit vereinten Kräften wurde der teilweise schon abgebundene Beton aus der Armierung gespült.

Das in großen Mengen ausgestrahlte Wasser mußte wiederum mit Elektro-Tankpumpen aus der Baugrube gelenzt werden, um den Männern mit den Bohr-

hämmern die Möglichkeit des Auflockerns des Betons zu geben. Fünf Stunden lang arbeiteten die Bauhandwerker und THW-Helfer, um den falschen Beton zu beseitigen.

Unter Scheinwerfern begann dann um 22.30 Uhr das große Aufräumen: Hunderte von Metern A-, B- und C-Schläuche, viele Pumpen, Aufbruchhämmer und sonstiges Material waren einzusammeln und zu reinigen. Naß, verschmutzt und müde kamen die Helfer in die Unterkunft zurück.

Zu bedauern war nur, daß das THW zu spät alarmiert wurde. Eine Stunde früher – der Beton hätte allein durch die Wucht des Wasserstrahls herausgespült werden können. So mußte noch die ganze Schalung entfernt werden, und durch das Herausstemmen wurde auch die Armierung in Mitleidenschaft gezogen. Alles in allem wird der Schaden auf rund 60000 DM geschätzt. G. B.

Nordrhein-Westfalen

Umfangreiche Sprengarbeiten in Monschau

Dem THW im Raum Aachen steht in Monschau, an der Mündung des Perlenbaches in die Rur, ein ideales Übungsgelände zur Verfügung. Die alten und zum Teil verfallenen Häuser und Fabrikhallen der ehemaligen Tuchfabrik Monschau-Dreistegen bieten die beste Voraussetzung für die Ausbildung der Bergungszüge. Hier können vielfältige Aufgaben geübt werden – wie Mauerdurchbrüche, Abstützen und Aussteifen von Gebäuden, Bergen Verletzter aus Höhen und Tiefen . . .

Auf dem Gelände standen einige Gebäude, die bereits stark verfallen waren, jetzt zum Abbruch an und sollten gesprengt werden. THW-Kreisbeauftragter Sturm übernahm Planung, Organisation und Gesamtleitung der Sprengarbeiten. Für die technische Leitung stellte sich der THW-OV Alsdorf unter Führung des Ortsbeauftragten, Berzen, zur Verfügung. Ihm standen die Ortsverbände Eschweiler, Herzogenrath, Simmerath und Stolberg zur Seite.

Die Helfer deckten an sieben Wochenenden Dächer ab, entfernten Dachstühle aus Holz und Metall und zerlegten morsches Fachwerk. Sprenghelfer der Ortsverbände Alsdorf und Stolberg bohrten



Das Sprengobjekt im Augenblick der Zündung.

dann die Löcher, die Sprengberechtigter Helmut Sonnenschein berechnet und angezeichnet hatte.

Die Übungssprengung fand an einem Samstag statt. Unter der Leitung von Zugführer Sonnenschein, der durch die Sprengberechtigten Geicht und Rosen unterstützt wurde, besetzten die Helfer die Bohrlöcher mit Sprengstoff, verlegten Zündschnüre und brachten verschiedenartige Zünder an. Durch die schwierigen örtlichen Verhältnisse waren die Sprengarbeiten in mehrere Phasen aufgeteilt worden, so daß insgesamt acht Sprengungen erforderlich waren.

Durch die verschiedenen Zeitpunkte der Sprengarbeiten waren die Verantwortlichen, die Sprenghelfer und die zur Si-

cherung eingeteilten Helfer den ganzen Tag im Einsatz. Helfer des DRK Baesweiler standen zur Versorgung möglicher Verletzter bereit, doch brauchten sie an diesem Tag nicht ein Pflaster.

Zu den Sprengungen – die erste fand um 10.00 Uhr statt – hatten sich auch Gäste eingefunden, unter ihnen der Vertreter des THW-Landesverbandes, Möller, THW-Geschäftsführer Escherich und die Presse, die ausführlich über diese Übung berichtete.

Am Abend, nachdem alle Sprengungen beendet waren, dankte der THW-Kreisbeauftragte allen Beteiligten für ihre Mitarbeit. Danach rückten die Helfer müde, aber stolz, weil alles wie geplant verlaufen war, ab. A. S.

Nachruf

Am 7. August 1982 verstarb unser Kamerad

Jens Niermann

an den Folgen eines Unfalls im Alter von 18 Jahren. Mit ihm verliert der Ortsverband einen engagierten Kameraden und guten Freund. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Ortsbeauftragte und die Helfer des THW-OV Oberhausen

Katastrophenschutzübung statt Jubiläumsfest

Ausgerechnet am Tage des 30. Jubiläums wurden die Helfer des THW-OV Kassel morgens um sechs Uhr zu einer Übung aus den Betten geklingelt. Der am 23. August 1952 gegründete Ortsverband nahm das Jubiläum nicht zum Anlaß, „ein großes Fest zu feiern“, wie es Ortsbeauftragter Hilbert von Löhneysen formulierte, sondern sich selbst zu prüfen. So galt es, im Industriegebiet Hessisch Lichtenau-Hirschhagen u. a. „Verletzte“ zu bergen und die Trinkwasserversorgung wiederherzustellen. Unterstützt wurde das Kasseler THW dabei von den Ortsverbänden Neu-Eichenberg, Eschwege, Großalmerode, Wolfhagen und Hofgeismar.

Dafür, daß der THW-OV Kassel schon oft bei Notfällen geholfen hat, wurde der heute 221 Helfer zählenden Organisation am Abend im Bürgerhaus Helleböhn vielfach Dank und Anerkennung gezollt. Hilbert von Löhneysen erinnerte daran, daß der Ortsverband schon 1954 bei einer Hochwasserkatastrophe in Bayern eingesetzt war und verschiedene Helfer in Äthiopien, Gambia und Italien im Einsatz waren. THW-Landesbeauftragter Lossen dankte vor allem für die herausragenden Leistungen im Vorjahr, als die Helfer nach wolkenbruchartigen Regenfällen gleich zweimal die Bundesgartenschau in Kassel „trockengelegt“ und durch das Abpumpen von großen Wassermengen Schäden in Höhe von mehreren Millionen Mark verhindert hatten. Landes- und Ortsbeauftragter unterstrichen die Hoffnung, daß 1983 in der THW-Unterkunft in Kassel-Niederzwehren mit dem Neubau von dringend notwendigen Garagen für die Fahrzeuge und einem Unterkunftsgebäude begonnen werde.

Ohne das ehrenamtliche Engagement auch des THW könne der Katastrophenschutz nicht sichergestellt werden, be-



THW-Landesbeauftragter Lossen (rechts) überreichte Branddirektor Disse die Auszeichnung; in der Bildmitte THW-Ortsbeauftragter von Löhneysen.

tonten Katastrophenschutzdezernent Bürgermeister Heinz Hille und der Leiter der Berufsfeuerwehr, Branddirektor Franz Disse. Disse erhielt „für besondere Verdienste um den Aufbau und die Entwicklung des THW in dankbarer Würdigung seiner steten Einsatzbereitschaft“ das THW-Helferzeichen in Gold.

Weitere Dankesworte und Glückwünsche überbrachten, neben zahlreichen befreundeten Ortsverbänden, Oberstleutnant Georg Prinz zu Waldeck für das Verteidigungsbezirkskommando 44, Steffen von Ascheberg für die Johanner-Unfallhilfe und Stadtbrandinspektor Richard Freudenstein für die sieben Freiwilligen Feuerwehren Kassels.

M. Sch.

Leistungsschau in Bad Homburg

Anläßlich der Feierlichkeiten zum 1200jährigen Geburtstag der Stadt Bad Homburg fand eine Leistungsschau statt, an der neben Polizei und Feuerwehr alle in Bad Homburg vertretenen Hilfsorganisationen sich beteiligten. Erst-



Mit Hilfe des Schleifkorbs wurde eine „verletzte Person“ geborgen.



Der ABC-Dienst zeigte die Dekontamination eines Fahrzeugs.

mals seit dem Bezug der gemeinsamen Unterkunft präsentierten sich die THW-Ortsverbände Bad Homburg und Oberursel der Öffentlichkeit. Durch das gemeinsame Auftreten des Bergungs- und Instandsetzungszugs erhielten die vielen Besucher einen guten Einblick in die Aufgaben und Möglichkeiten des THW.

Parallel zu der Besichtigung von Fahrzeugen und Ausrüstung wurden von den Helfern praktische Arbeiten bzw. Hilfeleistungen vorgeführt. Hierzu gehörten u. a. eine mobile Dekontaminierungsanlage sowie der Einsatz der Sauerstofflanze.

Höhepunkt dieser Leistungsschau war eine gemeinsame Übung aller Hilfsorganisationen. Als Übungsobjekt diente das Bad Homburger Stadthaus. Die von den Atemschutzträgern des THW aus einem Gebäudetrakt zu bergenden „Verletzten“ waren schnell über Steckleitern in Sicherheit gebracht.

Fazit für die THW-Helfer: Ein gelungener Auftritt.

W. R.

Wilhelm Beringer 80 Jahre

Ein THW-Pionier ist 80 Jahre jung geworden: Wilhelm Beringer feierte am 14. August 1982 in seiner Heimatstadt Oberursel im Taunus seinen Geburtstag. Zahlreiche Glückwünsche und Präsenten aus nah und fern erhielt das Geburtstagskind an diesem Ehrentag. Besondere Freude bereitete ihm das Glückwunschsreiben der Leitung des Bundesamtes für Zivildienst.

Ist Beringer auch als Aktiver zurückgetreten, so verbinden ihn doch noch manche Bande mit dem THW Hessen. Landesbeauftragter Dipl.-Ing. Hans-Albert Lossen überbrachte am Festtag die herzlichsten Glückwünsche und übergab einen Bildband.

Beringer, ehemaliger Ortsbeauftragter des THW-OV Oberursel und Kreisbeauftragter des Hochtaunuskreises, gehört zu den ältesten und verdienstvollsten Führungskräften im THW. Schon in den Jahren 1920 bis 1945 war Beringer in der Technischen Nothilfe als Ausbilder und Zugführer tätig. Nach dem Kriege gehörte er zu den Männern der ersten Stunde, die in der Gründungszeit des THW wertvolle Aufbauarbeit geleistet haben.

Dabei konnte er nicht nur seine Erfahrungen aus seiner Tätigkeit in der Technischen Nothilfe einbringen, sondern auch auf eine fundierte Ausbildung und

langjährige Praxis als Maschinenbau-Ingenieur zurückgreifen.

Im Jahre 1953 trat Beringer, bereits über 50 Jahre alt, in das THW ein und trug als Ausbildungsleiter, seit 1956 als Ortsbeauftragter, wesentlich zum Aufbau der Ortsverbände Oberursel und Bad Homburg bei. Der gute Ausbildungsstand der Helfer ist im wesentlichen ihm zu verdanken. Dies gilt ganz besonders für den Instandsetzungsdienst, dessen hessische „Wiege“ in Oberursel stand. In ständigem Bemühen setzte er sich auch für eine angemessene Unterkunft seines Ortsverbandes ein. 1971 übernahm Beringer das Ehrenamt des THW-Kreisbeauftragten für den Hochtaunuskreis.

Nach seiner langen und überaus engagierten Mitarbeit kann Beringer heute mit Stolz auf das Erreichte zurückblicken. Seine Verdienste um das THW drücken sich in den ihm verliehenen hohen THW-Auszeichnungen aus. Auch würdigte der Deutsche Verband für Schweißtechnik e. V. die langjährige Tätigkeit Beringers als Vorsitzender des Prüfungsausschusses durch die Verleihung der goldenen Ehrennadel. Seine Heimatstadt ehrte ihn bereits vor längerer Zeit mit der Ehrenmedaille. Seine umfassenden Verdienste würdigte der Bundespräsident durch Verleihung des Bundesverdienstkreuzes.

Zuletzt konnte Beringer die höchste THW-Auszeichnung, das Ehrenzeichen in Gold, aus der Hand von THW-Direktor Ahrens entgegennehmen. Auch das Land Hessen ehrte den rüstigen Jubilar für seine Arbeit als Brandverhütungsbeauftragter der Stadt und für die vielen Jahre der Tätigkeit als THW-Ortsbeauftragter mit dem Ehrenbrief. Die Auszeichnung überreichte Innenminister Ekkehard Gries. J. Sch.

Erfolgreicher THW-Nachwuchs

Die Jugendgruppe des THW-OV Bensheim konnte vor kurzem auf ihr fünfjähriges Bestehen zurückblicken. Junghelfer, ihre Eltern und die Führung des Ortsverbandes nahmen an der Feier teil. „Die Jugendgruppe war kein Wunschkind des Bensheimer Ortsverbandes, ist aber in den Jahren zum Lieblingskind geworden“, kommentierte Jugendgruppenleiter Ralf Stühling. Fünf Jahre bedeuten für die Junghelfer Freude, Ärger und so manche Aktivität, die den Jugendlichen, so hoffe er, Spaß und Freude gemacht haben.

Daß die wöchentlichen zwei Stunden THW-Dienst nicht nur als Pflichterfüllung aufgefaßt wurden, ist aus der Leistungsbilanz der Junghelfer zu ersehen. So

nahmen sie an den Winzerfestzügen der Jahre 1978, 1979, 1980 und 1982 teil. Beim Leistungsvergleich der hessischen THW-Jugendgruppen 1980 und 1982 belegten sie jeweils den ersten Platz. Im Bundesentscheid wurden sie 1981 Fünfter.

Besuch der „Interschutz“ in Hannover und Besichtigungsfahrten nach München, zum Warnamt V und zu verschiedenen Feuerwehren gehörten ebenso zum Aktionsprogramm der Jugendlichen wie technische Hilfeleistungen bei den Bensheimer Ferienspielen, dem „Hessentag“ oder der Auerbacher Kerb.

Nach anfänglichen Schwierigkeiten, so Stühling, kann die persönliche Ausrüstung der Junghelfer heute als befriedigend bezeichnet werden. Stühling dankte dem Ortsbeauftragten, dem Zugführer und den Krafffahrern für ihre Unterstützung der Jugendgruppe. Ohne manche hilfreiche Hand wäre vieles schwerer möglich gewesen.

Zu den Jugendgruppen des Deutschen Roten Kreuzes und der Jugendfeuerwehr unterhalten die Bensheimer Junghelfer guten Kontakt. So waren auch die Jugendleiter von DRK und Feuerwehr bei der Jubiläumsfeier zu Gast.

Im Beisein des THW-Ortsbeauftragten Claus Peter Schumann übergab Stadtverordnetenvorsteher Feick der THW-Jugendgruppe einen Wimpel. Schumann würdigte das Wirken der Junghelfer. Seinen ersten Gedanken zur Gründung der Jugendgruppe faßte Schumann damals in die Worte: „Noch ein Sack Flöhe zu hüten...“ zusammen. Heute, erkannte der Ortsbeauftragte an, sei die Jugendgruppe aus dem Leben des Bensheimer THW nicht mehr wegzu-denken. R. S.

Berliner THW-Helfer in Korbach

Um zwei Uhr morgens des 17. Juni 1982 trafen nach neunstündiger Fahrt mit Einsatzfahrzeugen 23 Berliner THW-Helfer zu ihrem Gegenbesuch beim THW-OV Korbach ein und wurden trotz der frühen Stunde vom gastgebenden Ortsbeauftragten Dieter Stede sowie THW-Bezirksbeauftragten Norbert Wagner willkommen geheißen. Am ersten des vier Tage dauernden Freundschaftsbesuchs sahen sich die Berliner in der schönen Waldecker Landschaft mit ihren Seen und Sehenswürdigkeiten um. Am Abend absolvierten die Führungskräfte eine „Suchfahrt“ über 20 Kilometer nach Karte und Kompaß. Die Aufgaben bestanden unter anderem darin, die Grundrißskizze einer Kirche zu erstellen und einen Flugplatz im Wald zu finden.

Am zweiten Tag wurden in Anwesenheit von THW-Landesbeauftragtem Lossen und THW-Geschäftsführer Albert in einem Steinbruch verschiedene Übungssprengungen durchgeführt.

Der dritte Tag brachte für die Berliner Helfer einen Alarmeinsetz: Angenommen wurde ein Verkehrsunfall, bei dem mehrere Personen verletzt wurden und geborgen werden mußten. Die Bergungsmaßnahmen verliefen ohne Schwierigkeiten für die Einsatzkräfte, die am vierten Tag ihre Heimreise nach Berlin antraten. J. Sch.

Pkw aus der Lahn geborgen

Am 24. Juli 1982 wurde aus der Lahn bei Dorlar vom THW-OV Gießen, in Zusammenarbeit mit der Tauchergruppe der DLRG Heuchelheim und der Feuerwehr Atzbach, ein Personenkraftwagen amerikanischer Herkunft aus fünf Metern Tiefe geborgen. Da bei der Bergung das Auslaufen von Öl und Benzin zu befürchten war, mußte von der Feuerwehr eine 60 m lange Ölsperre errichtet werden. Taucher legten Stahlseile um das Fahrzeug, und der Bergungszug des THW hievte das Gefährt schließlich an Land.



Mit Hilfe der Seilwinde des GWK zogen die THW-Helfer den Pkw aus der Lahn.

Die Ermittlungen der Wasserschutzpolizei ergaben, daß es sich um einen Pkw handelte, der einem US-Militärpolizisten gehörte. Dieser war am 17. November 1959 in der Nähe des jetzigen Fundortes tot aus der Lahn geborgen worden. Die Spur zu dem Toten führte über die Kampfstiefel, die in dem Autowrack lagen. In den Schuhen befand sich ein Namensschild des Polizisten.

Die Bergungsarbeiten erwiesen sich als schwierig, da das Fahrzeug während der 23 Jahre unter Wasser sehr in Mitleidenschaft gezogen worden war. Die Zusammenarbeit aller drei Hilfsorganisationen klappte jedoch hervorragend. M. K.



Zeltlager am Nürburgring

Kaum Zeit für richtiges Lagerleben hatten zwanzig Schülerinnen und Schüler des Zeller Landes auf dem Nürburgring, denn das Rennen der alten Monopostos auf der Start- und Zielschleife dieser legendären Rennstrecke zog auch die jugendlichen Rennfans ganz in ihren Bann. In Zusammenarbeit mit dem Kreisjugendamt hatte der THW-OV Zell zwei Tage beim Oldtimer-Grand-Prix im Rahmen einer Ferienaktion seine Zelte am Ring aufgeschlagen. Eingeladen hatte der „Porsche-356-Euro-Club“.

Die Fahrt am Samstag zum Nürburgring mußte natürlich in dem während der Ferien bemalten Schulbus erfolgen. Fast stahl das bunte Fahrzeug beim Eintreffen im Porsche-Lager den alten „Kisten“ die Schau.

Ein GKW und der VW-Bus des Ortsverbandes Zell brachten die notwendigen Geräte für das Lagerleben auf dem Ring

mit: Ein großes Zelt wurde aufgeschlagen, in dem zwei Tage gegessen, gewohnt und geschlafen wurde. Ansonsten fand man die Schulkinder nur entlang der Rennstrecke: Grand-Prix-Wagen aus den Jahren 1930 bis 1953 donnerten über den Ring.

Zum richtigen Lagerleben gehört natürlich auch nächtliches Spektakel. Während die Motorfans überall entlang der Rennstrecke Lagerfeuer entzündeten, brachten sich die Jugendlichen und ihre Betreuer mit alten Filmen in Stimmung – Kintopp der Zwanziger und Dreißiger Jahre.

Am Sonntagnachmittag wollte eigentlich niemand so richtig Abschied nehmen, vor allem weil sich die Clubmitglieder vorzüglich um ihre Gäste kümmerten. Nach dem Abbau des Zeltes, dem Verstauen der Gerätschaften und einem herzlichen Dankeschön an die Mitglieder des Clubs ging es zurück an die Mosel. „Wir kommen wieder!“, war die einhelli-

ge Meinung der jugendlichen Lagerteilnehmer und deren Betreuer. E. R.

Schlucht mit Hängesteg bezwungen

Werner Meyer, Zugführer des Bergungszugs des THW-OV Speyer, und 18 Helfer stellten erneut ihr Können unter Beweis: Anlässlich einer Wochenendübung bauten sie über eine 50 m breite Schlucht einen Hängesteg. Auf einem Militärlübungsplatz im Pfälzer Wald fand man dafür ideale Voraussetzungen. Mit dem Grundmaterial, sechs Telegrafmasten, 30 Dielen, zwei Greifzügen mit Seil, 80 Leinen und einigen Strubs, bauten die Helfer in ca. sechs Stunden den Übergang.

Zwar ist der Bau eines Hängestegs für die Speyerer THW-Helfer schon Routine, aber in diesem schwierigen Gelände traten Probleme auf, die zu ganz neuen Erkenntnissen führten. Es war eine lehrreiche, gutorganisierte Übung, bei der jeder begeistert mitarbeitete. K. K.

Saarland



Grundausbildung erfolgreich abgeschlossen

Sie mußten zeigen, was sie gelernt hatten, die jungen Helfer der THW-OV Theley und Nohfelden, die zum Grundausbildungsabschluß des Betreuungsbezirks St. Wendel in die Unterkunft des Ortsverbandes Theley gekommen waren.

Aus den 13 Teilbereichen der mehrmonatigen Grundausbildung waren 36 ausgesuchte Fragen bei der schriftlichen Prüfung zu beantworten. Hinzu kam ein Parcours für die praktische Prüfung, bei der zwanzig oft mit großen Schwierigkeitsgraden versehene Aufgaben zu lösen waren. Mit kritischen Augen beobachteten die Prüfer unter Leitung von Wolfram Huhn, Saarbrücken, die einzelnen Helfer bei ihrer Arbeit. Galt es bei der Holzbearbeitung Zapflöcher zu stemmen, Pfähle anzuspitzen und Handhabung der Motorsäge zu demonstrieren, so mußten auch der Gesteinsbohrhammer und das Trennschleifgerät sicher und fachkundig bedient werden. Der Umgang mit Steckleitern und Atemschutzmaske sollte ebenso sicher „sitzen“ wie die Handhabung der Starklichtlaterne und das Ausleuchten einer Ein-

Auch der fachgerechte Umgang mit dem Gesteinsbohrhammer will gelernt sein.





Eine der Aufgaben war das Ausstemmen von Zapflöchern.

satzstelle mit Flutlichtstrahler und Notstromaggregat. Mit zwei 20-Tonnen-Hebern, angeschlossen an die Hydropresse, hoben die Helfer den Gerätekraftwagen des Ortsverbandes St. Wendel hoch. War ein Gerät nicht funktionsfähig, so mußte die Fehlerquelle beseitigt werden.

Besonderen Wert legten die Prüfer stets auf die Einhaltung der Unfallverhütungsvorschriften. Den Helfern Hubert Lermen, Jörg Bard, Markus Hornetz, Ralf Kraus vom THW-OV Theley sowie Michael Wagner und Jürgen Korb vom THW-OV Nohfelden, die die Prüfung bestanden, wurde ein guter Ausbildungsstand bestätigt. Geschäftsführer Walter Müller dankte den Jugendgruppenleitern für ihre gute, oft mühevoll und umfangreiche Ausbildungsarbeit. E. M.

Übungssprengung in Püttlingen

Der THW-OV Völklingen hatte von der Stadt Püttlingen den Auftrag übernommen, die Grundmauerreste eines alten Förderturms des Mathildeschachts in

Püttlingen zu beseitigen. Trotz Einsatzes von Gesteins- und Preßlufthämmern gelang es nicht, die eisenverstärkten Grundmauern völlig einzureißen.

Einziger Ausweg bot die Sprengung: Zu diesem Zwecke wurden 82 Löcher gebohrt und besetzt. Dazu verwandte Sprengmeister Käufer vom THW-OV Ludweiler 6,5 kg Sprengstoff. Um Schaden zu vermeiden, wurden, nachdem alle Vorbereitungen zur Sprengung getroffen worden waren, die Mauerreste mit losem Erdreich abgedeckt, da sich in unmittelbarer Nähe einige Wohnhäuser befanden. Der anschließende Sprengvorgang verlief erfolgreich. M. C.

THW-Übung in Elversberg

An einem Wochenende gegen 18.30 Uhr „piepsten“ bei den drei THW-OV Illingen, Blieskastel und Spiesen-Elversberg die Funkalarmempfänger: Bei einem angenommenen Unglück in der ehemaligen Mozartschule in Elversberg waren 30 Personen verletzt worden. Nachdem ein Trupp des Bergungszugs Spiesen-Elversberg die Schadenslage erkundet hatte, forderte Zugführer Kaufmann die Unterstützung des Bergungs-

zugs Illingen und des Deutschen Roten Kreuzes, Ortsgruppe Spiesen-Elversberg, an.

Bei der Durchsuchung des Gebäudes stellten die Helfer fest, daß wegen der Unbegehrbarkeit der Treppen alle „Verletzten“ durch die Fenster der verschiedenen Stockwerke nach draußen gebracht werden mußten. War dies im Keller und Erdgeschoß noch relativ einfach, so mußten im 1. und 2. Stock die auf Tragen eingebundenen „Verletzten“ durch Deckendurchbrüche in das jeweils nächste Stockwerk abgelassen und von dort mit Hilfe von Seilbahn und Leiterhebel geborgen werden. Der Ortsverband Blieskastel setzte dabei das Rollgliss-Gerät ein.

Die Helfer des Instandsetzungszugs Illingen hatten ihr fahrbares Notstromaggregat 50 kVA in Betrieb gesetzt und die Energieversorgung an der Schadensstelle übernommen; darüber hinaus übten sie im Keller des Gebäudes Instandsetzungsarbeiten an Rohrleitungen.

Die Illinger Helfer ließen sich einen besonderen „Gag“ einfallen: Sie setzten das alte Leitungsnetz der Schule wieder unter Strom, so daß die Steckdosen hätten benutzt werden können.

Auch das DRK hatte alle Hände voll zu tun: Das Versorgen, Verbinden und Registrieren der „Verletzten“ ließen keinen Leerlauf aufkommen.

Gegen 21.00 Uhr war die Übung beendet. Alle Helfer hatten ihre Aufgabe gelöst. Interessierte Beobachter waren u. a. die Mitarbeiter des Katastrophenschutzstabes vom Landratsamt Ottweiler, Wehrführer Hermann Lutz und die hauptamtlichen Kräfte des THW-Landesverbandes.

Ein besonderer Dank galt den Helfern des DRK-Ortsvereins Spiesen-Elversberg, die bereits ab 16.30 Uhr die „Verletzten“ schminkten und somit der Übung einen realistischen Hintergrund gaben. Im Einsatz waren zwei THW-Bergungszüge mit zusammen zwölf Fahrzeugen, ein THW-Instandsetzungszug mit sechs Fahrzeugen, eine DRK-Einheit mit fünf Fahrzeugen, insgesamt ca. 140 Helfer aller Organisationen, 30 Verletztendarsteller (Jugendgruppen des DRK sowie der THW-OV Illingen und Spiesen-Elversberg). D. L.

„Tag der offenen Tür“ in Illingen

Der THW-OV Illingen hatte auch dieses Jahr die Bevölkerung zur Besichtigung der Unterkunft eingeladen. Neu war für

die Illinger Bürger der Erweiterungsbau der Fahrzeughalle und der Gas-Wasser-Satz, der dem Ortsverband erst einen Monat zuvor geliefert worden war. Den Besuchern wurden verschiedene Filme über die Arbeit im THW, Ausstellungen, Vorführungen der Jugendgruppe und vielfältiges Informationsmaterial geboten.

Besondere Attraktion war eine Feldtelefonanlage mit einer Zentrale und vier Nebenstellen, die von der Jugendgruppe errichtet worden war und besonders

bei den jüngsten Gästen Interesse fand. Neben dem Gas-Wasser-Satz waren die beiden Pumpenanhänger der Abwasser-Öl-Gruppe besonders beachtete Ausstellungsstücke.

M. T.

Neue Führungsmannschaft im THW-OV Spiesen-Elversberg

Im Verlauf einer Helferversammlung überreichte der Ortsbeauftragte des

THW-OV Spiesen-Elversberg mehreren Helfern die Beauftragungs- bzw. Bestellsurkunden zum Zug-, Gruppen- und Truppführer sowie zum Sicherheitsbeauftragten. Nunmehr verfügt der Bergrungszug des Ortsverbandes unter der Leitung von Zugführer Werner Kaufmann über eine komplette und gut eingespielte Führungsmannschaft. Die Beförderungen stellen jedoch nicht nur eine Anerkennung dar, sondern verlangen auch ein erhöhtes Engagement der Helfer.

D. L.

Baden-Württemberg



Bailey-Brücke wieder abgebaut

Im Oktober 1981 errichteten Helfer der Brückenbaueinheit des THW-OV Öhringen im Siebenmühlental bei Leinfelden-Echterdingen eine Bailey-Brücke über den Reichenbach als Provisorium. Anschließend wurde die bisherige Straßenbrücke, die dem Verkehr nicht mehr gewachsen war, abgebrochen und durch einen Neubau ersetzt.

Bei der Bailey-Brücke (fünf Felder, einfach-doppelwandig) handelte es sich um einen Ersatzübergang (Tragfähigkeit 38 t) mit vorgehängtem Fußgängersteg; Fahrzeug- und Personenverkehr konnten somit getrennt abgewickelt werden. Das Bailey-Gerät gehört zum depotmäßigen Bestand der Straßenbauverwaltung.

Nachdem der Brückenneubau fertiggestellt worden war, wurde die Bailey-Brücke wieder entbehrlich. Sie wurde daher im August 1982 von Helfern des Ortsverbandes wieder demontiert. Das Brückenbaugerät wurde im Rahmen einer Transportübung mit Lkw und Anhängern des THW wieder dem Gerätelager des zuständigen Straßenbauamts zugeführt.

G. K.

Zwanzigjähriges Jubiläum des THW-OV Weinsberg

In diesem Jahr feierte der THW-OV Weinsberg sein zwanzigjähriges Bestehen. Eingeladen waren neben den Helfern der ersten Stunde auch Repräsentanten aus Politik, Verwaltung und be-

freundeten Hilfsorganisationen wie Feuerwehr, DRK und DLRG.

Ortsbeauftragter Harry Riegg erwähnte in seinem Rückblick vor allem die anfänglichen Schwierigkeiten des Ortsverbandes sowie den Einsatz in Tunesien 1969/70, an dem zwei Helfer des Ortsverbandes teilnahmen, und zwei Hochwassereinsätze, 1978 und 1979 in der Region Franken. Hervorgehoben wurde der gute Ausbildungsstand der Helfer bei nunmehr fast kompletter Ausstattung.

Im Laufe des Abends ehrte stv. Landesbeauftragter Dietrich Löpke die THW-Helfer Harry Riegg und Peter Schmidt mit dem Helferabzeichen in Gold mit Kranz sowie die Helfer Manfred Vogt und Friedrich Bips mit den Helferabzeichen in Gold.

M. G.

Bayern



Erfolgreiche Sprengungen

Beim Raimertshof in der Nähe von Mauern sprengte der THW-OV Donauwörth einen Fels, der etwa 50 cm aus dem Boden ragte und ein Meter breit sowie fünf Meter lang war. Die Schwierigkeit der Aufgabe bestand in der Berechnung der Sprengladung. Der Fels sollte zwar total zerbrechen, aber nicht zu weit verstreut werden.

Ein dumpfer Knall, und alles war vorbei. Kein Teil des Felsens war nach der Sprengung noch größer als 30 cm, und die kleinen Brocken waren nicht weiter als zehn Meter geflogen.

Auch der Kamin einer Isolierrohrfabrik in Rain mußte gesprengt werden: Eine Zentimeterarbeit für Sprengberechtigten

Erwin Maier, da in unmittelbarer Nachbarschaft mehrere Gebäude standen. Der Schornstein hatte eine Höhe von 30 und einen Durchmesser von 2,5 Metern. Die unteren zehn Meter des Kamins, ein viereckiger Spockel, waren in einem noch stehenden Gebäuderest integriert und mußten gesondert abgetragen werden. Dadurch mußte die Sprengladung in zehn Metern Höhe angebracht werden.

Um 13.13 Uhr war es soweit: Ein gedämpfter Knall, Staub und Steine flogen hoch, und der Schlot neigte sich, erst langsam, dann immer schneller, in die vorbestimmte Richtung, um Augenblicke später unter lautem Prasseln in einer riesigen Staubwolke am Boden zu zerfallen. Einziger Schaden der Spreng-

ung: eine Glasscheibe in einem 40 Meter entfernten Gebäude zerbrach.

W. K.

Nachruf

Durch einen tragischen Verkehrsunfall wurde am 16. August 1982 der Helfer der THW-Jugendgruppe Simbach a. Inn

Thomas Müller

unserer Kameradschaft entrissen. Erst vor wenigen Tagen hatte er sein 16. Lebensjahr vollendet.

Die Jugendgruppe des Ortsverbandes trauert um einen guten Kameraden.

Wir werden ihm ein ständiges Gedenken bewahren.

Lücken im Warnsystem werden geschlossen

Im Warngbiet III – östliches Niedersachsen – werden zur Zeit noch bestehende Lücken bei der Grundausstattung mit Sirenen geschlossen. Anfang des Jahres 1982 hatten der Oberkreisdirektor des Landkreises Schaumburg und örtliche Politiker die mangelnde Ausstattung mit Sirenen in Teilgebieten des Landkreises Schaumburg kritisiert. Nunmehr werden neun elektronische Sirenen in ländlichen Gebieten sowie eine Hochleistungssirene in der Stadt Bückeburg aufgebaut.

Der Leiter des Warnamtes III, Wolfgang Biskupek, verwies bei der Besichtigung der geplanten Sirenenstandorte auf die moderne Technik der elektronischen Sirenen, die eine genaue Anpassung der Schallverteilung an die örtliche Bebauung ermöglichen. Ein weiterer Vorteil sei, daß mit der elektronischen Sirene – ebenso wie bei der Hochleistungssirene – auch bei Stromausfall Signale abgegeben werden können.



Eine elektronische Sirenanlage auf einem Schulgebäude installiert.

Biskupek, der sich befriedigt über den weiteren Aufbau von Sirenen im Warngbiet III zeigte, hofft nun, daß möglichst bald auch die Lücken bei der Sirenenausstattung in ländlichen Gebieten des Landkreises Soltau-Fallingb. geschlossen werden. Hz

Warndienststeinrichtungen modernisiert

Neben der zentralen Sirenenauslösung durch die bundeseigenen Warnämter muß der dezentralen Sirenenauslösung durch den örtlichen Warndienst (der Kommunalverwaltungen) erhebliche Bedeutung bei der Warnung vor Gefahren zugemessen werden.



Ein modernes elektronisches Fernastgerä. Die Bedienung erfolgt durch Drucktasten.

Aus Gründen einer gezielten, kleinräumigen Warnung, insbesondere für die Warnung bei örtlichen Gefahren oder Katastrophen bzw. im Verteidigungsfall, wurden deshalb in den sechziger Jahren bei Kommunalverwaltungen sogenannte Fernastgeräte eingebaut.

Mit diesen Fernastgeräten können die Hauptverwaltungsbeamten der Kommunen die Sirenen eines oder mehrerer Fernsprechnetze auslösen.

Neue elektronische Fernastgeräte

Im Rahmen der Modernisierung der Warndienststeinrichtungen wurden nunmehr die bisherigen veralteten, mechanisch arbeitenden Fernastgeräte durch moderne elektronische Geräte ersetzt. Die ca. 1800 bei Kommunalverwaltungen eingebauten elektronischen Fernastgeräte wurden beim Sirenenprobetrieb am 22. September 1982 erstmals in größerem Umfang erprobt.

Das elektronische Fernastgerät ist in einem modernen, flachen Fernsprechapparategehäuse untergebracht. Das Gerät kann sowohl an der Wand befestigt wie auch als Tischgerät benutzt werden. Die Bedienung erfolgt über Drucktasten. Die Sirenenauslösegeräte sind gegen mißbräuchliche Benutzung und zur Vermeidung von Fehlauflösungen durch Schlüsselschalter gesichert.

Anpassung der Sirenenauslösbereiche an die Kommunalgrenzen

Eine weitere wesentliche Verbesserung bei der örtlichen Sirenenauslösung ergibt sich aus der zur Zeit durchgeführten Neugestaltung des Sirenensteuernetzes des Warndienstes. Die bisherigen Sirenenauslösbereiche – der Bereich, der von einem Fernastgerät ausgelöst werden kann – stimmen oft mit den Kommunalgrenzen nicht überein. So löst der Hauptverwaltungsbeamte des Kreises A mit seinem Fernastgerät oft auch

Sirenen des Kreises B mit aus. Die in verschiedenen Bundesländern durchgeführten Gemeinde- und Kreisreformen hatten diesen Nachteil noch verstärkt. Wegen der starren Bindung an die Struktur des Fernmeldenetzes der Deutschen Bundespost konnte bisher eine Übereinstimmung zwischen Sirenenauslösbereichen und Kommunalgrenzen oft nicht erreicht werden. Dem Bundesamt für Zivildienst ist es nunmehr gelungen, mit der Deutschen Bundespost Vereinbarungen zu treffen, die es erlauben, die Sirenenauslösbereiche den Grenzen der Kreise und kreisfreien Städte anzupassen.

Der örtliche Warndienst wird mit Einbau der elektronischen Fernastgeräte, der Anpassung der Sirenenauslösbereiche an die Kreisgrenzen und dem Aufbau elektronischer Sirenen nicht nur modernisiert, er gewinnt auch an Effektivität. Hz

Neues Darstellungsverfahren der Luftlage erprobt

Bei den Planungsarbeiten für die zehn Warnämter der Bundesrepublik mußte zu einem großen Teil auf die im 2. Weltkrieg gemachten Erfahrungen des Luftnachrichtendienstes zurückgegriffen werden, insbesondere im Hinblick auf die Darstellung der Luftlage. So entschloß man sich, den Führungsraum eines Warnbunkers so zu dimensionieren, daß ein etwa 3x3,5 m großer Rahmen zur Aufnahme der Luftlagekarte senkrecht aufgestellt werden konnte. Die Luftlagekarte bestand aus einer Acrylglasplatte mit geographischen Einzeichnungen. Die Darstellung der Luftlage auf dieser Karte wurde von sechs Helfern (Luftlagezeichner), die ihre Arbeitsplätze auf zwei übereinander angeordneten Arbeitsbühnen hatten, vorgenommen. Dabei zeichneten sie die von den Warndienst-Verbindungsstellen angesagte

Luftlage in Symbolform auf die Rückseite der Acrylplatte. Nach Einführung einer neuen Luftlage-Übermittlung wurde das Warnamt II beauftragt, auch das Darstellungsverfahren im Einsatzraum versuchsweise zu ändern und zu erproben.

Zweck des Versuchs war die Entwicklung und Erprobung eines Systems, das im Vergleich zur bisherigen (zeichnerischen) Darstellung der Luftlage eine

- einwandfreie Luftlagedarstellung an bestimmten Arbeitsplätzen,
 - Vereinfachung des Eingabeverfahrens,
 - Erleichterung der Auswertung,
 - Verringerung des Raumbedarfs
- bei vertretbaren Erstellungskosten gewährleistet.

Die Anlage besteht aus:
 1 Eingabetisch, 250x50 cm,
 5 Lagebildern (Displays),
 43x32x10 cm.

In den Eingabetisch sind eingebaut:
 2 Schaltkästen für Sprechzeug mit Bedienfeldern für Kartenleitungen der WD-Verbindungsstellen,
 3 Eingabeplätze, bestehend aus Anzeigefeldern mit 30 bzw. 20 Leuchtdioden und Sensortasten, digitaler Minutenanzeige mit Drucktaste,
 1 Stromversorgung für die gesamte Anlage.

Die Lagebilder (Displays) bestehen aus:
 1 Lagekarte (Maßstab 1:2500000),
 70 Leuchtdioden,
 3 digitalen Minutenanzeigen.

Je ein Lagebild wurde senkrecht aufgestellt an den Arbeitsplätzen:
 Einsatzleiter,
 Warnstellensprecher,
 Kartenaufsicht,
 Verbindungskräfte Ausland,
 Verbindungskräfte Inland.

Die Leuchtdioden am Eingabeplatz und in den fünf Displays sind in Reihe geschaltet. Bei Berühren der Sensortaste leuchten die Dioden des entsprechenden Feldes sowohl am Eingabetisch als auch in den Lagebildern gleichzeitig auf; bei Wiederholung des Vorgangs verlöschen die Dioden.

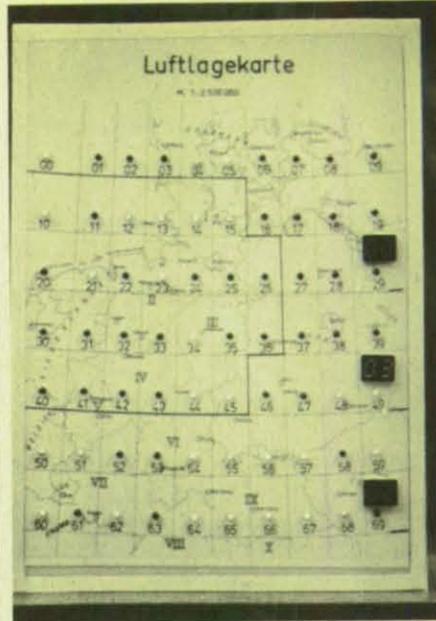
Das Eintasten der Minutenanzeige erfolgt am Eingabeplatz durch Betätigen der entsprechenden Drucktaste bis zum Erreichen der angesagten Uhrzeit. Auch diese Anzeige ist in Reihe geschaltet, so daß jeder Fehler im System umgehend am Eingabeplatz erkennbar ist.

Die Erprobung führte zu folgenden Ergebnissen:

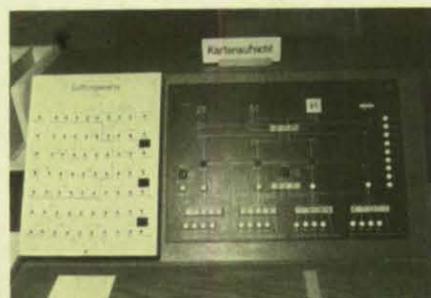
- technische Schwierigkeiten traten nicht auf,



Luftlagedarsteller vor dem Eingabetisch.



Lagebild (Display) mit Karte, Leuchtdioden und digitaler Minutenanzeige.

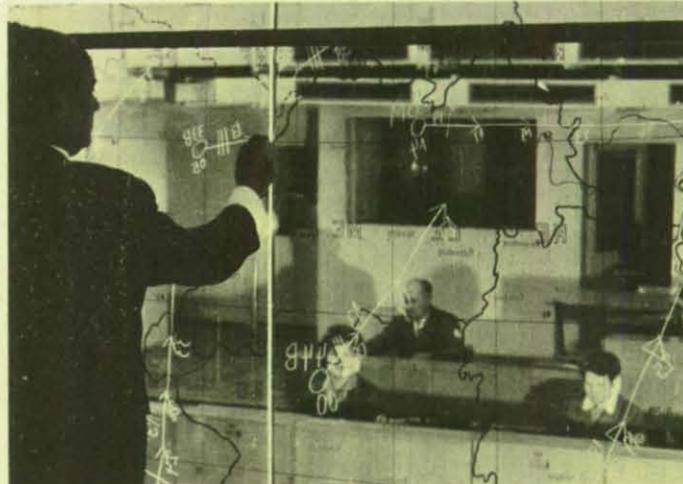


Kartenaufsicht mit Schaltmusik und Kontroll-Lagebild.



Einsatzraum des Warnamtes II. Luftlagebilder beim Einsatzleiter (vorne) und Warnstellensprecher (Mitte). Im Hintergrund rechts die alte Luftlagekarte.

Ein Luftlagezeichner hinter der alten Luftlagekarte.



- die Luftlage ist von allen Arbeitsplätzen im Einsatzraum gut zu erkennen,

- für die Warnstellensprecher ergibt sich eine spürbare Erleichterung bei der Auswertung (Weitergabe) der Luftlage, da sie das Lagebild in Augenhöhe vor sich haben,

- die Luftlagedarsteller erfüllen ihre Aufgaben jetzt im Sitzen, so daß sie gegenüber früher erheblich länger ihre Funktion ausüben können.

Darüber hinaus zeigte es sich, daß die neue Anlage erheblich weniger Raumbedarf beansprucht als die bisher verwendete große Luftlagekarte. Inwieweit dieser Umstand einmal Auswirkungen auf denkbare Änderungen der Arbeitsplätze im Einsatzraum haben könnte, sollte einer eingehenden Prüfung vorbehalten sein.

Da die gesamten handwerklichen Arbeiten in Eigenleistung verrichtet wurden, konnte ein äußerst günstiges Kosten/Nutzen-Verhältnis erzielt werden.



Hans-Peter Paulenz

Zur Mitwirkung des DRK in der Katastrophenschutzleitung des HVB

Stabsarbeit nach der KatS-Dv 100 im Stab des HVB der kreisfreien Städte und Landkreise

Das Erscheinen der Katastrophenschutzdienstvorschrift „Führung und Einsatz“ (KatS-Dv 100) zur Jahresmitte löste in einigen Punkten erneut Diskussionen über Form und Inhalt der Stabsarbeit beim Hauptverwaltungsbeamten des Landkreises bzw. der kreisfreien Stadt aus.

Das Deutsche Rote Kreuz als im Katastrophenschutz mitwirkende Organisation ist neben der Führung der von ihm gestellten Einheiten und Einrichtungen im Katastrophenschutz einsetzbar auch bei der Bildung, ggf. bei der Leitung der TEL und insbesondere bei der Stabsarbeit beteiligt. Dabei geht es von zwei wesentlichen Grundsätzen aus:

1. Die Mitwirkung des Deutschen Roten Kreuzes im Zivil- und Katastrophenschutz ist eine seiner satzungsgemäßen Aufgaben. Sie beruht im übrigen auf entsprechenden Resolutionen seiner internationalen Gremien, in denen diese Mitarbeit u. a. als eine „natürliche Pflicht der Rotkreuzgesellschaften“ bezeichnet wird (so die Resolution des Delegiertenrates der Vertreter des IKRK und der Liga der Rotkreuzgesellschaften in Prag im Jahre 1961). In der Resolution Nr. 34 der 20. Internationalen Rotkreuz-Konferenz in Wien (1965) wird dies bestätigt und die „Sendung des Roten Kreuzes“ festgelegt, „als Hilfsgesellschaft der öffentlichen Gewalt seinen Beitrag für die Aufgaben des Zivilschutzes zu leisten“.

Eine Möglichkeit der Konkretisierung dieser Mitarbeit ergibt sich auf der Grundlage der entsprechenden gesetzlichen und sonstigen Bestimmungen, insbesondere gemäß den in den Bundesländern entwickelten Stabsmodellen auf der Kreisebene.

Diesen sollten jedoch die auf der Bundesebene erarbeiteten einheitlichen Vorstellungen möglichst weitgehend zugrundegelegt werden, so wie sie durch das Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes von 1968 vorgeesehen sind.

2. Der zweite Grundsatz folgt aus dem ersten: Er besteht darin, daß das Deutsche Rote Kreuz prinzipiell bereit und in

der Lage ist, nach Maßgabe entsprechender Vereinbarungen ggf. weiteres ihm zur Verfügung stehendes Hilfspotential in personeller und sächlicher Hinsicht bei Katastrophen oder im Verteidigungsfall für Hilfeleistungen einzusetzen.

Dabei ist davon auszugehen, daß dies im Einzelfall ein Vielfaches dessen sein kann, was ihm Rahmen des erweiterten Katastrophenschutzes auf der Grundlage der Bereitschaftserklärung der DRK-Verbände zur Disposition der Hauptverwaltungsbeamten zu stellen ist.

Damit soll auf der unteren Verwaltungsebene ein umfassender und zentral koordinierter Hilfeinsatz ermöglicht werden, der den Verantwortlichen den Einsatz möglichst aller verfügbaren staatlichen und nichtstaatlichen Kräfte ermöglicht. Das Deutsche Rote Kreuz sieht die hierin liegenden Möglichkeiten insbesondere dann als sinnvoll an, wenn die bestehenden Kapazitäten der Einheiten und Einrichtungen im erweiterten Katastrophenschutz nicht ausreichen, mit anderen Worten, wenn Lagen eintreten, in denen die erforderlichen Hilfeleistungen weit über den Rahmen der im erweiterten Katastrophenschutz vorgesehenen Hilfsmöglichkeiten hinausgehen.

Zur Stabsarbeit im friedensmäßigen Katastrophenschutz

Geht man davon aus, daß in einem Katastrophenfall die Katastrophenschutzleitung oder Katastrophenschutz-Einsatzleitung des Hauptverwaltungsbeamten dasjenige organisatorisch-technische Führungsinstrument ist, mit dessen Hilfe die zentrale Leitung aller Maßnahmen der Verwaltung ermöglicht wird, so stellt die Bestimmung des § 7 (3) KatSG für das DRK die entscheidende Rahmenvorschrift des Bundes für die Errichtung und die Zusammensetzung des Stabes des Hauptverwaltungsbeamten in der KatS-Führungsorganisation dar. Diese Vorschrift wird ergänzt durch die Ziffern 30 bis 39 im 4. Abschnitt der KatS-Org-VwV.

Danach soll der vom Hauptverwaltungsbeamten zu bildende und von ihm zu leitende Stab, dem Angehörige der im Katastrophenschutz mitwirkenden Organisationen angehören, Teil der nach Landesrecht gebildeten Katastrophenschutzleitung, im Verteidigungsfall Teil der zivilen Verteidigungsorganisation sein.

Gemäß Ziff. 36 Abs. 1 KatS-Org-VwV ist von jeder Organisation in diesem Stab ein Mitglied, bei Bedarf darüber hinaus je ein Vertreter der von ihr wahrgenommenen Fachdienste, zu entsenden.

Das vom Arbeitskreis V der Ständigen Konferenz der Innenminister im Juni 1979 als bundeseinheitliche Empfehlung verabschiedete Modell einer Katastrophenschutzleitung sieht folglich die Entsendung von sogenannten Fachberatern mit besonderen Kenntnissen und Voraussetzungen gem. Ziff. 36 Abs. 2 KatS-Org-VwV in den Stab des Hauptverwaltungsbeamten vor, der das organisatorische Kernstück der Gesamt-Katastrophenschutzleitung darstellt und in dem die Fachleute der Verwaltung und der Hilfsorganisationen verantwortlich zusammenarbeiten und dem Hauptverwaltungsbeamten unmittelbar unterstellt sind (Schaubild 1).

Dieses Modell ist in einigen Bundesländern, z. B. in Nordrhein-Westfalen vollständig, in anderen, z. B. in Bayern, in abgewandelter Form übernommen worden. Das DRK entsendet in dieses Gremium als Fachberater in der Regel Führungskräfte für die von ihm gestellten Fachdienste, z. B. den Sanitätsdienst, den Betreuungsdienst und den Rotkreuzbeauftragten des Kreisverbandes, der aufgrund seiner umfassenden Kenntnisse in besonderer Weise dazu geeignet ist, gemäß den oben erwähnten beiden Grundsätzen die Mitwirkung des DRK als Gesamtorganisation auf angemessene Weise sicherzustellen.

In anderen Bundesländern wird (z. T. in erläuternder Form) auf die Bundesvorschriften oder die hier entwickelten Rahmenvorstellungen hingewiesen. Einige weitere Bundesländer haben ganz eigene Vorstellungen entwickelt, die sich

kaum mit der Empfehlung des Arbeitskreises V vergleichen lassen können.

In diesem Fall der Mitwirkung in den ländereigenen Katastrophenschutzleitungen ist es das Bestreben des DRK – und hierzu liegen entsprechende Beschlüsse seiner satzungsgemäßen Gremien vor – jeweils im Rahmen der Gesamtkatastrophenschutzleitung zumindest durch seinen Rotkreuzbeauftragten mit entsprechenden Wirkungsmöglichkeiten vertreten zu sein, insbesondere auch dann, wenn den Vorstellungen des Arbeitskreises V in den Ländern nicht gefolgt wird.

Das DRK hat seine Landesverbände aufgefordert, in Zusammenarbeit mit den jeweiligen staatlichen Behörden zu einvernehmlichen Lösungen zu kommen und insbesondere darauf hinzuwirken, daß die erforderlichen Ausbildungsgänge der Stabsmitglieder unter Einbeziehung des Rotkreuz-Personals in allen Standorten bzw. Stäben ermöglicht werden.

Hier ist hinzuzufügen, daß das DRK für den gesamten Verband einheitlich geltende Vorstellungen über die Stellung, die Arbeit und die Befugnisse der Rotkreuzbeauftragten im DRK-Kreisverband entwickelt hat und diese in entsprechenden Ausbildungsgängen an der Bundeschule des DRK in Merl vermittelt. Der Inhalt der Ausbildung wird in bezug auf die Mitwirkung in der behördlichen Stabsarbeit in besonderer Weise auf diese Problematik zugeschnitten.

Dabei ist es für das DRK von großer Bedeutung, auf welche Art und mit welchen organisatorisch-personellen Mitteln im jeweiligen DRK-Kreisverband die Umsetzung von Maßnahmen vor und in einem Einsatzfall zu erfolgen hat, die vom Hauptverwaltungsbeamten angeordnet wurden, und wie die praktische Zusammenarbeit mit den behördlichen Stellen auf der Kreisebene sich auf die Aktivitäten des jeweiligen Verbandes auswirkt. Hierzu sind ebenfalls einheitliche Vorstellungen und Regeln verabschiedet worden, die demnächst gesondert unter dem Thema „Die DRK-Leitungsgruppe im DRK-Kreisverband“ vorgestellt werden sollen.

Um zum Ausgangspunkt, d.h. dem Erlaß der Dv 100, noch einmal zurückzukommen, soll ein Wort zu dem dort jetzt enthaltenen „weiterentwickelten Vorschlag des Bundesinnenministers zur Organisation der Leitung des Katastrophenschutzes“ gesagt werden (Schaubild 2).

Hier sind, ähnlich wie im Erlaß des Bayerischen Staatsministers des Innern vom 7. Juli 1979, Fachberater für einzelne Fachdienste unterhalb der sogenannten S 1- bis S 4-Leiste vorgesehen. Dagegen ist auf der Ebene der Sachge-

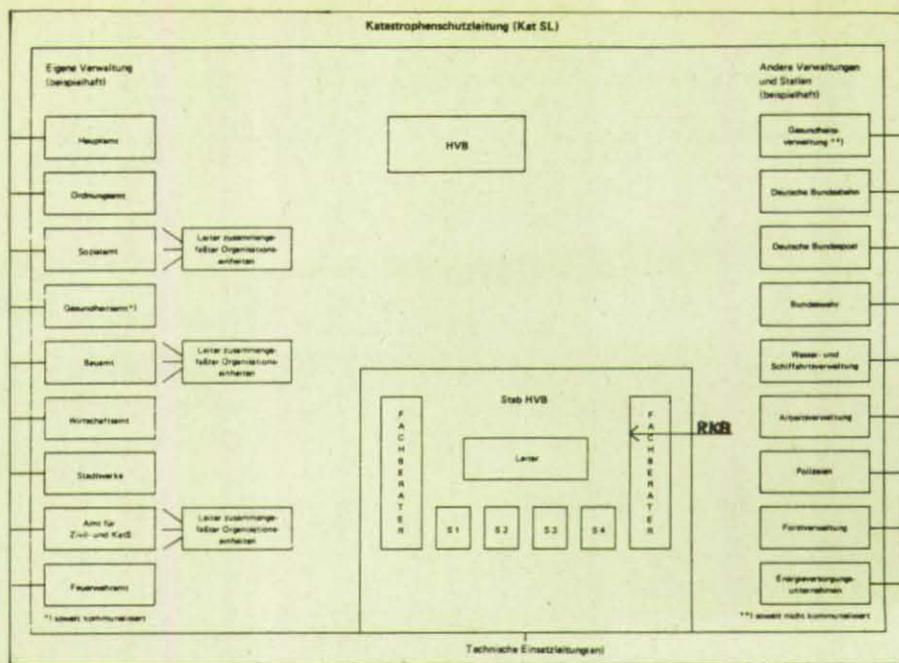


Schaubild 1: Modell der Katastrophenschutzleitung nach der Kats-Dv 100.

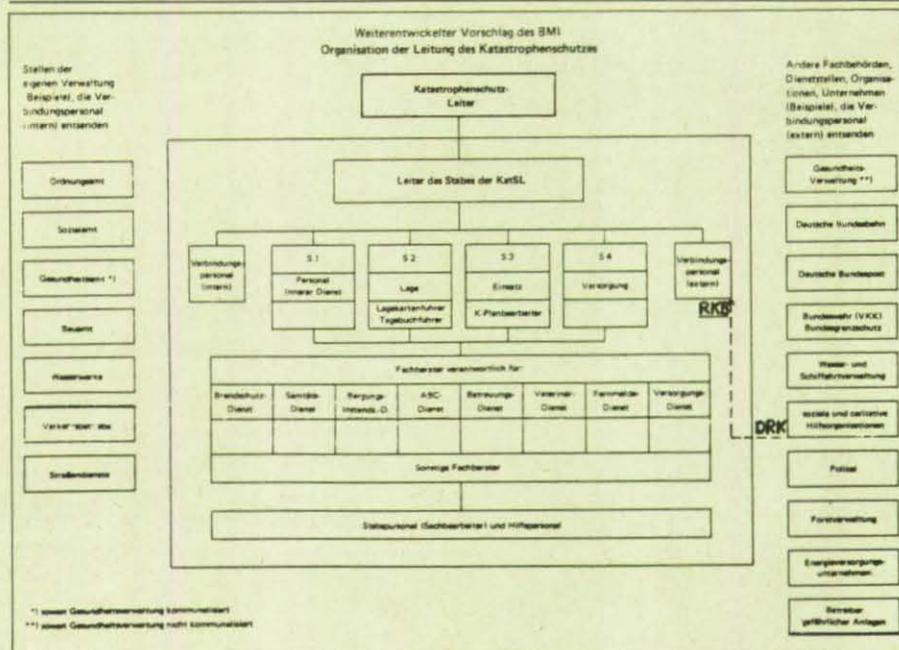


Schaubild 2: Weiterentwickelter Vorschlag des BMI zur Organisation der Leitung des Katastrophenschutzes.

bietsleiter S 1 bis S 4 auf der einen Seite behördeninternes und auf der anderen Seite behördenexternes Verbindungspersonal einzusetzen, das aus den jeweils dort genannten verschiedenen Bereichen außerhalb der zentralen Leitung in den Stab aufgenommen werden soll. In der Spalte „andere Fachbehörden, Dienststellen, Organisationen, Unternehmen, die Verbindungspersonal (extern) entsenden“ sind u. a. auch soziale und caritative Hilfsorganisationen genannt, zu denen das Deutsche Rote Kreuz selbstverständlich zu rechnen ist. Dies bedeutet, daß nach diesem den Anforderungen am ehesten gerecht werdenden Modell der DRK-Kreisverband eine Möglichkeit (und im Fall des Einsatzes von DRK-Einheiten oder Einrichtungen das wohl kaum ernsthaft zu bestrei-

tende Recht) hat, seinen Rotkreuzbeauftragten als externen Verbindungsmann für den Gesamtkreisverband zu entsenden. Er hat dann im Rahmen der Stabsarbeit nicht nur mit den Fachberatern der verschiedenen Fachdienste zusammenzuarbeiten und die Koordination mit bzw. den Kontakt zu allen vier Sachgebietsleitern herzustellen, soweit das DRK beteiligt ist. Er hat darüber hinaus die Verbindung zu seinem Kreisverband sicherzustellen und alle Entscheidungen bzw. Vereinbarungen mit der Behörde weiterzuleiten und deren Umsetzung mit Hilfe der DRK-Leitungsgruppe zu veranlassen.

Insoweit sieht das DRK keine Schwierigkeiten, seinen Verbänden die Mitarbeit auf der Grundlage dieses erweiterten Vorschlags zu empfehlen.

Zentrale Einweisung in die Rettungssanitäter-Fortbildung 1983

Nachdem nach den Grundsätzen des Bund-Länder-Ausschusses „Rettungswesen“ ein Lernziel- und Gegenstandskatalog erarbeitet wurde, der eine Übersicht über 520 Stunden Mindestausbildung für Rettungssanitäter gibt, werden vom Deutschen Roten Kreuz seit vier Jahren kontinuierlich auch Fortbildungsprogramme entwickelt, die schwerpunktmäßig im gesamten Bundesgebiet vermittelt werden. Diese Fortbildungen sind schon deshalb erforderlich, weil nach den landesrechtlichen Bestimmungen die Aufgaben für den Rettungsdienst eindeutig definiert sind und von allen Organisationen, die sich zur Durchführung des Rettungsdienstes bereit erklären, entsprechende qualifizierte Aus- und Fortbildung verlangt werden.

Präsidium und Präsidialrat des Deutschen Roten Kreuzes, die eine ständige Fortbildung als dringende Notwendigkeit erkannten, haben dafür ein Fortbildungskonzept verabschiedet, das eine regelmäßige Fortbildung des Rettungssanitäters vorsieht.

Ziel der Fortbildung

Die Fortbildung dient

- der Wiederholung, um den Kenntnisstand zu erhalten
- der Beseitigung von Mängeln
- der Erweiterung des Wissens und Könnens.

Dauer der Fortbildung

- Pro Jahr 30 Stunden und in jedem 3. Jahr eine erweiterte Fortbildung, die eine Tätigkeit in einer Klinik einschließt.

Inhalte der Fortbildung

- Einsatzanalysen (zur Beseitigung von Mängeln)
- Klärung offener Fragen
- Wiederholung von Inhalten der Ausbildung
- Aufbautemen.

Um alle Rettungssanitäter zu erreichen, muß diese Fortbildung auf der Bezirks- oder Kreisverbandsebene durchgeführt werden. Ärzte und Lehrkräfte dieser Verbände werden dazu in die jährlichen Schwerpunkt-Themen eingewiesen. Wie bereits 1978 in Wiesbaden und in den Jahren 1979, 1980 und 1981 an der DRK-Bundesschule in Meckenheim-Merlfand auch 1982 entsprechend dem Konzept des Deutschen Roten Kreuzes für die Fortbildung von Rettungssanitätern eine Einweisungsveranstaltung für Lehrkräfte im Rettungsdienst statt. Inhalt wa-

ren die für 1983 ausgearbeiteten fünf Schwerpunktthemen

- Der rettungsdienstliche Notfalleinsatz bei Massenansturm von Verletzten und Kranken
- Retten unter erschwerten Bedingungen
- Lagerungsarten im Rettungsdienst
- Zusammenarbeit mit Dritten
- Das Schädel-Hirn-Trauma.

Teilnehmer waren insgesamt 130 Lehrkräfte der DRK-Landes- und -Kreisverbände, Ärzte und Lehrbeauftragte.

Der rettungsdienstliche Notfalleinsatz bei Massenansturm von Verletzten und Kranken

(Referent: Priv.-Doz. Dr. med. habil P. Sefrin, Würzburg)

Lernziel:

Nach der Unterrichtung können die Teilnehmer

- Ursachen für Katastrophen und für Massenansturm von Verletzten und Kranken aufzählen
- den Ablauf eines rettungsdienstlichen Notfalleinsatzes bei Massenansturm von Verletzten und Kranken beschreiben und dabei die Inhalte einer Meldung erläutern, das Abfassen von Meldungen anhand eines Schemas durchführen, die Aufgaben des Vorkommandos, der Einsatzkräfte und der Leitstelle nennen, die Grundsätze für die Durchführung der „Sichtung“ erläutern, die Dringlichkeitskategorien der Sichtung aufzählen
- den Ablauf eines Sanitätsdienstesatzes im Katastrophenfall beschreiben
- den Vorgang der Registrierung beschreiben.

Retten unter erschwerten Bedingungen

Lernziel:

Nach der Unterrichtung können die Teilnehmer

- die vor der Durchführung der Rettung notwendigen Überlegungen erläutern
- die zur Vermeidung von Bränden nach Kfz-Unfällen notwendigen Maßnahmen beschreiben
- die Einsatzmöglichkeiten von Feuerlöschern nennen, Brandklassen, Löschmittel und Löschertypen unterscheiden

- einen Pulverlöscher richtig anwenden
- die zur Rettung erforderlichen Maßnahmen bei eingeklemmten Personen und bei schwer zugänglichem Notfallort beschreiben

- die Maßnahmen zur Rettung in der Ebene, von oben nach unten, von unten nach oben durchführen

- die verschiedenen Anwendungsmöglichkeiten des Rettungstuches und der Krankentrage zur Rettung unter erschwerten Bedingungen beschreiben und demonstrieren.

Lagerungsarten im Rettungsdienst

(Referent: Dr. med. E. Jung, München)

Lernziel:

Nach der Unterrichtung können die Teilnehmer

- die im Rettungsdienst erforderlich werdenden Lagerungen den verschiedenen Notfallursachen zuordnen, beschreiben und begründen, in Anpassung an den ermittelten Zustand durchführen
- die im Rettungswagen vorhandenen Hilfsmittel zur Lagerung sachgerecht anwenden.

Zusammenarbeit mit Dritten

Lernziel:

Nach der Unterrichtung können die Teilnehmer

- die für eine Zusammenarbeit im Rettungsdienst in Frage kommenden Personen, Institutionen, Organisationen, Behörden sowie andere Dienststellen aufzählen
- die für die Durchführung eines Krankentransports und Notfalleinsatzes von der Leitstelle zu erfragenden Kriterien angeben
- die für die Zusammenarbeit bei Krankentransporten und Notfalleinsätzen wichtigen Zusammenhänge erläutern.

Das Schädel-Hirn-Trauma

(Referent: Dr. med. E. Thiemens, Offenbach)

Lernziel:

Nach der Unterrichtung können die Teilnehmer

- Anatomie und Physiologie des knöchernen Schädels und des Gehirns beschreiben
- Verletzungsarten am Schädel und Gehirn erläutern, wie Weichteilverletzungen, Schädelbrüche, Hirnschädigungen



Jede Unfallsituation liegt anders: Hier wird das Bergen eines „Verletzten“ aus einem umgestürzten Pkw geübt.



Das Bergen von „Verletzten“ aus einem Lkw-Führerhaus muß gelernt werden.



Auch das muß ein Rettungssanitäter können: Praktische Anwendung des Feuerlöschers.

– die jeweiligen Erkennungsmerkmale beschreiben sowie

– die entsprechenden Maßnahmen am Notfallort und während des Transports sachgerecht durchführen.

Für jedes Thema standen im Rahmen der Einweisungsveranstaltung etwa vier bis acht Unterrichtseinheiten zur Verfügung, die wie folgt aufgeteilt waren: Vermittlung der theoretischen Grundlagen im Arztreferat; anschließend Aufteilung in fünf Gruppen zu je 12–15 Teilnehmer. Der ärztliche Referent klärte bei seinem Rundgang durch die Gruppen aufgetretene Fragen bzw. stellte die Klärung dieser Fragen für die anschließende Zusammenfassung im Plenum zurück.

Im Rahmen des Themas „Retten unter erschwerten Bedingungen“ wurden mehrere Unfallsituationen realistisch dargestellt, an denen die Teilnehmer die erforderlichen Maßnahmen zur Rettung durchführten.

Außerdem wurde eine Unterrichtung über den Umgang mit Feuerlöschern durchgeführt.

Dabei hatte jeder Teilnehmer die Gelegenheit, den Einsatz von Feuerlöschern praktisch durchzuführen.

Auch zum Thema „Lagerungsarten im Rettungsdienst“ waren mehrere Stationen aufgebaut worden, an denen die verschiedenen Lagerungsarten praktisch demonstriert und geübt wurden.

Insgesamt zeigten sich die Teilnehmer sehr interessiert an den doch sehr abwechslungsreichen Fortbildungsthemen, die zu einem großen Teil zwar eine Wiederholung darstellten, die aber, wie sich herausstellte, dringend erforderlich ist.

Den Teilnehmern wurden zu jedem Thema die entsprechenden Unterlagen gegeben, die aus Leitfaden, Folien, Arbeitsblätter, Merkblätter und Erfolgskontrollen bestehen.

Diese Unterrichtsmittel sollen von den an der Fortbildung auf regionaler Ebene beteiligten Ärzten und Lehrkräften eingesetzt werden und so zu einer einheitlichen Lehraussage sowie zu einer effektiveren Fortbildung beitragen.

Die Unterlagen stehen ab Ende Dezember 1982 zur Verfügung und können über den DRK-Vertrieb beschafft werden.

Auch für 1983 wurde ein entsprechendes Testatheft hergestellt. Dieses Testatheft dient dem Rettungssanitäter dazu, absolvierte Fortbildungen nachweisen zu können.

11. ASB-Bundeskonferenz in Stuttgart

„Soziale Verantwortung – mehr ehrenamtliches Engagement“

Ein Leitwort von ASB-Bundesvorsitzendem Martin Ehmer

Liebe Mitglieder und Förderer des Arbeiter-Samariter-Bundes,

„Soziale Verantwortung, mehr ehrenamtliches Engagement“ ist das Motto unserer Bundeskonferenz, die im November dieses Jahres in Stuttgart/Sindelfingen stattfindet.

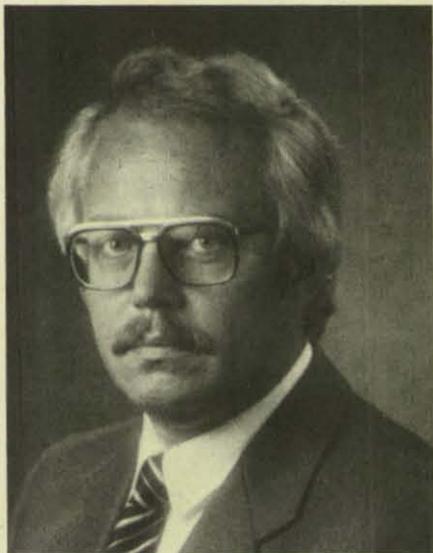
Als wir uns vor längerer Zeit zu diesem Konferenzmotto entschlossen, war von einer allgemeinen Finanznot kaum die Rede. Wir sahen es mehr vor dem Hintergrund, daß der Staat die unerfreuliche Neigung hatte, immer mehr soziale Aufgaben auf sich selbst zu verlagern.

Unter der jetzigen Finanzsituation der sogenannten Öffentlichen Hand wird unser Konferenzmotto plötzlich in einem anderen Licht gesehen. Wir können nicht behaupten, daß unsere Arbeit etwa nicht anerkannt würde, im Gegenteil. Politiker bestätigen unser Engagement bei jeder Gelegenheit. Auf unsere vielfältig erbrachten Leistungen können wir stolz sein. Diese Anerkennung und der Wunsch, weitere notwendige Aufgaben zu übernehmen, ist der Antrieb für unsere weitere Arbeit.

Geht man davon aus, daß die staatliche Anerkennung ehrlich und ernst gemeint ist, kann man aber kaum verstehen, wie schwer uns teilweise die Erfüllung unserer Arbeit gemacht wird. Als Beispiel möchte ich nur die Selbstbeteiligung der Patienten im Krankentransport mit DM 5,- je Fahrt nennen. Diese kostentreibende „Spar“-Maßnahme verursacht Nebenkosten zwischen DM 8,- und DM 15,-, wie es die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände jetzt feststellte.

Unsere Frage ist: Warum spricht man nicht mal vor solcher Gesetzesinitiative mit den Betroffenen? Viel Ärger wäre zu vermeiden. Diese und andere Maßnahmen fördern nicht gerade den Einsatzwillen von ehrenamtlichen Helfern. Aber gerade eine Steigerung der ehrenamtlichen Tätigkeit wäre sinnvoll.

Hierbei dürfen wir aber nicht übersehen, daß viele unserer Mitglieder in ihrem ehrenamtlichen Engagement bereits ausgenutzt werden. Ja, es gibt sogar Überlegungen, uns vorzuschreiben, daß wir 30% der Leistungen im Krankentransport ehrenamtlich erbringen müssen!



Martin Ehmer, Bundesvorsitzender des ASB.

Das ist unmöglich! Wir sind ja aus einem Selbsthilfegedanken heraus entstanden und betreiben ehrenamtliche Tätigkeit bereits seit 1888. Natürlich können wir heute nicht alles mehr ehrenamtlich machen, sondern hauptamtliche und ehrenamtliche Mitarbeiter in sinnvoller Ergänzung bewältigen mit den Zivildienstleistenden zusammen die Arbeit.

Soziale Verantwortung und ehrenamtliches Engagement sollte auf möglichst vielen Schultern getragen werden. Der Staat kann nicht alle sozialen notwendigen Aufgaben tragen, er benötigt dazu die Hilfs- und Wohlfahrtsorganisationen mit ihrem ehrenamtlichen Potential. Und dies nicht nur aus finanziellen Gründen, sondern auch wegen unserem Sachverstand aus unseren Erfahrungen.

Ich bin also der Auffassung, daß möglichst viele Mitbürger aus sozialer Verantwortung ihren Beitrag für unsere Gesellschaft leisten sollten, sei es durch praktische ehrenamtliche Arbeit, sei es durch finanzielle Unterstützung. Wir als Arbeiter-Samariter-Bund sind weiterhin und jetzt verstärkt auf unsere ehrenamtlichen Helfer und finanziellen Förderer angewiesen, um auch in dieser schwierigen Zeit unsere vielfältigen, sinnvollen und notwendigen Aufgaben durchführen zu können.

Ihre soziale Verantwortung haben sie bewiesen und ein Beispiel dafür gege-

ben, daß man nicht sofort nach dem Staat rufen muß, wenn wir die Probleme – und sei es nur zum Teil – selbst lösen können. Für Ihr Engagement ein herzliches Dankeschön und Anerkennung.“

Grundsteinlegungen für ASB-Alten- und -Pflegeheime

Ende Juni wurde in Bottrop der Grundstein zu 46 Altenwohnungen und einer Altenbegegnungsstätte gelegt. 14 Monate soll der Bau dauern. Der Wohntrakt wird in konventioneller Bauweise zweigeschossig, die Begegnungsstätte zum Teil eingeschossig errichtet. Der Gesamtbau ist voll unterkellert. Die Gesamtkosten liegen bei 6360000 DM.

In Lohfelden wurde im September der Grundstein für ein Alten- und -Pflegeheim gelegt, das der ASB-Bundesverband dort baut. In seiner Konzeption hat das neue Heim 98 Plätze, davon allein 76 für pflegebedürftige Bewohner. Das Hessische Sozialministerium förderte dieses Projekt mit einem Betrag von 4,2 Mio. DM als verlorenen Zuschuß. Insgesamt wird eine Summe in Höhe von 12 Mio. DM verbaut. Mit der Fertigstellung wird im Frühjahr 1984 gerechnet.

Vom ASB Köln wird ebenfalls ein Alten- und -Pflegeheimprojekt mit einer Gesamtausgabe von rd. 24 Mio. DM verwirklicht. Die erforderlichen Mittel, in Höhe von rd. 11 Mio. DM, wurden vom Landesministerium für Städteentwicklung und über die Wohnungsbauförderungsanstalt des Landes Nordrhein-



Dr. Udo Thormann, Vorsitzender des ASB Bottrop, legt den Grundstein zu 46 Altenwohnungen und einer Altenbegegnungsstätte.

Westfalen zur Verfügung gestellt. Auch die Stadt Köln beteiligt sich an diesem Vorhaben. Nach Fertigstellung – Frühjahr 1984 – sind insgesamt 195 neue Plätze – 111 Altenwohnheimplätze, 62 Altenpflegeheimplätze und 22 Plätze in Altenwohnungen – vorhanden.

Hohe Auszeichnung für Kurt Partzsch

Zum ersten Mal wird ein Deutscher mit dem Weltpreis des Humanismus geehrt. Die Internationale Humanistische Ethische Union (IHEU) hat auf ihrem 8. Weltkongreß in Hannover im August 1982 diese Auszeichnung an Kurt Partzsch, Sozialminister a. D., Präsident des ASB und Bundesvorsitzender der Arbeiterwohlfahrt, verliehen. Partzsch ist gegenwärtig auch Präsident der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in der Bundesrepublik. Die IHEU, der Millionen Menschen aus über 30 Ländern aller Erdteile angehören, verleiht den Weltpreis des Humanismus nur alle vier Jahre. Partzsch erhält ihn für seine Verdienste um praktische Menschlichkeit, nachdem bisher besonders Theoretiker des Humanismus mit der Auszeichnung bedacht wurden.

Hausnotruf für Ältere und Behinderte

Seit langem ist bekannt, daß ältere und behinderte Menschen in ihren eigenen vier Wänden leben könnten, wenn sie entsprechende Hilfestellung erhalten. Der Heimaufenthalt stellt eine große Belastung dar. Eine Umfrage bei Heimbewohnern ergab, daß 94% aller Befragten lieber in ihrem eigenen Haushalt leben wollten.

Das Hausnotruf-System, entwickelt von einer namhaften Firma, hilft mit, diesem Wunsch entgegenzukommen. Einmalig für das Land Nordrhein-Westfalen kann nun ein solches Hausnotruf-System vom ASB in Köln installiert werden. Die nötigen Mittel erhielt der ASB von einer Stiftung in Nordrhein-Westfalen, die Spielbankenüberschüsse verwaltet, insgesamt rd. 900000 DM. Mit der Installation dieses Hausnotruf-Systems wird der ASB dazu beitragen, daß viele Kölner Bürger ihren Lebensabend humaner verbringen können.

ASB-Hilfe für belgisches Projekt

Die belgische Partnerorganisation des ASB, Solidarite Socialiste, hat bereits mehrere Male die Auslandshilfemaßnahmen des ASB finanziell unterstützt; zuletzt mit einem Betrag von DM 75000 für ein Fertighausprogramm, das den Erd-

bebengeschädigten in Süditalien zugute kam. Nun war die belgische Organisation einmal in Not, weil sie für ein größeres Projekt, ein Wohnheim für Asylsuchende in Brüssel, Probleme mit der Finanzierung hatte. Zusammen mit anderen Hilfsorganisationen, die im Internationalen Arbeiterhilfswerk zusammengeschlossen sind, konnte der ASB-Bundesverband einen Scheck in Höhe von DM 15000 überreichen. Dieser Betrag war noch notwendig, um das Projekt nun starten zu können.

Medikamente für Peru

Eine groß angelegte Hilfsaktion führte der ASB Darmstadt durch. Nachdem mehr als zehn Pharmahersteller aus der Bundesrepublik über 1,5t Medikamente für notleidende Menschen in Peru gespendet hatten, gab es erhebliche Schwierigkeiten mit dem Transport. Erst durch einen Einsatz einer großen Zeitung war es möglich, die Lufthansa zu bewegen, die wichtigen Medikamente ohne Kosten für den ASB nach Peru zu bringen. Schon seit längerer Zeit wird vom ASB Darmstadt ein Hospital in Peru unterstützt.

Italienische Hilfsorganisation zu Gast beim ASB-Bundesverband

Zu Gast in der Kölner ASB-Bundesgeschäftsstelle war eine zehnköpfige Delegation der Union Regionale Toscana (URT), einer in Florenz beheimateten italienischen Freiwilligen-Hilfsorganisation. Die Helfer aus Italien waren nach Köln gekommen, um hier das deutsche Rettungswesen, den Fahrdienst für Behinderte und die verschiedenen Sozialen Dienste kennenzulernen. Der Leiter der Gruppe, Präsident Roberto Masieri, betonte, daß das besondere Interesse der Delegation bei der Ersten Hilfe und den Sozialen Diensten liege.

Auch die URT hatte schon große Einsätze zu leisten. So war die Organisation im letzten Jahr ebenfalls bei der Erdbebenkatastrophe in Neapel zur Stelle, und vor wenigen Wochen fuhr eine Helferguppe in den Libanon.



Die italienischen Gäste besuchten eine Einsatzzentrale der Feuerwehr.

Die freiwilligen Hilfsorganisationen in Italien erhalten keinerlei finanzielle Unterstützung durch den Staat. Roberto Masieri: „Wir finanzieren uns allein durch Mitgliederbeiträge und Spenden, nur bei speziellen Sozialen Diensten erhalten wir einen Zuschuß von der Kommune in Höhe von höchstens 20 Prozent.“ Ein weiteres Treffen wurde für den Dezember 1982, ebenfalls in Köln, vereinbart.

Bundesjugendwettbewerb des ASB in Bremen

Im Juni 1982 fand in Bremen der diesjährige Bundesjugendwettbewerb des ASB statt, der alle zwei Jahre veranstaltet wird. Jugendgruppen aus neun Bundesländern sowie eine Gruppe aus



Zu den Aufgaben des Bundesjugendwettbewerbs gehörten u. a. auch Rettungsübungen.

Österreich waren vertreten. Die 100 Teilnehmer mußten sich mit Fragen aus dem Jugendrecht, der Politik, des Allgemeinwissens und der Medizin auseinandersetzen. Außerdem stellten sie sich praktischen Rettungsübungen und Geschicklichkeitstests. Sieger wurde die ASJ Darmstadt. Für die beste Einzelleistung wurde Carsten Böhm aus Dieburg mit dem Pokal ausgezeichnet.

11. ASB-Bundeskongferenz

vom 19. bis 21. November 1982 in Stuttgart/Bad Cannstatt und Sindelfingen

Programm:

Freitag, 19. November 1982
Kursaal Bad Cannstatt
11.00 Uhr Pressekonferenz im Thouret-Saal
14.00 Uhr Eröffnungsveranstaltung
20.00 Uhr Abendveranstaltung mit buntem Programm

Samstag, 20. November 1982
Stadthalle Sindelfingen
9.00 bis 17.30 Uhr Tagung

Sonntag, 21. November 1982
9.00 bis 12.00 Uhr Tagung

Jeder Kilometer für tausendfache Hilfe!

Erster Erfahrungsbericht des Behindertenfahrdienstes in Schleswig-Holstein

Für Detlev Michaelsen aus Husum ist der Behindertenfahrdienst der Johanniter-Unfall-Hilfe eine Einrichtung, „die mich endlich wieder zu einem vollwertigen Menschen gemacht hat“.

Detlev Michaelsen ist querschnittsgelähmt. Er sitzt im Rollstuhl, kann sich ohne fremde Hilfe nicht fortbewegen. „Das war das Schlimmste“, sagt er, „irgendwo zu sitzen und nicht wegzu kommen. Dann haben meine Eltern und ich von der Johanniter-Unfall-Hilfe gelesen. Und davon, daß sie einen Behindertenfahrdienst eingerichtet hat. Wir haben einfach angerufen und uns getroffen. Es ging alles sehr schnell.“

Jetzt fährt der 20jährige fünfmal in der Woche zu seinem Arbeitsplatz in einer Behindertenwerkstatt. Und am Wochenende sind die Johanniter auch noch für ihn da. „Wenn ich mal ins Kino oder in die Kirche möchte, werde ich abgeholt und hingebacht. Ich brauche nur anzu-

rufen. Es ist gut, daß es die JUH gibt.“ Seit 1979 gibt es den Behindertenfahrdienst. In Schleswig-Holstein hat er einen breiten Raum in der ehrenamtlichen Tätigkeit der Jungheiferschaft eingenommen. Heinz Necke, Dezernent für den Behindertenfahrdienst: „Als wir vor drei Jahren mit unserer Arbeit begannen, standen wir vor einer schwierigen Aufgabe. Wir mußten auch in Schleswig-Holstein ein Fahrdienstmodell einrichten, das in seiner menschlichen und technischen Ausgestaltung den Anforderungen der modernen Rehabilitation gerecht wurde.“

Für Heinz Necke bedeutete das zu Beginn die Bestandsaufnahme der bestehenden Fahrdienste. Er fand heraus, daß die bis dahin eingesetzten Fahrzeuge weder den Anforderungen entsprachen noch der Einsatz flächendeckend war. Einige Behinderte mußten fast vier Stunden im Bus sitzen. Das waren die großen Busse mit 50 Sitzplätzen. Diese

Fahrzeuge bedeuteten in der Praxis, daß man Behinderten weite Überlandstrecken von nicht zu vertretender Länge zumutete. Auch das Argument, daß Großfahrzeuge wirtschaftlicher einzusetzen sind, hat sich als falsch herausgestellt.

Mehr noch: Die Busse waren nicht einmal für Behinderte konzipiert. Technische Sondereinrichtungen, wie Hebebühnen, waren selten. Die Beförderung von Rollstuhlfahrern konnte nur improvisiert werden. Im Klartext: Einen Querschnittsgelähmten auf einen einfachen Bussitz anzugurten, bedeutete in der Praxis ein unvermeidbares Sicherheitsrisiko für alle Beteiligten.

„Vor dieser Problemstellung standen wir“, erzählt Heinz Necke, „wir überlegten, wie einem Behinderten am besten geholfen werden könne, wie die Begleitpersonen mit der Belastung fertig werden, welche Fahrzeuge die Lösung für das Problem bringen könnten. Doch wir mußten auch darüber nachdenken, daß ein Behinderter während der Fahrt betreut werden muß, unser Begleitpersonal mußte zumindest in der Behindertenpädagogik ausgebildet sein.“

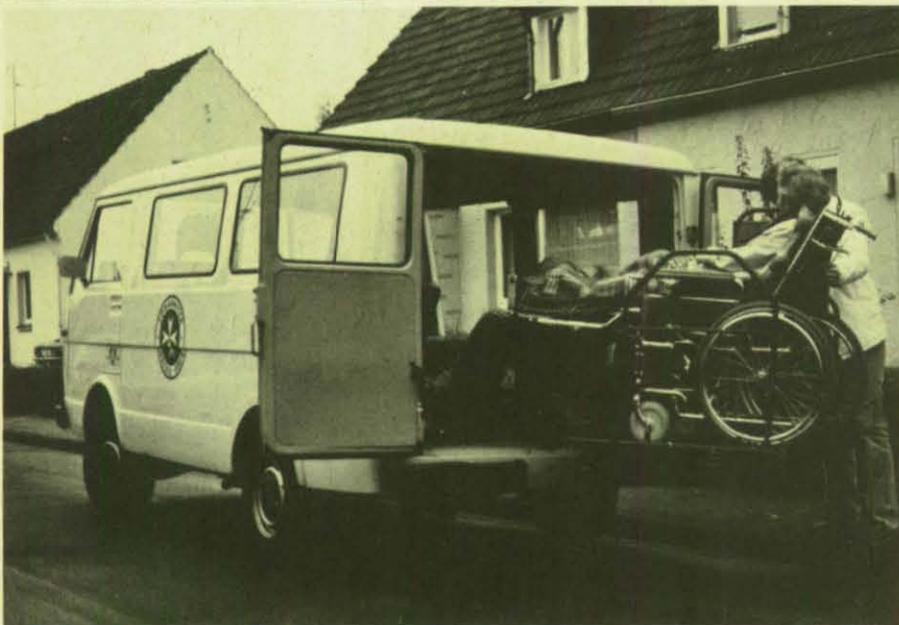
Der neue Dienst der Johanniter-Unfall-Hilfe wollte aus alten Fehlern lernen. Und die waren gravierend: So gab es keine Fahrdienstleitung, die darüber wachte, daß die Fahrzeuge in Ordnung



Detlev Michaelsen aus Husum über den Behindertenfahrdienst der JUH: „Das ist eine Einrichtung, die mich zu einem vollwertigen Menschen gemacht hat.“



Oben: So war das einmal: unzureichende Transportmittel für Behinderte. Unten: ... so ist es heute: der Behindertenfahrdienst der JUH mit geschultem Personal und technisch notwendigem Gerät.



waren und eine wirtschaftliche Kontrolle durchführte. Darüber hinaus waren nicht einmal alle Behinderten erfaßt. Die Chance, eine überregionale Behinderteneinrichtung zu besuchen, bestand erst gar nicht. Heinz Necke: „Es war für uns eine große Herausforderung. Es ist ja sehr einfach, sich hinzustellen und zu sagen: Das macht ihr hier gut, das da falsch. Man muß es besser machen. Und das wollten wir.“

Der Dezernent richtete an sechs verschiedenen Orten flächendeckend Fahrdienststellen ein. Dort sitzt jeweils ein hauptamtlicher Fahrdienstleiter. Alle anderen, die mit dem Behindertenfahrdienst zu tun haben, arbeiten ehrenamtlich.

Mit der Arbeit der JUH änderte sich auch das Bild „Behindertenfahrdienst“. Nicht ohne Stolz vermerkt der Dezernent, daß diese neue „Begrifflichkeit“ der JUH zuzuschreiben und sogar zu verdanken ist, denn durch den Behindertenfahrdienst gewannen die Schwerstbehinderten etwas zurück, was ihnen verloren gegangen war: Jenes Gefühl der Selbstsicherheit, das eine Behinderung fast als etwas „Normales“ erscheinen läßt.

Und so sind die JUH-Behindertenfahrzeuge längst ein gewohntes Bild auf unseren Straßen. Maximal acht Plätze haben die JUH-Fahrzeuge. Das bedeutet in der Praxis: kleine harmonische Fahrgemeinschaften. Die Beförderungszeiten betragen maximal 45 Minuten. Jedes Fahrzeug erfüllt höchste technische Ansprüche: neben einer Hebebühne gibt es Spezialsitze für Multiple-Sklerose-Kranke, Spezialgurtsysteme und selbstverständlich Kindersitze. Und alle Fahrzeuge unterliegen der ständigen Kontrolle durch die DEKRA, einer Institution vergleichbar dem TÜV.

Heinz Necke: „Als wir mit dem Dienst begannen, war natürlich die Personalfrage eine entscheidende. Unsere Helferschaft war zwar durch die ‚traditionellen‘ Dienste der JUH gut ausgebildet, doch hier mußten wir neue Maßstäbe anlegen. Also: Unterweisung in die Richtlinien der Behindertenpädagogik, Vermittlung der Kenntnisse der physischen und psychischen Abläufe der unterschiedlichen Behinderungen, praktische und theoretische Fahrerschulung.“

Doch der hohe Aufwand erforderte auch eine große Helferschaft. Und Hilfe konnte der neue Behindertenfahrdienst allemal gut gebrauchen. Die Hilfe kam: Hausfrauen boten sich an. Und mit der ihnen eigenen mütterlichen Fürsorge und einem gewaltigen Durchsetzungsvermögen machten sie den Behindertenfahrdienst der JUH zu einer Einrichtung, die jeden Tag auf vielen tausend Kilometern viele tausend Mal Hilfe bringt.

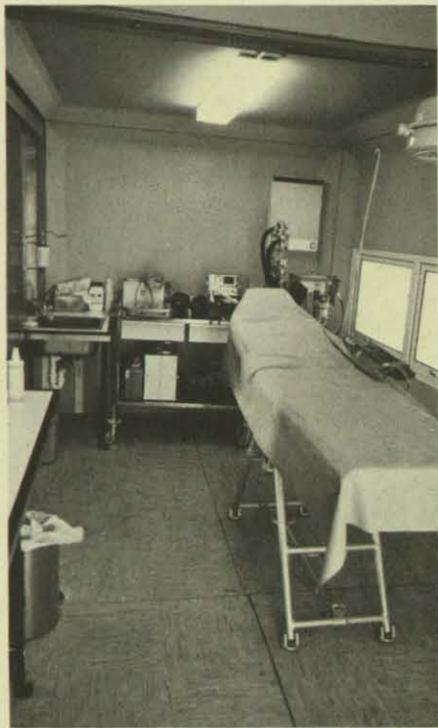
Neues Container-Feldlazarett des MHD beim Katholikentag erstmals erprobt

Schnelle Hilfe bei schnellen Einsätzen

Lufttransportfähiges Feldlazarett hat sich bewährt – MHD-Auslandsdienst erwartet wesentliche Verbesserung der medizinischen Versorgung



Das Container-Feldlazarett mit Sonnensegel und leistungsfähigem Stromaggregat.



Blick in den Behandlungsraum des Lazaretts.

Im Rahmen seines Sanitätsdienstes für den Katholikentag hatte der Malteser-Hilfsdienst probeweise ein neuartiges Feldlazarett in Betrieb genommen, das für Blitzeinsätze bei Katastrophen im Ausland konzipiert wurde.

Das Lazarett, dessen Haupteinheiten aus zerlegbaren Containern bestehen, ist als erstes seiner Art lufttransportfähig. Es kann innerhalb von 24 Stunden im Katastrophengebiet eingesetzt werden und gewährleistet eine tägliche ambulante Behandlung von 250 bis 350 Personen. 37 Patienten können stationär, fünf Patienten intensiv-stationär versorgt werden. Die dazugehörige Feldküche ist in der Lage, Mahlzeiten und Getränke für 150 Personen täglich zu liefern. Von der lokalen Strom- und Wasserversorgung ist das Lazarett unabhängig.

Die neu entwickelte sogenannte Behandlungseinheit besteht aus sieben würfelförmigen Einzel-Containern, die nach dem Baukastenprinzip und nach funktionellen Gesichtspunkten in einer Einheit zusammengefügt werden kön-

nen. Sie umfaßt einen Büroteil, einen Untersuchungs- und Behandlungsbereich, einen Röntgen- und einen Laborraum sowie eine Einrichtung für Notoperationen.

Der MHD-Auslandsdienst, der das Feldlazarett für die Katastrophenhilfe des Deutschen Caritasverbandes vorhält, erwartet von der neuen Lazarettkonzeption wesentliche Verbesserungen in der medizinischen Versorgung. Bisher, so MHD-Referatsleiter Hupperich, sei es üblich gewesen, die Behandlungseinrichtung innerhalb von Feldlazaretten in Zelten unterzubringen. Bei extremen klimatischen Bedingungen, die in der Regel in den Einsatzgebieten zu erwarten seien, seien darin Diagnostik und Therapie nur in kaum ausreichendem Maße möglich gewesen. Die allgemein aufwendiger und klimatechnisch ausgestatteten Container lösten viele bisherige Probleme.

Das Lazarett wurde während des Katholikentages vom Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Joseph Kardinal Höffner, gesegnet und anschließend einem Kreis interessierter Persönlichkeiten vorgestellt. Der Präsident der internationalen und der deutschen Caritas, Prälat Dr. Hüssler, wies in einem Grußwort auf die Bedeutung hin, die dem MHD inzwischen in der internationalen Katastrophenhilfe zukomme. Der Deutsche Caritasverband (DCV) hatte das Lazarett mit Mitteln der deutschen Bischofskonferenz beim MHD in Auftrag gegeben.

MHD-Präsident Dieter Graf Landsberg-Velen begrüßte die zahlreich erschienenen Gäste. Unter ihnen befanden sich der polnische Kardinal Macharski aus Krakau, der besonders für die vielen Lebensmitteltransporte der Malteser nach Polen dankte, der Hospitalier des internationalen Malteser-Ordens, Graf Pierredon aus Paris, DRK-Vizepräsidentin Fürstin Salm-Horstmar, DRK-Bundesarzt Dr. Därr, ASB-Bundesgeschäftsführer Müller, der Generalsekretär des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Dr. Kronenberg, und die Weihbischöfe Dr. Dick und Dr. Nordhues.

W.G.

Offene Tür in Neudersum

Hinter die Kulissen schauen ließ sich die Ortsgliederung Neudersum an einem „Tag der offenen Tür“. Auf dem Programm standen vor allem Schauübungen und Vorführungen, bei denen Erläuterungen zum Rettungsdienst und Kata-

strophenschutz gegeben wurden. Entsprechend groß war das Interesse der Schaulustigen.

Mit einem Gottesdienst, verbunden mit einer Bannerweihe, eröffnete Pfarrer Wronner den Nachmittag. In einem geschichtlichen Rückblick erörterte er Entstehung und Entwicklung des MHD.

Dann erteilte fachkundiges Personal des MHD-Zuges Anschauungsunterricht. Manche Zuschauer nutzten die Gelegenheit, sich in einem Zelt den Blutdruck messen zu lassen. Großen Publikumsandrang fand eine Rettungsübung, bei der ein „Verletzter“ durch Erste Hilfe-Maßnahmen versorgt wurde.

Zum Abschluß des Tages stellte Zugführer Josef Sarrazin fest, das Ziel der Veranstaltung sei erreicht worden, dem Publikum die Aufgaben der MHD auf örtlicher Ebene einmal darzustellen. Sarrazin dankte Zugbereitschaftsarzt Dr. Heinz Hilling und Diözesanarzt Dr. Niko Hilling, ohne deren Unterstützung der Nachmittag nicht hätte veranstaltet werden können. Als Anerkennung der MHD-Arbeit wertete Sarrazin den Besuch des stellv. Bürgermeisters Heinrich Gerdes und des Ortsbrandmeisters Gerhard Gruber. Ihr Interesse zeigten auch viele Vertreter der Kolping- und der Landjugend.

Selbstschutzwoche in Mülheim

In Zusammenarbeit mit dem Bundesverband für den Selbstschutz (BVS) veranstaltete die Stadt Mülheim eine Selbstschutzwoche, an der sich alle Katastrophenschutz-Organisationen beteiligten.

Die MHD-Ortsgliederung Mülheim nahm die Gelegenheit wahr, sich nach einjährigem Bestehen erneut mit all ihren Möglichkeiten, Menschen vor Gefahr zu schützen, in Not zu helfen und zu retten, der Bevölkerung darzustellen.

Beim Sicherheitstest für Fußgänger, der im Einkaufszentrum stattfand, betreute der MHD eine von zehn Stationen. Eine besondere Attraktion war hier ein alter, im Besitz des MHD befindlicher Volkswagen, an dem von den Testanten unter Anleitung der Helfer geübt wurde, wie man einen Verletzten aus einem Unfallauto befreit. Die übrigen Stationen waren durch den BVS und andere Hilfsorganisationen besetzt. Es wurden sowohl theoretisches Wissen (Bedeutung öffentlicher Sirensignale) abgefragt als auch praktische Kenntnisse (Atemspende) überprüft.

Unterdessen hatten sich am MHD-Informationsstand eine Menge interessierter

Bürger eingefunden, die Gespräche suchten und die Jugendgruppe bestaunten, die mit Begeisterung für den MHD warb. Bei der Schwesternhelferin bildete sich eine lange Menschenschlange aller Altersklassen, um sich den Blutdruck messen zu lassen, und Beate tat am nächsten Tag noch die Hand weh vom Aufpumpen der Manschette.

Am Ende der Selbstschutzwoche, einem Samstagvormittag, fand im Stadtkern von Mülheim die Abschlußveranstaltung statt. Die Innenstadt war in eine große Selbstschutz-Ausstellung mit Vorführungen verwandelt. Mehrere Male wurden ein Unfallgeschehen und alle damit verbundenen Hilfsmaßnahmen durchgespielt: der Brandschutz löschte das Feuer, das Technische Hilfswerk führte die Bergung durch, die Johanniter-Unfallhilfe die Erstversorgung, und der Malteser-Hilfsdienst hatte die Aufgabe, die „Verletzten“ abzuholen und mit Blaulicht und Sirene fortzuführen. Die gellenden Hilferufe der Verletzten-Darsteller brachten die Passanten in Scharen herbei. Sie schritten auch nach der Demonstration noch die Stände aller acht Organisationen ab, die in Mülheim im Katastrophenschutz tätig sind, um sich über ihre Arbeit zu informieren.

Zum Schluß gab's für alle Helfer die traditionelle Erbsensuppe beim Deutschen Roten Kreuz – vom Stadtdirektor gestiftet.

Unterstützt hatten den MHD-Mülheim während dieser Woche die Mitarbeiter der Diözesan-Geschäftsstelle in Essen und des MHD-Oberhausen.

Erika Kortendick

Fernmeldeübung an der Weser

Der Kreis Soest, insbesondere die Stadt Lippstadt, sind bei Hochwasser der Lippe besonders gefährdet. Entscheidend für die zu treffenden Katastrophenabwehrmaßnahmen ist eine postunabhängige Nachrichtenverbindung über Feldkabel und Funk, da bei dem Hochwasser 1965 durch Überflutung der Kabelschächte das Fernsprechnetz der Post ausgefallen war.

Um von den gleichen Bedingungen, wie sie bei einem Hochwasser der Lippe – Fließgeschwindigkeit und Strömung – gegeben sind, ausgehen zu können, erfolgte unter Leitung des Zugführers des MHD/KFMD des Kreises Soest, Zug Lippstadt, Ulrich Richartz, der für die Ausarbeitung, Organisation und Durchführung verantwortlich war, eine standortverlagerte Katastrophenausbildung auf dem Wasserübungsgelände der Bundeswehr in Höxter an der Weser.

Dabei wurde das Zusammenwirken der verschiedenen Katastrophenschutzeinheiten, auch der aus Nachbarkreisen herangeführten, erprobt. Beteiligt waren außer dem MHD/KFMD Zug Lippstadt, das THW aus Lippstadt, der DRK/FMZ aus Lippstadt, die DLRG aus dem Gebiet des Hochstiftes Paderborn und der MHD aus Höxter. Um die Ausbildung durchführen zu können, wurde die Weser für den Schiffsverkehr gesperrt.

Am 4. Juni erfolgte geschlossen die Abfahrt aus Lippstadt mit über 30 Fahrzeugen und Anhängern nach Höxter an der Weser. Dank der Unterstützung der Polizei wurden nach einem Zeitplan sämtliche zu passierenden Ampeln von Lippstadt bis Höxter auf grün geschaltet, was auch bei der Rückfahrt der Fall war.

Am 5. Juni wurde das Verlegen von wasserdichtem Feldkabel durch die Weser mehrmals geübt. Zur Sicherung wurde ein Seil über die Weser gespannt, an dem das Schlauchboot, aus dem die Verlegung des mit kleinen Bleizylindern beschwerten Feldkabels erfolgte, befestigt war, um das Abtreiben zu verhindern. Mit einem zusätzlichen an einer Führungsrolle befestigten Seil wurde das Schlauchboot von Ufer zu Ufer gezogen.

Alle Teilnehmer der Übung wurden von erfahrenen Ausbildern des THW im Umgang mit Schlauch- und Sturmbooten vertraut gemacht.

Die DLRG übernahm die Sicherung der Üben, um bei einem Unfall, der außerdem auch geübt wurde, die Bergung von Menschen aus dem Wasser zu gewährleisten. Jeweils 2 km flußaufwärts und -abwärts vom Übungsgelände waren Funkstellen eingerichtet worden, die als Vorwarner für die Übungsleitung dienten, falls sich trotz der Absperrung der Weser ein Schiff dem Übungsgelände nähern sollte. Notwendige Sicherheitsmaßnahmen (Warnung) konnten dabei über Megaphon eingeleitet werden.

Von der Einsatzbereitschaft, dem Ausbildungsstand, der guten Kameradschaft und Zusammenarbeit aller an der Übung Beteiligten konnten sich der Dezernent bei der Kreisverwaltung in Soest, Lt. Kreisrechtsdirektor Prinz zu Waldeck, sowie der Abteilungsleiter für Zivil- und Katastrophenschutz, Kreisamtmann Wienecke, der Diözesanleiter des MHD, Dr. Freiherr von Fürstenberg, der Diözesangeschäftsführer des MHD aus Paderborn, Saur, der Bezirksgeschäftsführer des MHD aus Werl, Craes, und der Geschäftsführer der DLRG Hochstift Paderborn, Bröker, überzeugen.

Am Sonntag wurde das bei der Übung eingesetzte Gerät sowie die Ausrüstung gesäubert und verladen. Ein Feldgottesdienst um 11 Uhr war für alle Beteiligten ein besonderes Erlebnis.

Sonderpreis in Gold des „Konrad-Adenauer-Preises“

Am 23. September 1982 wurde in der „Alten Oper“ in Frankfurt bei der Verleihung des „Konrad-Adenauer-Preises 1982“ der Sonderpreis in Gold an den Deutschen Feuerwehrverband verliehen (wir berichteten bereits).

In der Laudatio auf den Deutschen Feuerwehrverband anlässlich der Preisverleihung hieß es:

„1982 vergibt das Preisgericht des Konrad-Adenauer-Preises für Kommunalpolitik als Sonderpreis eine Goldplakette an den Deutschen Feuerwehrverband. Im Deutschen Feuerwehrverband sind die deutschen Feuerwehren, und zwar die Freiwilligen Feuerwehren, die Berufsfeuerwehren als auch die Werkfeuerwehren vereinigt. Der Deutsche Feuerwehrverband wurde am 10. Juli 1853 gegründet. Heute ist der Deutsche Feuerwehrverband der Fachverband, der zu den Fragen, die den Aufgabenbereich in der Feuerwehr betrifft, Stellung nimmt, der die sozialen Belange der Feuerwehren und die Interessen der Mitglieder wahrnimmt.

Der Sonderpreis wird in Anerkennung der besonderen Initiativen und der herausragenden Leistungen der Feuerwehren in unseren Städten und Gemeinden vergeben. In der heutigen Zeit besteht der Dienst der Feuerwehr nicht nur im Kampf gegen Feuergefahr, sondern in vielfältigen Aufgaben: Katastrophenschutz, Rettungsdienst, Umweltschutz, Verkehrssicherung und Unfallhilfe sind nur einige der Aufgabengebiete, die ein umfangreiches technisches Können, theoretisches Wissen und praktische Fertigkeiten von unseren Feuerwehren verlangen. Diese Aufgaben sind nicht zu leisten ohne die Hunderttausende, die sich freiwillig für den Dienst in der Feuerwehr zur Verfügung stellen. Im Deutschen Feuerwehrverband sind 1,02 Mio. aktive Mitglieder vereinigt.

Mit der Verleihung des Sonderpreises des Konrad-Adenauer-Preises in Gold soll auch besonders der Gedanke der Freiwilligkeit und der Ehrenamtlichkeit unterstrichen werden. Zwischen unseren Feuerwehren und den Kommunal-Parteien in den Städten und Gemeinden muß enger Kontakt bestehen und jede Gemeinde ist verpflichtet, Feuerwehren einzurichten und zu unterstützen. Schließlich sei auch auf die hervorragende Jugendarbeit der Feuerwehren hingewiesen. In der öffentlichen Jugendarbeit nimmt die jugendpolitische Tätigkeit der Feuerwehren einen ausgezeichneten Rang ein.



Ministerpräsident Späth und der Vorsitzende der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands, Dr. Waffenschmidt (MdB), überreichen den Sonderpreis in Gold des „Konrad-Adenauer-Preises“ an den Präsidenten des Deutschen Feuerwehrverbandes, Hinrich Struve (rechts).

Die Auszeichnung der deutschen Feuerwehren mit dem Konrad-Adenauer-Preis in Gold soll die Mitglieder der Feuer-

wehren in ihren schweren Aufgaben, die immer wieder auf sie zukommen, für die Zukunft ermutigen.“

Starterlaubnis des DFV für Teilnahme an ausländischen Feuerwehr-Wettbewerben

Meldeschuß: 31. Januar 1983

Für einen Start deutscher Feuerwehren an Feuerwehr-Wettbewerben 1983 im Ausland sind nachfolgende Bedingungen zu beachten:

Bronze/Silber:

1. Teilnahme im Ausland ist nur mit einer Starterlaubnis des Deutschen Feuerwehrverbandes möglich.
2. Bis zum 31. Januar 1983 dem Deutschen Feuerwehrverband (Bonn) die Anmeldungen von den Feuerwehren zu senden, die 1983 im Ausland beabsichtigen zu starten.
3. Diese Feuerwehren erhalten vom DFV alle ihm bekannten Termine und Orte des Auslands mitgeteilt, wo Wettbewerbe stattfinden. Außerdem erhalten sie die notwendigen Anmeldeunterlagen.
4. Die Erteilung einer Starterlaubnis ist davon abhängig, ob die sich bewerbende Feuerwehr im Training eine Mindestpunktzahl von 350 Punkten erreicht hat. Diese Leistung ist durch einen vom DFV beauftragten Schiedsrichter abzunehmen und von ihm auf dem Anmeldebogen zu bestätigen! Der DFV benennt die Schiedsrichter, die die Trainingsleistung der Gruppen abnehmen. Andere Schiedsrichter sind nicht zugelassen.

Die nachgewiesene Trainingsleistung kann zeitlich bis zum 1. September 1982 zurückliegen, wenn die Gruppen-

zusammensetzung sich nicht verändert hat.

5. Die offiziellen Anmeldebogen sind bis spätestens 1. April (für Tirol) bzw. 15. April (alle anderen Länder) des betreffenden Jahres an den Deutschen Feuerwehrverband zurückzusenden. – Bis zu diesem Termin muß auch bereits die Trainingsleistung nachgewiesen sein. Später eingehende Anmeldebogen können im laufenden Jahr nicht mehr berücksichtigt werden.

6. Mit der Anmeldung beim DFV ist gleichzeitig anzugeben, an welchem Wettbewerb die Feuerwehr wünscht teilzunehmen. – Eine Verteilung der sich bewerbenden Feuerwehren auf die einzelnen Wettbewerbe im Ausland erfolgt durch den DFV anhand der bei den einzelnen Wettbewerben zugelassenen Anzahl von Gruppen; teilweise gibt es eine Höchstzahl.

7. Es wird darauf hingewiesen, daß alle durch die Teilnahme entstehenden Kosten zu Lasten der sich bewerbenden Gruppe gehen.

Gold:

Neben den österreichischen Feuerwehr-Leistungsabzeichen in Bronze und Silber, welches als Mannschaftsleistung von allen Mitgliedern der Gruppe erworben werden kann, gibt es noch das „Feuerwehr-Leistungsabzeichen in

Gold", welches nicht von einer Gruppe, sondern nur von Einzelmitgliedern erworben wird.

Zum Erwerb um das „Feuerwehr-Leistungsabzeichen in Gold“ werden deutsche Feuerwehrmitglieder nur unter folgenden Voraussetzungen zugelassen:

1. Mindestens 3 Jahre aktive Mitgliedschaft in einer Feuerwehr.
2. Besitz eines gültigen Feuerwehrausweises.
3. Besitz des Österreichischen Feuerwehr-Leistungsabzeichens in Silber.
4. Erfolgreicher Abschluß eines Lehrganges „Zugführer“ gemäß den Ausbildungsrichtlinien der deutschen Bundesländer.
5. 65. Lebensjahr noch nicht vollendet (Stichtag 1. Tag des Leistungsabzeichens).

Alle erforderlichen Nachweise sind von den deutschen Feuerwehrmännern bereits mit der Anmeldung an den Deutschen Feuerwehrverband einzusenden, der nach Prüfung diese Anmeldeunterlagen an das zuständige österreichische Landesfeuerwehrkommando weiterleitet. Meldungen sind zu richten an:

**Deutscher Feuerwehrverband,
Bundesgeschäftsstelle
Koblenzer Straße 133,
Postfach 200269
5300 Bonn 2**

**Zusatzbedingungen
für bayerische Feuerwehren:**

Laut Beschluß der Sprechertagung in Bayern vom 24. 7. 79 gelten für die bayerischen Feuerwehren u. a. folgende ergänzende Bestimmungen:

a) Voraussetzung für die Starterlaubnis ist der Nachweis über die erfolgreiche Ablegung der „Leistungsprüfung für die Freiwilligen Feuerwehren Bayerns“ – mindestens der Stufe II: „Silber“. Dies gilt für jeden einzelnen Wettbewerbsteilnehmer; die Anmeldung hat deshalb namentlich unter Beifügung der entsprechenden Nachweise (z. B. Ablichtung des Besitzzugnisses) zu erfolgen.

Bei Jugendgruppen ist die Ablegung der Jugend-Leistungsprüfung nicht Voraussetzung, aber erwünscht.

b) Teilnahmemeldungen für Gruppen der aktiven Mannschaft sind nur über den zuständigen Kreisbrandrat an den „Kordinator für Feuerwehr-Wettbewerbe der Sprecher der Freiwilligen Feuerwehren Bayerns“ zur Zustimmung und Weiterleitung an den DFV zur Erteilung der notwendigen Starterlaubnis möglich.

Der „Kordinator für Feuerwehr-Wettbewerbe“ kann in begründeten Fällen die Starterlaubnis verweigern.

Als „Kordinator für Feuerwehr-Wettbewerbe der Sprecher der Freiwilligen Feuerwehren Bayerns“ wird der Sprecher der Freiwilligen Feuerwehren Niederbayerns, Kreisbrandrat Josef Kovarik, 8359 Alkofen, Telefon (08549) 236 und 1348, bestimmt.

c) Teilnahmemeldungen für Jugendgruppen sind nur über den zuständigen Kreisbrandrat an den Jugendbeauftragten der Sprecher der Freiwilligen Feuerwehren Bayerns, Stadtbrandrat Karl Binai, Weidacher Weg 7, 8960 Kempten (Allgäu) möglich.

d) Dem „Kordinator für Feuerwehr-Wettbewerbe“ bzw. dem Jugendbeauftragten obliegt es insbesondere, nur ausreichend vorbereitete Gruppen zu den Wettbewerben zuzulassen, die auch die Gewähr für eine erfolgreiche Teilnahme bieten.

**Statistikbogen Feu 905
aktualisiert**

Der seit 1975 bundesweit zur Erhebung der Feuerwehr-Jahresstatistik verwendete Vordruck „Feu 905“ wurde in den letzten Monaten vom Deutschen Feuerwehrverband in Zusammenarbeit mit den Innenministerien/-senate der Länder überarbeitet und dem heute gültigen Stand der Normung angepaßt. Laut Beschluß des Unterausschusses „Feuerwehrangelegenheiten“ des AK V der Innenministerkonferenz am 26. August 1982 wird dieser aktualisierte Vordruck bereits zur Erfassung der Jahresstatistik 1982 Verwendung finden.

Wegen der notwendigen bundeseinheitlichen Datenerfassung können die bisherigen Drucke der Statistikbogen Feu 905 nicht mehr verwendet werden.

Die Aktualisierung der Statistik betrifft im wesentlichen den technischen Teil mit der Zusammenstellung der Fahrzeuge. Neu aufgenommen wurden acht Fragen des Bereiches „Unfälle im Feuerwehrdienst“, ferner Erhebungen zur Zahl der bei Schadensereignissen geretteten und getöteten Menschen. Gerade über diesen Bereich gibt es bisher in der Bundesrepublik noch keinerlei statistische Erfassungen, obwohl diese Zahlen von größter Bedeutung sind. Durch diese Angaben in der Jahresstatistik Feu 905 wird in Zukunft ermittelt werden können, wieviel Menschen durch den Einsatz der Feuerwehren bei den unterschiedlichsten Einsätzen gerettet und wieviel Menschen durch die Schadensereignisse getötet wurden. Weitere Veränderungen in der Gestaltung des Fragebogens haben sich aus den Erfahrungen der letzten Jahre ergeben.

Die Feuerwehren werden gebeten, unter Verwendung dieser überarbeiteten Jahresstatistik in den nächsten Jahren die

Erhebungen im Rahmen der für das jeweilige Bundesland geltenden Durchführungsvorschriften des Innenministeriums/-senats vorzunehmen, damit im Frühjahr eines jeden Jahres die Länder- und Bundesstatistik erstellt werden kann.

Auch in Zukunft bilden diese Angaben der Feuerwehren bzw. der Kreise/kreisfreien Städte die einzige Basis für eine bundesweite Statistik.

Die neuen Statistikbogen sind ab sofort beim Deutschen Gemeindeverlag, beim Verlag Kohlhammer GmbH und beim Versandhaus des DFV erhältlich.

**Dienstvorschriften des
Katastrophenschutzes**

Mit Schreiben vom 6. August 1982 (Az: KS 7-708) teilt das Bundesamt für Zivilschutz (Bonn) dem DFV mit:

„In der letzten Zeit nehmen Einzelanforderungen von Dienstvorschriften und Ausbildungsunterlagen von seiten der Hauptverwaltungsbeamten, von Einheitsführern und Dienststellen der Organisation wieder zu. Ich möchte Sie – wie bereits mit Bezugsschreiben geschehen – deshalb nochmals bitten, in Ihrem Bereich nachstehende Information in geeigneter Form bekanntzugeben:

**1. Dienstvorschriften
und Ausbildungsunterlagen**

Das Bundesamt für Zivilschutz (BZS) erläßt u. a. Dienstvorschriften und Ausbildungsunterlagen für den Bereich des Katastrophenschutzes (KatS). Diese Vorschriften und Unterlagen werden nach einem bestimmten Verteilerschlüssel zuständigkeitshalber den obersten Landesbehörden zugesandt. Von dort aus wird auf dem Dienstwege die Zustellung an die nachgeordneten Dienststellen bis zu den jeweiligen Einheiten/Einrichtungen des KatS vorgenommen. Das Bundesamt selbst verfügt nach der Verteilung lediglich über einige Beleg- und Archivexemplare.

2. Verbrauchsmaterial

Zur Frage der Beschaffung von ABC-Verbrauchsmaterialien für Ausbildungszwecke darf ich darauf verweisen, daß Art und Menge für einen Zeitraum von jeweils 3 Jahren von den Ländern ermittelt und beim BZS angefordert werden. Die Beschaffung der Materialien selbst wird durch das BZS durchgeführt. Einzelbeschaffungen nicht handelsüblicher KatS-spezifischer Ausstattung sind nicht möglich.

Soweit Sie in Ihrem Bereich feststellen können, daß Ursache für diese Nachfrage Verzögerungen in der Verteilung sind oder die Verteilung im Einzelfall nicht voll durchgeführt ist, bitte ich Sie zu veranlassen, daß Mängel dieser Art beseitigt werden.“

Musik in den Feuerwehren

Im Mittelpunkt des musikalischen Geschehens innerhalb des DFV wird im Jahre 1983 das 4. Bundeswertungsspielen stehen, das am 17./18. September 1983 in Grünberg/Hessen stattfinden wird. Hierzu sind aus allen Landesfeuerwehrverbänden musiktreibende Züge eingeladen. Es wird erwartet, daß insgesamt 50 Musik-, Spielmanns- und Fanfarenzüge der Feuerwehren aus der Bundesrepublik Deutschland teilnehmen werden. Wer das Wertungsspielen anläßlich des Deutschen Feuerwehrtages in Hannover (im Jahre 1980) miterlebt hat, wird sicher zustimmen, daß es sich hier um eine großartige Demonstration des Feuerwehrmusikwesens gehandelt hat.

Die Wertungsspielordnung des DFV legt u.a. fest, daß im Vordergrund nicht ein „Gegeneinander“ der Teilnehmer steht, sondern die Förderung der Kameradschaft untereinander. Die teilnehmenden Züge sollen Gelegenheit haben, ihre Leistungen von einem berufenen Fachgremium prüfen zu lassen, um dadurch Hinweise und Ratschläge zu erhalten, die für ihre Aufwärtsentwicklung von Nutzen sind. Wir erwarten von diesen Veranstaltungen bundesweit eine Verbesserung des musikalischen Niveaus der Züge, nicht zuletzt durch einen Austausch der Kenntnisse und Erfahrungen der einzelnen Musiker und Spielleute.

In diesem Zusammenhang ist auch auf die Ausbildung der Musiker innerhalb des Verbandes hinzuweisen, die regional noch von sehr unterschiedlichem Niveau ist. Es wird für alle Spielmanns- und Fanfarenzüge notwendig sein, das Spiel nach Noten zu pflegen, denn nur durch gekonntes mehrstimmiges Spielen können diese Züge auch in Zukunft ihre Zuhörer begeistern und überzeugen. Wer diesen Trend nicht erkennt, wird sich mit seiner „Knüppelmusik“ alter Prägung ggf. selbst „ins Abseits“ stellen. Es ist erfreulich festzustellen, daß sich diese Erkenntnis inzwischen in vielen Landesfeuerwehrverbänden durchgesetzt hat; so wurden inzwischen schon einige Landeswertungsspiele und Ausbildungslehrgänge durchgeführt.

Nur durch eine fundierte Ausbildung wird es möglich sein, Kinder und Jugendliche für unsere Arbeit zu interessieren und somit den Nachwuchs für die musiktreibenden Züge der Feuerwehren sicherzustellen. Bei der Nachwuchsarbeit ist es erforderlich, die Altersgrenze so niedrig wie möglich anzusetzen. Die sich ergebenden versicherungsrechtlichen Probleme wurden von den Landesfeuerwehrverbänden erkannt; es wurden deshalb schon verschiedentlich Rahmenverträge mit privaten Versiche-

rungsunternehmen abgeschlossen, die den Versicherungsschutz auch außerhalb der gesetzlichen Unfallversicherung für die Angehörigen der musiktreibenden Züge der Feuerwehren sicherstellen. Ein bundesweiter Erfahrungsaustausch wird hier von Nutzen sein.

Ein weiteres Problem für die Feuerwehrmusik ist die Frage der „Beförderung“ von Musikern und Spielleuten innerhalb der Feuerwehr. Es wird in Zukunft notwendig sein, hier bundesweit zu Empfehlungen zu kommen, die dann innerhalb der einzelnen Bundesländer auch berücksichtigt werden können.

H. Diefenbach, Bundesstabführer

Feuerwehr-Flugdienst 20 Jahre

Im Nachrichtendienst des Deutschen Feuerwehrverbandes Nr. 6 vom 30. Juni 1962 wurde erstmals darauf hingewiesen, daß einem „Feuerwehr-Flugdienst“ in der Bundesrepublik Deutschland künftig die besondere Aufmerksamkeit zu schenken sei. Über Kreisbrandmeister Friedrich Meyer aus Wahrenholz im Landkreis Gifhorn ging diese Nachricht an den Präsidenten des Aero-Clubs und Vorsitzenden der Motorflugkommission Niedersachsen, der seinen Fliegerkameraden, den Gemeindebrandmeister Karl Zipse aus Essenrode, als Referent für diese Aufgabe vorschlug. Am 20. Dezember 1962 kam es zur Gründung des Feuerwehr-Flugdienstes Niedersachsen. In Form von Wochenendschulungen gingen wenig später die ersten Feuerwehr-Flugdienst-Lehrgänge an, die später als Sonderlehrgänge an den Niedersächsischen Landesfeuerwehrschulen durchgeführt wurden. Ziel der Ausbildung war es, den künftigen Flugbeobachtern das Wissen und Können beizubringen, das sie befähigt, aus jeder Lage des Flugzeuges oder des Hubschraubers über Funk der Einsatzleitung am Boden ein genaues Bild der Lage zu geben. Später kam dann die direkte Einsatzleitung aus der Luft dazu. Schon im Sommer 1963 hatte der Feuerwehr-Flugdienst seine ersten Einsätze zu bestehen. Wie ein Funke sprang die Anregung des DFV auch auf die Bundesländer Baden-Württemberg, Hessen, Schleswig-Holstein, Bayern und Rheinland-Pfalz über, in denen ebenfalls Feuerwehr-Flugdienst-Referenten ihre Arbeit aufnahmen. Um dem Flugdienst einen breiten Durchbruch zu schaffen, wurde im Mai 1968 in Braunschweig der erste Deutsche Feuerwehr-Großflugtag mit über 80000 Zuschauern durchgeführt. Die Waldbrandkatastrophe 1975 war die Bestätigung dafür, wie richtig der eingeschlagene Weg war. Seit 12 Jahren wer-

den bei entsprechender Gefahrenlage Waldbrandüberwachungsflüge durchgeführt. Dabei werden Lage und Umfang eines Brandes der zuständigen Feuerwehr-Einsatz-Leitstelle mitgeteilt und die erforderlichen Löschfahrzeuge angefordert und in die Gefahrenherde eingewiesen. Meldungen über Wasserentnahmestellen, Brandverlauf und Warnmeldungen werden durchgegeben. Zur Erfüllung seiner Aufgaben stehen dem Feuerwehr-Flugdienst in Niedersachsen drei Flugzeuge und zwei Hubschrauber zur Verfügung. Der Flugdienst leistet bei etwa 100 Bränden jährlich wertvolle Hilfe. (Im Jahre 1975 waren es 322 Brände.)

Am 20. Dezember 1982 kann der Feuerwehr-Flugdienst Niedersachsen auf sein 20jähriges Jubiläum zurückblicken. In einer kleinen Feierstunde werden an diesem Tage in der Niedersächsischen Landesfeuerwehrschule Celle nach einer kurzen Rückschau die Weichen für die kommenden Jahre gestellt. Das Geschehen des ersten Jahrzehntes wurde in dem Film „10 Jahre Feuerwehr-Flugdienst“ festgehalten. Dieser Film wird auch heute noch über die Grenzen der Feuerwehr hinaus bei zahlreichen Veranstaltungen mit großem Interesse aufgenommen. Besonders die herausragenden Ereignisse der zweiten 10 Jahre haben die Verantwortlichen dazu ange-regt, zu überprüfen, ob anhand des schon aus verschiedenen Quellen vorhandenen Filmmaterials ein weiterer Film erstellt werden kann. Wenn die Finanzierungsfrage geklärt ist, wird der Film in Auftrag gegeben und erstmalig auf dem Jubiläum in Celle vorgeführt.

Zipse

Falsche Werber unterwegs

Seit über einem Jahr wird der Deutsche Feuerwehrverband aus verschiedenen Bundesländern wiederkehrend darüber unterrichtet, daß Anzeigenwerber bei der Werbung für ein Feuerwehrposter teilweise betonen, daß diese Feuerwehrposter „in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Feuerwehrverband“ oder „im Auftrage des Deutschen Feuerwehrverbandes“ erstellt werden. Wie uns berichtet wurde, soll es sich dabei um Anzeigenwerber handeln, die für einen Verlag aus Haan (Rheinland) tätig sind.

Der Deutsche Feuerwehrverband macht darauf aufmerksam, daß diese Feuerwehrposter mit Werbeaufdrucken weder im Auftrage noch in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Feuerwehrverband oder einem Landesfeuerwehrverband herausgegeben werden und daß es keine Zusammenarbeit mit einem Verlag aus Haan (Rheinland) gibt. Im Gegenteil, der DFV hat wiederholt darauf hingewiesen, daß eine solche Werbeaussage der Anzeigenwerber falsch ist. Der Deutsche

Feuerwehrverband bittet die Feuerwehren um Benachrichtigung, wann und wo Anzeigenwerber mit den zuvor genannten Argumenten tätig sind.

Zur Zeit arbeitet die DFV-Medien-GmbH nur mit der Anzeigen- und Werbegesellschaft mbH. (Frankfurt) zusammen, die seit vielen Jahren den bekannten „Feuerwehr-Bildkalender“ erstellt. Seit einigen Monaten besteht eine weitere Zusammenarbeit mit dem Becker-Werbe-dienst (6105 Ober-Ramstadt), der im Auftrag eine neue Informationstafel erstellt.

Beide Objekte der DFV-Medien-GmbH haben auch seitens des Deutschen Feuerwehrverbandes die volle Unterstützung.

Deutscher Feuerwehrverband
Bundesgeschäftsstelle
Koblenzer Straße 33
5300 Bonn 2

Feuerwehr-Jahrbuch 1982/83

Das Feuerwehr-Jahrbuch ist die einzige Veröffentlichung, in der jährlich über das gesamte Brandschutzwesen in der Bundesrepublik Deutschland berichtet wird.

Diese Dokumentation wird vom Deutschen Feuerwehrverband (Bonn) herausgegeben und umfaßt dieses Jahr 276 Seiten.

Das Feuerwehr-Jahrbuch 1982/83 kann zum letztjährigen Preis von DM 9,- pro Stück (einschl. MWSt, zzgl. Versandkosten) bezogen werden.

Als bisher einzige Veröffentlichung beinhaltet das Feuerwehr-Jahrbuch sämtliche Anschriften der Landes- und Kreisfeuerwehrverbände, der Vorstände der Landesfeuerwehrverbände/Landesgruppen, der Kreis-Jugendfeuerwehrwarte und der feuerwehrtechnischen Aufsichtsbeamten der Regierungsbezirke, Kreise und kreisfreien Städte in der Bundesrepublik Deutschland. Hinzu kommen die Anschriften der Bundes- und Landesdienststellen aller im Katastrophenschutz mitwirkenden Organisationen sowie einer Vielzahl von für die Feuerwehren wichtigen Bundes- und Landesbehörden bzw. -institutionen.

Dieser Anschriftenteil umfaßt rd. 80 Seiten und macht das Feuerwehr-Jahrbuch in Verbindung mit dem rd. 20 Seiten umfassenden statistischen Teil zu einem

unverzichtbaren Nachschlagewerk. Im Abschnitt „Statistik und Tabellen“ ist die komplette Feuerwehrstatistik der Freiwilligen Feuerwehren, Berufsfeuerwehren, Werkfeuerwehren und Jugendfeuerwehren der Bundesrepublik Deutschland (mit Unterteilungen nach Bundesländern) zusammengestellt.

Eine Neuerung im diesjährigen Feuerwehr-Jahrbuch ist der Abschnitt „Normen“. Dieser enthält eine Übersicht aller DIN-Nummern der bestehenden DIN-Normen des Feuerwehrwesens und damit verbundener Themenbereiche.

Diese Dokumentation über das deutsche Brandschutzwesen stellt

- für alle in Führungspositionen der Feuerwehr tätigen Personen,
- für die auf Bundes-, Landes-, Kreis- und Gemeindeebene tätigen Behörden, Verwaltungen und Institutionen
- sowie für die Industrie

eine unverzichtbare Arbeitsunterlage dar. Das Feuerwehr-Jahrbuch 1982/83 kann bezogen werden beim Versandhaus des Deutschen Feuerwehrverbandes, Postfach 240125, D-5300 Bonn 2.

Funkanlagen in der Feuerwehr

(Auszug aus Feuerwehr-Jahrbuch 1982/83)

Bundesländer	feste Landfunkstellen			tragbare Sprechgeräte			bewegliche Sprechfunkanlagen			Meldeempfänger		
	FF	BF	WF	FF	BF	WF	FF	BF	WF	FF	BF	WF
Baden-Württemberg	803	17	76	5 124	297	580	4 862	341	244	28 976	346	1 823
Bayern	364	20	—	4 635	325	—	6 136	326	—	19 619	186	—
Berlin	9	65	6	87	441	86	41	438	21	410	148	77
Bremen	—	14	5	12	81	42	22	135	13	90	28	3
Hamburg	—	5	12	65	380	116	244	360	46	1 899	56	2
Hessen	180	35	31	3 730	380	361	3 192	509	136	9 281	1 149	628
Niedersachsen	145	36	34	3 374	310	356	5 836	424	170	8 387	353	188
Nordrhein-Westfalen	343	116	133	3 617	668	1 018	5 298	1 552	653	11 766	770	892
Rheinland-Pfalz	197	26	6	832	163	44	1 795	253	20	3 307	372	49
Saarland	62	9	21	343	36	71	587	40	36	661	73	68
Schleswig-Holstein	113	10	1	2 587	90	15	1 660	141	3	3 104	136	30
Einzel-Summen / 1981	2 216	353	325	24 406	3 171	2 689	29 673	4 519	1 342	87 500	3 617	3 760
Gesamtsummen	2 894			30 266			35 534			94 877		

Atenschutzgeräte in der Feuerwehr

Anmerkung: PA = Preßluftatmer, SSG = Sauerstoffgerät

Bundesländer	Freiwillige Feuerwehr		Berufsfeuerwehr		Werkfeuerwehr	
	PA	SSG	PA	SSG	PA	SSG
Baden-Württemberg	10 411	48	602	60	1 843	28
Bayern	10 298	883	695	15	1 523	—
Berlin	90	—	623	—	79	6
Bremen	20	—	162	68	45	4
Hamburg	—	—	675	46	203	44
Hessen	8 642	116	1 041	57	817	28
Niedersachsen	8 974	229	582	60	954	419
Nordrhein-Westfalen	10 209	62	2 374	302	4 259	644
Rheinland-Pfalz	3 117	516	592	6	151	1
Saarland	1 576	12	79	4	196	5
Schleswig-Holstein	3 282	—	220	10	76	—
Summen / 1981	56 619	1 866	7 645	628	10 146	1 179

Selbstschutzwoche in Soest

Soester DLRG-Rettungsschwimmer stellten sich der Bevölkerung vor

Die Arbeit von sechs Hilfsorganisationen fand starke Beachtung

Die Stadt Soest und der Bundesverband für den Selbstschutz hatten in der Zeit vom 3. bis 11. September zu einer Selbstschutzwoche in Soest aufgerufen. Neben der DLRG beteiligten sich das Deutsche Rote Kreuz, die Feuerwehr, der Malteser-Hilfsdienst, die Polizei und das Technische Hilfswerk an der Veranstaltung.

Am Samstag, dem 4. September, stand ein Sicherheits-Wettbewerb auf dem Programm. Da sich das Wetter von seiner besten Seite zeigte, verfolgten Hunderte von Zuschauern die Bürger, die sich für den Wettbewerb zur Verfügung gestellt hatten. Dabei winkten den Aktiven beachtliche Preise. Fünfundfünfzig Teilnehmer gaben sich einen Ruck und absolvierten die zehn Prüfungen der einzelnen Organisationen. Die Atemspende, das heißt das „Erkennen und Durchführen von Sofortmaßnahmen bei

Atemstillstand“, wurde auf dem Stand der Soester DLRG durchgeführt.

Am Samstag, dem 11. September, stellten sich die Hilfsorganisationen in Form einer „Selbstdarstellung“ der Bevölkerung vor. Musik, Getränke und Erbsensuppe verführten die Bürger zum längeren Verweilen. Da auch an diesem Samstag der Wettergott den Organisationen hold blieb, konnten sich Hunderte von Bürgern über die Arbeit und die technischen Hilfsmittel in Bild, anhand von Geräten, durch Demonstrationen und in Wort informieren lassen. Die DLRG Soest stellte sich mit dem Katastrophenschutzzug „Westfalen IV“ vor.

Alle beteiligten Organisationen empfanden die Selbstschutzwoche als vollen Erfolg. Man hofft, daß die Veranstaltung im nächsten Jahr wiederholt wird, zum Nutzen der interessierten Bevölkerung.

Vor dem Soester Dom: die ausgefahrene Feuerwehrleiter mit den Flaggen der teilnehmenden Organisationen.



Der Stand der Soester DLRG-Ortsgruppe mit dem Katastrophenschutzzug „Westfalen IV“.



Diese Seiten erscheinen in Verantwortung der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft e. V.



Der Sicherheitswettbewerb: „Erkennen und Durchführen von Sofortmaßnahmen bei Atemstillstand“.



Die Gewinnerin des Wettbewerbs vor dem DLRG-Stand, mit gewonnenem Fahrrad und Ehrenteller des BVS.

Leistungsfähigkeit unter Beweis gestellt

DLRG Mannheim – eine aktive Gruppe im Katastrophenschutz

Neue und interessante Aufgaben für die Mannheimer Rettungsschwimmer

Die Gruppe Mannheim der DLRG ist schon seit langen Jahren in die örtlichen Rettungsdienste eingegliedert. Zu den Schwerpunktaufgaben der DLRG aber, Ausbildung von Nichtschwimmern zu Schwimmern und Rettungsschwimmern, Stellung von Rettungswachen in Freibädern und an offenen Gewässern, ist seit geraumer Zeit eine wichtige Aufgabe hinzugekommen: die Mitwirkung im Katastrophenschutz.

Noch bevor die DLRG offiziell im Katastrophenschutzgesetz des Landes Baden-Württemberg erwähnt war, erhielt die Gruppe Mannheim von Branddirektor Hanns Noss Gelegenheit, ihr Können unter Beweis zu stellen. Vorher bedurfte es allerdings einer gehörigen Portion Durchstehvermögen für den Vorsitzenden der Gruppe, Karl-Heinz Herrmann, der zunächst einmal alle Dienststellen ansprechen mußte, daß die DLRG nicht nur helfen will, sondern auch helfen kann und daß ihre Hilfe gebraucht wird.

Das anfängliche wohlwollende Lächeln wich abrupt der Anerkennung, als die Wirksamkeit der Hilfe beim katastrophalen Mannheimer Hochwasser im Mai 1978 deutlich wurde. DLRG-Taucher waren damals zwei Tage unermüdlich im

Einsatz und konnten zum erstenmal mit Feuerwehr, Technischem Hilfswerk und den Rettungsdiensten Hand in Hand arbeiten. Zur nächsten größeren Übung im Rahmen des Katastrophenschutzes wurde die DLRG bereits eingeladen. Die Aufgabe war bei einer angenommenen Mehlstaubexplosion in einem Silo im Getreidehafen die Bergung eines Pkw und seiner Insassen, der durch die Explosions-Druckwelle ins Hafenbecken geschleudert worden war. Der Einsatz fand unter den kritischen Blicken der Verantwortlichen für den örtlichen Katastrophenschutz, Mitgliedern des Gemeinderates und der Presse statt, und er fand vor allen Dingen uneingeschränktes Lob.

Von da an war die DLRG immer dabei, wenn auf örtlicher Ebene das Zusammenwirken der Rettungsdienste für den Ernstfall, das größere Unglück oder die Katastrophe geübt wurden. Selbst wenn es sonst nur um Brandbekämpfung ging, erhielt man eine schwimmerische oder taucherische Sonderaufgabe, ob hoch oben im Kessel des Wasserturms oder im Käfertaler Wald im Karlsternweiher.

1981 schließlich erfolgte die Aufnahme der DLRG in das Landeskatastrophenschutzgesetz.



Staatssekretär Ruder überreicht zusammen mit dem Mannheimer Bürgermeister Dr. Syren und Polizeipräsident Menz (von links) den Besatzungen die Fahrzeugpapiere.

Es waren vier DLRG-Wasserrettungszüge aufzustellen, davon zwei im Landesteil Württemberg und zwei im Landesteil Baden. Von den letzten beiden sollte einer, so beschloß der Landesverband Baden der DLRG, im Raum Mannheim/Heidelberg stationiert werden. Da Mannheim bei weitem die umfangreichste Ausrüstung besaß, lag es nahe, diesen Wasserrettungszug nach Mannheim zu geben. So geschah es, und das Innenministerium gab seinen „Segen“ durch ministerielle Verordnung dazu. Beteiligt sind außer der Gruppe Mannheim die Gruppen Heidelberg, Eberbach und Neckargemünd.

Der Zug umfaßt 30 Mitarbeiter und sieben Fahrzeuge, drei feste Boote und drei Schlauchboote, dazu Kompressoren, Notstromaggregate, Scheinwerfer, Funkgeräte und vieles andere mehr. Von den sieben Fahrzeugen werden drei in Mannheim, zwei in Heidelberg, eins in Eberbach und eins in Neckargemünd stationiert werden.

Noch aus dem Etat 1981 des Innenministeriums beschafft, wurden anlässlich des Mannheimer Maimarktes am 30. April 1982 von Staatssekretär Ruder (Innenministerium Baden-Württemberg) der DLRG zwei Einsatzfahrzeuge übergeben. Ein Fahrzeug ging zum Landesverband Württemberg nach Ludwigsburg, ein weiteres erhielt der Wasserrettungszug Rhein-Neckar mit Standort Mannheim zugeteilt, der wiederum der DLRG-Gruppe Heidelberg dieses Fahrzeug zur Verfügung stellen wird.

Da die Gruppe Neckargemünd sich aus eigenen Mitteln ein Fahrzeug beschaffte, ist der Rettungszug jetzt nun über die Hälfte motorisiert.

Die Mannschaft wird zu je einem Drittel aus Mannheim, Heidelberg und Eberbach/Neckargemünd gestellt. Die Mitwirkenden hatten bisher zweimal Gelegenheit, sich und das vorhandene Gerät



Neue Fahrzeuge für den Katastrophenschutz in Baden-Württemberg.



Staatssekretär Ruder (links) im Gespräch mit DLRG-Präsident Prof. Dr. Schmitz und Landesverbands-Präsident Vollmar.

kennenzulernen. Die bisherigen Erfahrungen sind jedenfalls so gut, daß man mit Berechtigung hoffen kann, auch in Zukunft erfolgreich zum Katastrophenschutz im gesamten Rhein-Neckar-Raum beitragen zu können.

237 Personen aus Wassergefahr gerettet

Eine Verdoppelung der Rettungseinsätze an den Stränden Schleswig-Holsteins gegenüber dem Vorjahr vermeldet die Zentrale Einsatzleitung der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) in Burg auf Fehmarn.

237 Menschen wurden durch die ehrenamtlich tätigen Rettungsschwimmer der DLRG vor einem möglichen Ertrinkungstod gerettet, 34 davon unter besonders schwierigen Umständen. Ferner wurden 104 Menschen bei Bootsbergungen und 97 in Not geratene Surfer geborgen. Zur Sicherung der Badestrände an Nord- und Ostsee waren 1700 DLRG-Rettungsschwimmer aus dem gesamten Bundesgebiet eingesetzt.

Besorgt ist die DLRG über die gestiegene Zahl von tödlich verlaufenen Ertrinkungsfällen. Bei sechs Einsätzen kam für die Betroffenen jede Hilfe zu spät. Zwei Todesfälle ereigneten sich an von der DLRG nicht bewachten Strandabschnitten. Die DLRG führt dies vor allem auf die Nichtbeachtung und -einhalten der wichtigsten Baderegeln zurück.

Wie erste Berichte aus den verschiedenen Bundesländern erkennen lassen, ist auch im Binnenland die Zahl der Hilfeleistungen im und am Wasser im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. 1981 wurden insgesamt 6279 Menschen durch die DLRG gerettet.

DLRG-Bootsbesatzungen sicherten Segelregatta auf Kemnader See

Der Kemnader See zwischen Bochum und Witten wurde in den vier Jahren seines Bestehens zu einem wirklichen Freizeit-Zentrum, wie es die Trägerin des Sees, die „Freizeitzentrum Kemnade GmbH“, bereits bei der Planung voraussah. Im Umkreis von 8 bis 10 km Luftlinie, das heißt im näheren Einzugsbereich, leben über 500000 Menschen. Die seit 1979 jeweils gegen Ende der Saison gefeierten „Kemnader See- und Leinpfad-Feste“ haben daher entsprechendes Publikum.



470er und „Optimisten“ bereiten sich auf die Rennen vor.



Das Bochumer Motorrettungsboot „Felix Kühnel“.

Die Bochumer und Wittener DLRG hat am See zwei Wachstationen, am Einlauf und Ablauf des Sees zwei weitere. Über Mangel an Arbeit kann man sich auf den Stationen nicht beklagen, die Wachbücher beweisen es. Man nimmt aber auch gerne die Arbeit in Kauf, die ein „Großreinemachen“ nach einem Hochwasser oder ein Seefest mit sich bringt. So organisierte die Bochumer DLRG das Zeltfest am ersten Abend im Heveney. Die Wittener revanchierten sich mit ihrem Oberbürgermeister Klaus Lohmann, der das vierte See- und Leinpfad-Fest eröffnete. Ein weiterer Wittener, Landrat Friedhelm Ottlinger, startete am anderen Tag die Remember-Segelregatta. Zwei weitere Segelregatten folgten am dritten Tag. Die Überwachung der Regatten erfolgte von den Wittener und Bochumer See-Stationen aus, die Funkzentrale war auf der Bochumer Wache im Oveney.

Die Feuerwehr richtete im Oveney eine große Wasserorgel ein, die abends den Beifall des Publikums fand. Bei der Vorbereitung und dem Aufbau halfen DLRG-Boote.

Von DRK und BVS wurden Vorführungen veranstaltet. Der BVS ließ z. B. eine



Die Feuerwehr beim Aufbau der Wasserorgel; ein DLRG-Boot hat ein Stück der Orgel im Schlepp.

Puppe brennen und durch beherzte Zuschauer mit Decken löschen.

So konnten neben den üblichen Platzkonzerten, Ponyreiten, Kindertheatern, Minieisenbahn-Fahrten, Fakir-Shows, Rock-Matinee, die gut besucht waren, die genannten Hilfsorganisationen sich ebenfalls präsentieren. Gotthardt

DLRG-Ortsverband Geretsried feierte 30jähriges Jubiläum

In diesem Jahr können in Geretsried bei München zwei „Geburtstagskinder“ ein Jubiläum feiern, die durch die Aufgabenstellung der DLRG eng verbunden sind: Der DLRG-Ortsverband Geretsried wurde 30 Jahre alt, und das städtische Hallenbad ist seit nunmehr zehn Jahren in Betrieb.

Dem Bau dieses Bades hat der Ortsverband einen großartigen Aufschwung zu verdanken, erstmals erhielt man optimale Arbeitsbedingungen, was die ständig ausgebuchten Schwimmkurse beweisen.

Bei der Gründung der Gruppe im Jahr 1952 war eine Schwimmbildung noch unmöglich, die Isar war nicht gestaut und daher zu reißend. Erst drei Jahre später konnte in einem ausgebagerten Nebenarm ein Anfang gemacht werden. Ein weiterer wichtiger Schritt in der Entwicklung des DLRG-Ortsverbands Geretsried erfolgte 1960 mit der Übernahme der Wache am Starnberger See, die bis heute in kameradschaftlicher Weise zusammen mit den Wolfratshausener DLRGlern durchgeführt wird.

Wie schon bei der Einweihung des Hallenbades 1972 wurde auch zum gemeinsamen Jubiläum ein Rettungsvergleichswettkampf durchgeführt. Unter den sieben teilnehmenden Mannschaften befanden sich auch alte Freunde von den Ortsverbänden Nonnweiler/Saar und Haßlinghausen/Westfalen sowie Kollegen der Wasserwacht Wolfratshausen.



Rettungsschwimmer aus zahlreichen Bundesländern nahmen an den Geretsrieder Rettungswettkämpfen teil.

Beim Empfang durch die Stadt betonte Schirmherr Bürgermeister Heinz Schneider die wichtige Rolle des DLRG-Ortsverbands für Geretsried. In diesem Zusammenhang bezog er sich insbesondere auf die ausgezeichnete Jugendarbeit und die erfolgreichen Schwimmkurse. Bei den am Nachmittag stattfindenden Wettkämpfen im städtischen Hallenbad stellten die Rettungsschwimmer einmal

mehr ihr Können und ihre Leistungsbereitschaft unter Beweis.

Das gemütliche Beisammensein nach der Siegerehrung zeigte, daß nicht nur die gemeinsame Arbeit, sondern auch die Pflege der Kameradschaft sehr wichtig ist für den Zusammenhalt einer Gruppe. Besonders dann, wenn sie so rühmig ist wie die DLRG Geretsried!

DLRG, THW und Sporttaucher demonstrierten erfolgreiche Zusammenarbeit bei Vermissensuche

Zum ersten Male seit Inbetriebnahme des nordsaarländischen Bostalsees wurde am 12. Juli 1982 eine Vermissensuchaktion durchgeführt. Gegen sechs Uhr war der örtlichen Polizei gemeldet worden, daß ein junger Mann, der nachts gegen drei Uhr beim Schwimmen im See untergegangen sei, vermißt werde. Der 21jährige wurde um 12.34 Uhr von einer elf Mann starken Staffel des saarländischen Taucherverbandes in etwa zwei Metern Tiefe vor dem Badestrand am Gannesweiler Ufer tot geborgen.

Das nächtliche Schwimmen am Bostalsee ist in heißer Sommerszeit längst keine ungewöhnliche Sache mehr. Am Sonntag war eine größere Gruppe bereits um Mitternacht zum Schwimmen am See. Gegen 2.30 Uhr zog eine weitere Clique aus einem Gannesweiler Gasthaus zum See. Dem Vernehmen nach schwammen die jungen Leute von der Surfbasis aus zum schräg gegenüberliegenden Ufer neben dem Sandstrand, eine Strecke, die Schwimmern normalerweise keine Schwierigkeiten bereiten dürfte. Auf dem Rückweg soll

der 21jährige untergegangen sein. Er hatte an dem Abend zuvor unter Zahnschmerzen gelitten und Tabletten gegen den Schmerz eingenommen.

Gegen 7 Uhr wurde das THW Nohfelden von der Polizei informiert. Ortsbeauftragter Alfred Kohl alarmierte sofort die eigene Einsatztruppe wie auch die DLRG-Rettungstaucherstaffel Nohfelden, die mit drei Tauchern unter Leitung von Tauchwart Werner Thieme das Wassergebiet vor dem Badestrand absuchte. Eine starke Strömung wurde nicht festgestellt, Schwierigkeiten bereitete jedoch die „Steilphase“, frühere Sandgruben, in denen heute das Wasser bis zu acht Metern hoch steht.

In Zusammenarbeit mit der Seeverwaltung, THW und DLRG wurden mehrere Suchaktionen durchgeführt, die ohne Ergebnis blieben. Gegen 11.30 Uhr waren elf Mitglieder des Sporttaucherverbandes einsatzbereit. Sie bildeten unter Wasser eine Suchkette, die beim zweiten Einsatz den toten Schwimmer, nur wenige Meter vor den Absperrketten des Strandbades, fand und an Land brachte.

Hermann Brill



Presseschau des Inlands

ADAC: Lebensretter mit unzureichender Ausbildung

Obwohl Rettungssanitäter täglich helfen müssen, Leben zu retten, sehen viele – so der ADAC – ihre Berufsausbildung als unzureichend an. Während es für nahezu jedes Handwerk ein fest umrissenes Berufsbild mit genau geregelter Lehrzeit gibt, werden Rettungssanitäter quasi wie Hilfsarbeiter nach uneinheitlich gehandhabten Grundsätzen auf ihren verantwortungsvollen Beruf vorbereitet.

Diese Ausbildung – 160 Stunden Theorie und jeweils 160 Stunden in einer Klinik und in einer Rettungswache sowie 40 Stunden Abschlußlehrgang – reicht nach Ansicht von Notfall-Experten nicht aus. Erforderlich sei eine mindestens zweijährige Vollausbildung mit wenigstens 1000 bis 1500 Ausbildungsstunden in Theorie und Praxis.

Zwar ist noch kein Unfallopfer aufgrund unzureichender Sanitäter-Ausbildung gestorben. Trotzdem könne es, so der Würzburger Notfallmediziner Dr. Peter Sefrin, schon mal vorkommen, daß einem Patienten Rippen gebrochen werden, weil ein Sanitäter bei der Wiederbelebung Fehler gemacht hat. Der Ulmer Anästhesist Professor Dr. Friedrich Wilhelm Ahnefeld schätzt sogar, daß mindestens 50 Prozent der derzeit eingesetzten Rettungssanitäter aufgrund der bisherigen Ausbildung den Erfordernissen nicht gewachsen sind.

Diese Mißstände kann nach dem Urteil von Rettungsdienst-Experten nur eine bundeseinheitliche Ausbildungs- und Prüfungsordnung beseitigen. Vor allem muß auch den ehrenamtlich tätigen Helfern ermöglicht werden, sich zum Rettungssanitäter zu qualifizieren. Die Bedeutung dieses „2. Bildungsweges“ verdeutlichen Zahlen: Zu den 7500 hauptberuflichen Sanitätern kommen beim Deutschen Roten Kreuz 20000 ehrenamtliche Nothelfer, von denen

knapp ein Viertel voll ausgebildet im Rettungseinsatz arbeitet.

Nach Ansicht des ADAC ist es jetzt dringend erforderlich, daß sich der Bund-Länder-Ausschuß Rettungswesen mit der Ausbildungs-Reform befaßt. Immerhin spart ein gut funktionierender Rettungsdienst erheblich öffentliche Gelder, wenn Leben gerettet, Invalidität vermieden und ein kürzerer Klinikaufenthalt erreicht werden kann.

(ADAC-Pressedienst, München)

Niedersachsen: Konzept der Medizinischen Katastrophenhilfe

Die Lebensrettung bei Großunfällen und zivilen Katastrophen muß nicht vom Glück, Zufall oder Organisationstalent einzelner abhängen. Mit einem Handbuch für den Katastrophenschutz hat die Ärztekammer Niedersachsen eine umfassende Planungshilfe präsentiert.

Nach Ansicht des Präsidenten der niedersächsischen Ärztekammer, Dr. Gustav Osterwald, weisen die Katastrophenschutzpläne der Landkreise und kreisfreien Städte in der Bundesrepublik teilweise noch erhebliche Lücken auf. Häufig enthielten derartige Pläne lediglich die Telefonnummern von Amtsärzten und Krankenhäusern.

Aus diesem Grund appellierte Osterwald an die zuständigen Stellen in den Landkreisen und Städten, sich ihrer Verantwortung für eine sach- und fachgerechte Vorsorgeplanung nicht länger zu entziehen. Die Ärzte seien zur Mitarbeit bereit. Allein in Niedersachsen hätten sich mehr als 40 Prozent der niedergelassenen Ärzte bereiterklärt, im Rahmen des Konzepts der Medizinischen Katastrophenhilfe freiwillig mitzuwirken.

In dem jetzt vorgestellten „Wegweiser Medizinische Katastrophenhilfe“ geben 15 Autoren eine Fülle von Anregungen, Empfehlungen und Hinweisen zum Aufbau einer medizinischen Katastrophenhilfe und zur Katastrophenschutzplanung auch in Krankenhäusern und Spezialbereichen wie zum Beispiel der Umgebung von kerntechnischen Anlagen und Industriebetrieben.

Solche notfallmedizinischen Kenntnisse geraten nach Ansicht von Privatdozent Dr. Ernst-Günter Suren von der unfallchirurgischen Klinik der Medizinischen Hochschule Hannover, einer der Mitautoren des Handbuchs, bei der Ärzteschaft infolge zunehmender Spezialisierung in Vergessenheit. Das jetzt vorgelegte Handbuch soll den Ärzten in erster Linie die bei Katastrophen veränderten

Versorgungsgrundsätze darlegen und durch einen Literaturteil und ein lose eingelegtes Merkblatt als Nachschlagewerk dienen.

(Ärzte-Zeitung, Neu Isenburg)

Baden-Württemberg: Wiedereinführung der Schutzraumbau-Pflicht?

Unter gewissen Voraussetzungen will sich die Landesregierung im Bundesrat für die Wiedereinführung einer gesetzlichen Verpflichtung zum privaten (Luft-) Schutzraumbau einsetzen. Dies teilte Innenminister Roman Herzog jetzt auf Anfrage der CDU-Landtagsfraktion mit. Dem Anliegen der Antragsteller wird er damit allerdings nur teilweise gerecht: Vorläufig sehe die Regierung – wie Herzog einschränkt – „auf der Basis der gegenwärtigen bautechnischen Anforderungen“ die Einführung einer solchen Schutzraum-Baupflicht als „problematisch“ an. Diese Anforderungen würden eine zu aufwendige Bauweise vorschreiben und könnten somit die Lage der Bauwirtschaft weiter verschärfen. „Es wäre nämlich nicht auszuschließen“, meint Herzog, „daß von einem Großteil der Bauvorhaben aus Kostengründen Abstand genommen würde.“

Im Rahmen der bevorstehenden Beratungen des Entwurfs eines neuen Zivilschutzgesetzes will sich die Landesregierung daher für eine Lockerung der bautechnischen Anforderungen beim Schutzraumbau einsetzen – allerdings ohne Einschränkung des üblichen Sicherheitsstandards (Atombomben- und ABC-Sicherheit). Falls so die anfallenden Kosten „erheblich reduziert“ werden könnten, erklärte sich Herzog bereit, die Wiedereinführung einer allgemeinen Verpflichtung zum Schutzraumbau bei Neubauten „erneut zu prüfen“ und sich dafür in Bonn einzusetzen.

Seit 1967 gibt es keine derartige Vorschrift mehr. Sie wurde damals wegen der Haushaltslage des Bundes, der private Schutzräume bis dahin kräftig subventioniert hatte, abgeschafft. Jetzt wollten eine Reihe von CDU-Landtagsabgeordneten diese Einbaupflicht für neue Häuser wieder zum Leben erwecken. „Sie ist auch ohne großzügige Subventionen zumutbar“, schrieben die Christdemokraten in der Begründung ihrer Parlamentsinitiative und verwiesen auf das Beispiel der Schweiz, wo „geeignete Schutzräume ohne großen zusätzlichen Aufwand“ gebaut würden.

(Südwest-Presse, Ulm)

Presseschau des Auslands

13 Millionen Japaner übten mit

Punkt zehn Uhr bogen die ersten Feuerwehrfahrzeuge in die Einfahrt zum kaiserlichen Palast in Tokio ein. Feuerwehrmänner legten Schläuche, andere gingen mit schwerem Atemgerät in den weitläufigen Wohntrakt, evakuierten Verletzte und flogen sie mit Hubschraubern in die nächstgelegenen Krankenhäuser. Doch auch in den Krankenhäusern sah es schlimm aus: Ein Erdbeben der Stärke acht auf der nach oben offenen Richter-Skala hatte in und um Tokio schwere Schäden angerichtet.

Ein schauriges Szenario – die Opfer hielten sich in Grenzen: Am 59. Jahrestag des „Großen Erdbebens von Nanto“ beteiligten sich in ganz Japan rund 13 Millionen Menschen an einer Probe für den Ernstfall. Nicht nur, weil die Erinnerung an die Katastrophe, die 1923 mindestens 140 000 Menschenleben gefordert hatte, immer noch wach ist, sondern auch, weil Experten für die nähere Zukunft wieder ein schweres Beben prophezeit haben, fand die Übung ein großes Echo in den meisten Teilen des Landes.

In diesem Jahr ging es vor allem darum, Panik in den Stationen von Eisenbahn und U-Bahn zu verhindern sowie die möglichst reibungslose Evakuierung von Schulen und Hospitälern zu proben. Vom frühen Morgen an hatten die Behörden schon vor „abnormen seismologischen Anzeichen“ gewarnt. Schließlich kam über Rundfunk und Fernsehen die Durchsage: „Ein starkes Erdbeben hat Zentraljapan heimgesucht. Bleiben Sie ruhig. Dies ist eine Übung.“

Am stärksten war die freiwillige Beteiligung an der Übung im Bereich der Präfektur von Shizuoka, wo das angenommene Epizentrum des Bebens lag. Rund 95 Prozent der 3,4 Millionen Einwohner fanden sich an den über Rundfunk und Lautsprecherwagen angegebenen Plätzen ein. Die Distriktregierung bereitete sich überhaupt sehr ernsthaft auf die erwartete Katastrophe vor. In den vergangenen vier Jahren stellte sie den verschiedenen Zivilschutzorganisationen

rund vier Millionen Mark für die Anschaffung von Rettungs- und Versorgungsgeräten zur Verfügung.

Ausgesprochen schwach war die Beteiligung dagegen in der Hauptstadt selber – ausgerechnet dort, wo Fachleute mit den schlimmsten Schäden und der höchsten Zahl von Opfern rechnen. Berechnungen der Feuerwehr gehen bei einem Erdbeben von der Stärke des Jahres 1923 von mindestens 36 000 Verletzten aus. Etwa 470 000 Häuser würden zerstört – die meisten allerdings erst durch die Folgen des Bebens: Umkippende Herde und explodierende Gasleitungen würden zu einer Feuersbrunst führen, die sich durch die vorwiegend aus Holz gebauten japanischen Wohnhäuser fressen würde und von den Rettungsmannschaften unter den ohnehin erschwerten Bedingungen kaum zu stoppen wäre.

Solche düsteren Aussichten schienen die Tokioter aber kaum zu schrecken. Außer den Beamten und den im öffentlichen Dienst Angestellten, die zur Teilnahme an der Übung verpflichtet waren, kümmerte sich kaum jemand um die Appelle der Behörden. Trotzdem hatte die Probe für den Ernstfall empfindliche Auswirkungen auf das Leben in der Millionenstadt. Nur eine begrenzte Anzahl von Fahrgästen wurde auf Bahnsteige und in die Züge gelassen, Eisenbahnen vollführten auf offener Strecke Notbremsungen und in ganzen Vierteln der Innenstadt wurden die Ampeln ausgeschaltet. Obwohl Polizisten sich mühten, den Verkehr einigermaßen flüssig zu halten, kam es zu teilweise chaotischen Zuständen auf den Straßen. Wer ohnehin aufgehalten wurde, den versuchten die Organisationen noch vor Ort zu überreden, sich als „Patient“ oder „Obdachloser“ an der Übung zu beteiligen. Die meisten aber, so ein Sprecher, lehnten sogar das ab.

Doch schon vor den Toren der Hauptstadt lief alles zur Zufriedenheit des Katastrophenstabes: „Verletzte“ wurden per Hubschrauber oder Boot geborgen, viele nahmen an Feuerlöschübungen oder Erste-Hilfe-Kursen teil, während

andere sich im Kochen für die Evakuierten übten.

Angesichts des Ausmaßes des Unternehmens blieben aber auch Mißverständnisse nicht aus. Trotz ständiger Hinweise, daß es sich um eine Übung handle, liefen in vielen Städten Menschen in Panik auf die Straßen. Hie und da blieben Kochstellen unbeaufsichtigt oder strömte Gas aus Wasserboilern, so daß aus der Übung plötzlich Ernst wurde . . .

(Die Welt, Bonn)

Zusammenarbeit mit Luxemburg geprobt

Nachdem das Abkommen zur gegenseitigen Hilfeleistung bei Katastrophen und schweren Unglücksfällen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Großherzogtum Luxemburg im Dezember letzten Jahres in Kraft getreten ist, und nach dem Besuch des luxemburgischen Ministerpräsidenten Pierre Werner und seines Kabinetts bei der rheinland-pfälzischen Landesregierung, wurde jetzt anlässlich des „Nationalen Tages des Zivilschutzes“ in Belvaux (Luxemburg) die gute Zusammenarbeit zwischen Rheinland-Pfalz und dem Großherzogtum Luxemburg erneut bewiesen. Katastrophenschutzeinheiten aus Rheinland-Pfalz, der ABC-Zug der Freiwilligen Feuerwehr Rockenhausen und die Dekontaminationsgruppe der Freiwilligen Feuerwehr Schifferstadt demonstrierten bei einer Übung, zusammen mit Einheiten aus Luxemburg, Ausbildungsstand und Ausrüstung.

Großes Interesse brachten die Besucher, unter ihnen Erbprinz Henry und der luxemburgische Innenminister Jean Spautz, dem Strahlenschutz-Atemschutzgerätewagen entgegen, dessen Ausrüstung auf Einsätze bei Unglücksfällen mit radioaktiven oder gefährlichen chemischen Stoffen abgestimmt ist. 10 dieser Fahrzeuge wurden Anfang des Jahres im wesentlichen aus Landesmitteln beschafft und zur Verfügung gestellt.

(Staatszeitung, Staatsanzeiger für Rheinland-Pfalz)

Wissenschaft & Technik

Elektronisches Vielzweck-Thermometer

„Was man nicht weiß, macht auch nicht heiß...“ So hört man es häufig als Sprichwort. Aber oft ist es wichtig, genau Bescheid zu wissen, wie hoch z. B. die Temperatur in der Wohnung, im Büro usw. vor allem zur Herbst- und Winterzeit ist, weil man so Energie sparen kann. Mit dem neuen elektronischen Vielzweckthermometer läßt sich jederzeit schnell und genau die Temperatur ablesen. Dieses Thermometer ist batteriebetrieben und mit einem flexiblen Temperaturfühler ausgestattet. Der herausnehmbare Temperaturfühler ermöglicht eine universelle Anwendung überall dort, wo die Temperaturkontrolle sehr wichtig ist: für die genaue Temperaturmessung der Luft, von Flüssigkeiten, weichplastischen Stoffen und Oberflächen.

Das Gerät kann eingesetzt werden stationär als Wand- oder Tischgerät im Wohnraum, in der Werkstatt, im Büro; im mobilen Einsatz zum Messen der Vor- und Rücklauf-temperatur der Heizung, des Warmwassers bzw. von Flüssigkeiten. Mit einer Alkali-Batterie beträgt die Betriebsdauer etwa ein Jahr.



Automatische Entriegelung für Feuerwehr-Schlüsselkästen

Um der Feuerwehr im Brandfall einen schnellen Zugang zu personell unbesetzten Objekten zu ermöglichen, wird jetzt ein Adapter zum universellen Ansteuern der Feuerwehr-Schlüsselkästen angeboten. Voraussetzung ist, daß das Objekt durch eine zentrale Brandmeldeanlage überwacht wird. Der Adapter ist für Brandmelde-Zentralen jeder Bauart geeignet, er wird in der Nähe der Zentrale installiert.

Sobald die Nebenmeldeanlage aufgrund von Rauch- oder Wärmeentwicklung Alarm auslöst, wird die äußere Tür des

Schlüsselkastens automatisch entriegelt. Der Einsatzleiter kann dann mit einem für alle Gebäude und Grundstücke des Einsatzbereiches einheitlichen Hauptschlüssel die Innentür öffnen und den Objektschlüssel entnehmen. Dadurch ist im Notfall ein gewalt- und schadenfreier Zugang möglich.

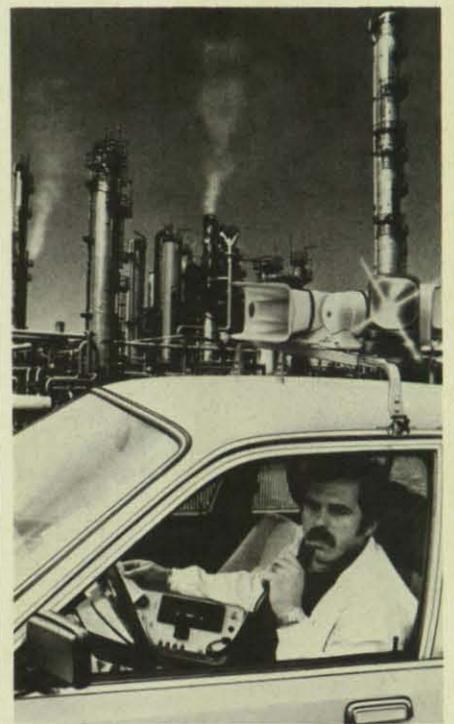
Der Adapter ist vom Verband der Sachversicherer zugelassen. Adapter und Feuerwehr-Schlüsselkasten werden von den Einbruch-/Diebstahlversicherern als „besondere Sicherungsvorkehrung“ anerkannt.



Alarm und Information mobil: MOBS

Jahrzehnte waren Sirenen einfache Geräte auf Häusern oder Masten. Jetzt haben sie nicht nur das „Sprechen“ gelernt, sie sind auch mobil geworden. MOBS heißt die neue Anlage: Ein Steuergerät für das Wageninnere und ein Dachträger für Lautsprecher und eventuell Blaulicht, schnell auf jedem Kfz montierbar, Stromversorgung aus der 12-V-Fahrzeuggatterie. MOBS warnt durch alle gewünschten Sirenensignale und informiert per Mikrofon- oder Banddurchsage. Die Bandwiedergabe erspart ermüdende Wiederholungen und entlastet den Sprecher.

Für dünnbesiedeltes Gebiet, unübersichtliche Industrieanlagen, spontane lokale Einsätze, z. B. beim Lenken von Menschenströmen, und besonders auch für den Zivilschutz wie für Natur- und Industriekatastropheneinsätze ist MOBS geeignet.



Neue Bücher

Im Brennpunkt: Die Feuerwehren der Welt

Band II
Weltrundschau Verlag AG,
Baar (Schweiz)

Der zweite Band der Reihe mit dem Untertitel „Werden und Wesen der Feuerwehr“ setzt das mit dem Band „Faszination“ begonnene Werk fort. Der großformatige Band ist repräsentativ gestaltet und reich bebildert. Die Illustrationen sind überwiegend mehrfarbig und oft doppelseitig angelegt.

Der erste Teil, „Die Feuerwehr im Wandel der Zeit“ betitelt, behandelt die Geschichte des Feuerwehrwesens von ihren Anfängen bis zum 19. Jahrhundert. Eingeleitet wird dieser Abschnitt mit einer umfassenden tabellarischen Übersicht, in der parallel der allgemeinen Entwicklung die fortschreitende Organisation und Technik der Feuerwehr dargestellt wird. Es folgt eine Schilderung der Bekämpfung des Feuers in der Antike über die Brandbekämpfung im Mittelalter bis zum Einsatz der Technik in Form der Dampfspritze.

Der zweite Teil trägt den Titel „Feuerwehren in aller Welt“ und vermittelt einen Eindruck über das Wesen der Feuerwehren rund um den Globus. In den Berichten aus allen Kontinenten bleibt trotz der unterschiedlichen Organisationen und Ausrüstungen die gemeinsame Zielsetzung ersichtlich.

Unter den Berichten aus 23 Ländern nimmt die deutsche Feuerwehrgeschichte einen besonderen Raum ein. An der Geschichte von Freiwilligen und Berufsfeuerwehren und dem Werden des Deutschen Feuerwehrverbandes kann die Entwicklung der deutschen Feuerwehren bis zur Gegenwart verfolgt werden. Beiträge über die Rechtsgrundlagen, die Ausbildung, den Feuerwehrsport und die soziale Fürsorge vervollständigen das Bild der heutigen Feuerwehr in Deutschland.

Mit dem vorliegenden Band wird den Feuerwehrmännern und darüber hinaus allen an der Gemeinschaftsaufgabe der Feuerwehr Interessierten ein lebendiges, informativ und anschaulich gestal-

tes Werk in die Hand gegeben. Der Band bietet sich auch als Präsent bei festlichen Anlässen in Feuerwehrkreisen besonders an.

Ergänzungslieferungen zu Sammelwerken

Lüttgen/Biese/Kerutt/Versen
Handbuch des Rettungswesens
20. Ergänzungslieferung
Verlag v. d. Linnepe, Hagen

Mit der vorliegenden Lieferung wird der Bereich Rettungsmittel auf den neuesten Stand gebracht. Neben zahlreichen Änderungen und Ergänzungen werden der Unfallverhütungsbericht Straßenverkehr 1981, die Resolution des 5. Rettungskongresses des DRK 1982 sowie eine Übersicht über die Schweizerische Rettungsflugwacht neu eingefügt.

**Gerdemann/Korbmann/Kutter/
Stramka**
**Krankentransport und Rettungs-
wesen**
19. Ergänzungslieferung
Erich Schmidt Verlag GmbH,
Bielefeld

Die 19. Ergänzungslieferung enthält zahlreiche Aktualisierungen und Ergänzungen. Neu aufgenommen wurden das Thema Umsatzsteuerbefreiung von Krankenfahrzeugen sowie Urteile aus dem Sozial- und dem Verwaltungsrecht. Das Landesrecht von Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Hessen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein wird mit der Lieferung auf den neuesten Stand gebracht.

Töpfer/Lind
**Notstandsrecht der Bundesrepublik
Deutschland**
69. Ergänzungslieferung
Verlag R. S. Schulz, Percha

Mit der Lieferung wird das Bundesrecht auf den Stand vom 1. Mai 1982 gebracht. Neu aufgenommen wurden die Muster eines Leistungsbescheides und für Bereitstellungsbescheide nach BLG, die Atomrechtliche Verfahrensordnung, die Sicherungsverordnungen für Elektrizität und Gas sowie die Lieferbeschränkungs-Verordnungen für Kraftstoff und Heizöl mit den entsprechenden Verwaltungsvorschriften.

Dr. Paul-Wilhelm Kolb
Katastrophenschutzpraxis
4.-6. Ergänzungslieferungen
Walhalla u. Praetoria Verlag,
Regensburg

Die Ergänzungslieferungen umfassen die Abschnitte Zivilschutz, Katastrophenschutz, Rettungswesen sowie Sicherheit und Ordnung. Die letzte Ergänzung weist den Stand vom März 1982 auf und berücksichtigt insbesondere die im Laufe des Jahres 1981 eingetretenen Änderungen. Wo es zum besseren Verständnis der jeweiligen Sachzusammenhänge notwendig schien, wurden zusätzliche – auch ältere – Vorschriften neu in die Sammlung aufgenommen. Besondere Aufmerksamkeit wurde der Neuformulierung und Anpassung einer Reihe von Fußnoten gewidmet. Gleichzeitig wurde damit begonnen, die Satzungen und Folgeordnungen der Hilfsorganisationen und Verbände auf den neuesten Stand zu bringen. Ebenso wurde mit der Aktualisierung der verschiedenen Sachregister begonnen.

Die Loseblattsammlung wendet sich in erster Linie an die verantwortlichen Verwaltungsbeamten, Ordnungs- und Katastrophenschutzämter, Polizei, Feuerwehr und an den Zivilschutz. Darüber hinaus finden aber auch die für den betrieblichen Katastrophenschutz Verantwortlichen hier eine umfassende Zusammenstellung von rechtlichen Grundlagen für ihre Arbeit.

Roeber/Goeckel
Katastrophenschutzgesetz
11. Ergänzungslieferung
Verlag für Verwaltungspraxis
Franz Rehm, München

Die Lieferung enthält neben dem neuen Bayerischen Feuerwehrgesetz drei Katastrophenhilfe-Abkommen mit den belgischen und britischen Stationierungsstreitkräften sowie dem Großherzogtum Luxemburg. Zum Bereich Katastrophenschutz in Baden-Württemberg gehören eine Verordnung über den Katastrophenschutzdienst sowie ein Stärke- und Gliederungserlaß. Ferner sind die Neufassung der Vereinbarung über die Freistellung von Wehrpflichtigen für den Katastrophenschutz der Bundespost und Änderungen der Satzungen der Hilfsorganisationen enthalten.

Paul Claes

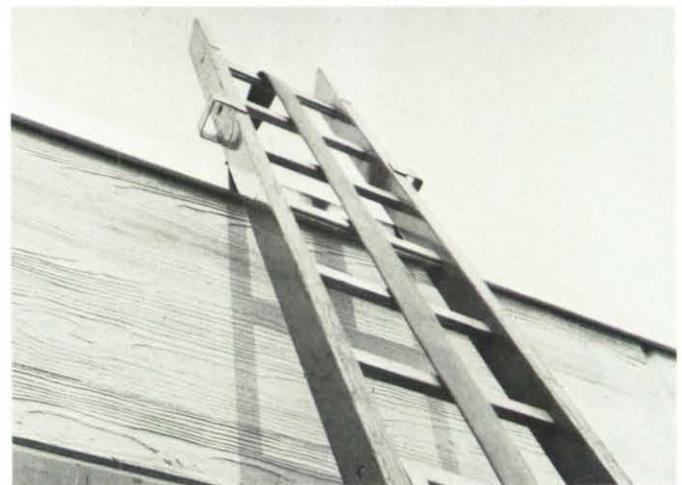
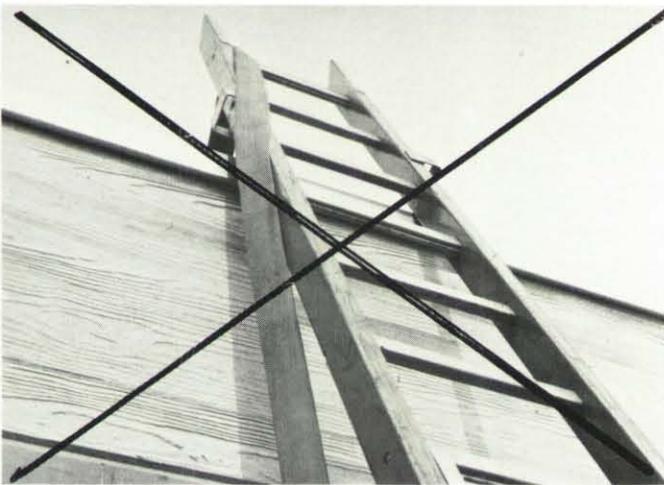
Safety first – im Brandschutzdienst

Das Minimagazin

Die jeweilige Paragrafenangabe bezieht sich auf die Unfallverhütungsvorschrift Feuerwehren vom 1. Juli 1972.



Die Standsicherheit und Tragfähigkeit von Leitern wird insbesondere dann nicht beeinträchtigt, wenn . . . Haken-, Steck-, Klapp- oder Anstelleitern und Teile von mehrteiligen Leitern nur von einer Person bestiegen werden. (D zu § 20)



Die Standsicherheit von Feuerwehroleitern wird beeinträchtigt, wenn Schlauchleitungen frei von der Leiter herunterhängen. (D zu § 20)



Die Standsicherheit und Tragfähigkeit von Leitern wird insbesondere dann nicht beeinträchtigt, wenn bei tragbaren Leitern . . . beim Wassergeben von der Leiter aus die Leiter am Kopfende befestigt ist. (D zu § 20)

MHD-JUGEND



**Gemeinsam
helfen
hat Zukunft**

Mehr als 200 Gruppen mit rund 2500 Mitgliedern zählt die Malteser-Jugend, die vor drei Jahren als Jugendorganisation des Malteser-Hilfsdienstes gegründet wurde.

In ihr sammeln sich junge Menschen, die einerseits einer katholischen Jugendgemeinschaft angehören möchten, andererseits den Wunsch haben, sich in den praktischen Dienst am Menschen zu stellen.

Zu den Aufgaben der Malteser-Jugend zählt die Ausbildung in Erster Hilfe, im Sanitätsdienst, im Funkbetrieb. In den sozialen Diensten wirken die Mitglieder in der Betreuung behinderter, kranker sowie alleinstehender alter Menschen mit. Spiel, Sport, Ausflüge und Lager zählen daneben ebenso zum Gruppenprogramm wie das Gespräch in der Gruppe, das helfen soll, sich selbst, die Menschen und ihre Probleme kennenzulernen, und die gemeinsame Suche nach Wegen zu religiöser und charakterlicher Entfaltung.

Die Malteser-Jugendgruppen arbeiten insbesondere in der Ausbildung eng mit den sogenannten aktiven MHD-Einheiten zusammen. Die einzelnen Mitglieder wechseln nach Vollendung des 18. Lebensjahres von der einen in die andere Gruppe über.

